

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren:
betragt für die sechsgehaltene Spalten-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Verordnungs-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 14. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Es ist ein Gemeingut gewisser Leute, daß sie Thatsachen, die
ihnen unangenehm sind, einfach bestreiten, und Mißstände, zu deren
Abstellung sie verpflichtet sind, durch Ablenkungen aus der Welt zu
schaffen glauben. So geschah es auch, als wir im November vorigen
Jahres eine auf damals bekannte Thatsachen aufgebaute Schätzung
des Umfangs der Arbeitslosigkeit in Berlin gaben. Zu jener
Zeit gaben wir die wahrscheinlichste Zahl der Arbeitslosen in Berlin
auf 50 000 an. In der bürgerlichen Presse, in den Kreisen der Unter-
nehmer, und auch von Vertretern der Behörden wurden unsere An-
gaben als übertrieben, als tendenziöse Entstellungen bezeichnet. Die
Aufdeckung des Glanzes der Arbeitslosigkeit sollte nach der Ansicht
auf jener Seite nichts anderes sein, als ein socialdemokratisches
Agitationsmittel, dem jede sichere Grundlage fehlte. Daß eine wirt-
schaftliche Krise bestesse, das konnte man ja zu jener Zeit nicht
mehr leugnen. Aber daß die Arbeitslosigkeit einen besorgnis-
erregenden, oder auch nur einen ansehnlichen Grad
angenommen habe, das wollte — mit Ausnahme einiger
ansichtiger Leute — kein Mensch im bürgerlichen Lager
zugeben. Ueberall begegneten wir dem Versuch, den Kostand,
wenn nicht ganz abzuleugnen, so doch als möglichst klein und un-
bedeutend hinzustellen.

Zuerst war es der Rühnemannsche Verband der Metallindustriellen,
der sich bemühte, die Zahl der von der Gewerkschaftskommission er-
mittelten arbeitslosen Metallarbeiter um einige Hundert zu kürzen.
Dann, als am 19. Dezember die von unsren Genossen
in der Stadtverordnetenversammlung gestellte Interpellation
verhandelt wurde, trat Herr Stadtrat Fischel in die
Schranken, um unter stürmischem Beifall der liberalen Stadt-
räthe das von unserer Seite entrollte Kostandbild nach Kräften zu
mildern. Auch der Stadtrat Fischel deutete an dem Material der
Gewerkschaftskommission herum. Hatte er doch — durch Nachfrage
bei den Unternehmern natürlich — herausgefunden, daß die bezeich-
neten Ausstellungen neben vielem Nützlichen auch einige Fehler ent-
halten sollten, weshalb das ganze Material unbrauchbar sei. Also
auch hier das peinlichste Bemühen, von dem bestehenden Kostand
so viel als möglich abzustreifen.

Am 17. Januar kam im Reichstage die von unsren Partei-
genossen eingebrachte Kostands-Interpellation zur Verhandlung, und
bei dieser Gelegenheit warf der Staatssekretär Graf Posadowsky das
Gewicht seiner durch die 12 000 Mark-Affaire nicht im mindesten
getrübten amtlichen Autorität in die Waagschale, um in langer Rede
darzulegen, daß ein Kostand gar nicht bestehe. Der Berliner Polizei-
präsident — so führte Graf Posadowsky aus — habe ja nur
7500 Arbeitslose in Berlin ermittelt. Wir möchten gleich
bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß auch die
Rixdorfer Polizeibehörde im Dezember eine Arbeitslosen-
zählung veranstaltete, wobei sie 700 Arbeitslose ermittelte.
Diese Zahlen zeigen auch dem oberflächlichen Kenner der Berliner
Verhältnisse, daß die polizeilichen Erhebungen sich weder durch Sach-
kenntnis noch durch Gründlichkeit auszeichnen. Solche polizeilichen
Aufnahmen pflegen in der Weise gemacht zu werden, daß der Schutzm-
ann zum Hauswirt oder zum Verwalter geht, und diesen fragt, ob
und wie viele Arbeitslose im Hause sind. Da der Hauswirt
aus naheliegenden Gründen der letzte ist, den die Haus-
bewohner über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse unterrichten,
so erklärt sich das geringe Resultat der polizeilichen Er-
hebungen. Immerhin geben sie denen, welche nun mal den
Kostand nicht sehen wollen, einen willkommenen Vorwand,
um die unangenehmen Mächte, welche die heutigen Machthaber an ihre
Pflicht erinnern, abzuweisen. Nach dem Grafen Posadowsky bietet
Deutschland, was die Arbeitslosigkeit betrifft, durchaus kein anomales
Bild. Alles ist nach der Ansicht des Staatssekretärs in bester Or-
dnung, und diejenigen, welche durch Thatsachen das Vorhandensein
eines Kostandes nachweisen, gefallen sich in Entstellungen und Ueber-
treibungen.

Was der Herr Staatssekretär zur Bekräftigung der von ihm
vorgebrachten Meinung anführte — die geringere Inanspruchnahme
der Leihhäuser, der unverminderte Besuch der Vergnügungs-
lokale usw. — ist allerdings auch kein beweiskräftiges Material.
Eine unanschauliche Unterlage zur Beurteilung des Umfangs der
Arbeitslosigkeit bietet nur eine sorglosende Arbeitslosen-Statistik.
Gegen die Aufnahme einer solchen aber sträubt man sich an der
Spitze des Staates der vielgerühmten Socialreform ebenso, wie
gegen alle Maßregeln, welche von den Vertretern der Arbeiter im
Interesse der arbeitenden Klasse gefordert werden. Die Arbeitslosen-
Zählung — sagte Graf Posadowsky im Reichstage — ist eine der
schwierigsten Aufgaben, die überhaupt existieren.

Nun, die Lösung dieser schwierigen Aufgabe, vor der die Be-
hörden des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden,
trotz der ihnen zu Gebote stehenden Mittel und des zu
ihrer Verfügung stehenden Beamtenapparats seither zurück-
geschreckt sind — die Arbeiter Berlins und der Vororte haben
sie in die Hand genommen. Ihnen erschien die Aufgabe nicht so
schwierig, daß sie nicht wenigstens einen Versuch der Lösung
wagten sollten. Nachdem die im Herbst gemachten Ermittlungen der
Berliner Gewerkschaftskommission angefochten worden waren, ging
der Ausschuß der Gewerkschaftskommission daran, die mühevollen
Aufnahme einer Arbeitslosenzählung in Berlin und den Vororten
von Haus zu Haus ins Werk zu setzen. Der Ausschuß entwarf
unter dem sachverständigen Beirat eines berufsmäßigen Statistikers
einen wohlbedachten Plan, die in den freien Gewerkschaften und
in den socialdemokratischen Wahlvereinen organisierten Arbeiter
stellten sich, opferwillig und arbeitsbereit wie immer, in den Dienst
des Unternehmens und das schwierige Werk wurde ausgeführt.

Selbst in den Reihen der organisierten Arbeiter gab es nicht
wenige, die anfangs daran zweifelten, ob die Aufgabe,
welche ihnen der Ausschuß der Gewerkschafts-Kommission ge-
stellt hatte, mit den immerhin mangelhaften Mitteln und
Kräften der Arbeiter befriedigend gelöst werden könne. Jetzt, wo
die Zählung abgeschlossen ist und das Resultat derselben vorliegt,
kann man mit Genugthuung sagen: Das Werk ist gelungen, die
schwierige Aufgabe ist gelöst, und die Arbeit von ca. 12000 organisierten
Arbeitern, die zwei Sonntage hintereinander opferten, um die
Zählung von Haus zu Haus vorzunehmen, ist nicht vergebens ge-
wesen. So anerkennenswert die Riesenarbeit ist, welche bei der Auf-
nahme geleistet wurde, so sehr muß auch der Fleiß und die Genauigkeit in
Erstausen sehen, womit die Resultate festgestellt wurden. Wenn
eine Behörde das Material einer eben aufgenommenen Statistik
verarbeitet, so vergehen Monate, bis die Resultate ermittelt sind.
Hier dagegen haben die von der Gewerkschaftskommission gestellten
Hilfskräfte — durchweg Arbeiter, die zum erstenmal in einer der-
artigen Beschäftigung herangezogen wurden und sich erst einarbeiten
mußten — in kaum neun Tagen diese mühevollen Arbeit in durchaus
zufriedenstellender Weise erledigt. Damit ist auch den Behörden und
dem Grafen Posadowsky der Beweis geliefert, daß eine schwierige
Aufgabe bei gutem Willen bald gelöst werden kann.

Die Resultate der Arbeitslosenzählung haben wir unsern Lesern
schon zum größten Teil übermitteln. Nur die Ergebnisse einiger Vor-
orte, die erst im Laufe des gestrigen Tages fertiggestellt wurden,
sind noch nachzutragen. In der Zusammenstellung der Resultate
der sechs Berliner Reichstags-Wahlkreise, die wir in der gestrigen
Nummer brachten, vergaßen wir die Aufzählung der 4258 Arbeits-
losen, welche am Zähltag in den Ählen und Herbergen ermittelt
wurden. Um diese Zahl vermehrt sich demnach die gestern angegebene
Summe für ganz Berlin.

Außerdem sind die bisherigen Veröffentlichungen noch durch
folgende Berichtigungen zu ändern: Im 6. Reichstags-Wahlkreise
Oranienburger Vorstadt arbeiten nicht 572, sondern 522 Frauen und
Mädchen bei beschränkter Arbeitszeit, im dritten Wahlkreise sind
2310 statt 2410 Personen mit beschränkter Arbeitszeit ermittelt
worden, im 4. Wahlkreise 5425 (statt 5505) Kranke und Invaliden,
im 5. Wahlkreise 909 (statt 489) und im 6. Wahlkreise 7013
(statt 7017) Kranke und Invaliden.

Das Gesamtergebnis für Berlin und die Vororte stellt sich nun-
mehr folgendermaßen:

Table with 4 columns: Ort, Arbeitslos, Beschränkte Arbeitszeit, Krank und invalid. Rows include Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Rummelsburg, Stralau, Lichtenberg, Friedrichshagen, Weihensee, Baumhulshagen, Tempelhof, Wilmersdorf, Panlow, Schöneberg, and a total sum.

Bei unsrer im November angestellten Berechnung, die uns zu
einer Zahl von 50 000 Arbeitslosen führte, sind wir mit größter
Vorsicht verfahren. So sehr wir auch überzeugt waren, daß
unsere Berechnung den Umfang des Glanzes der Arbeitslosigkeit
eher zu gering als zu hoch erscheinen ließ, so hätten wir
doch mit Freunden einen Irrtum eingestanden, wenn
uns nachgewiesen worden wäre, daß wir die Zahl der Arbeits-
losen zu hoch geschätzt hätten. Leider — müssen wir sagen — hat
das Ergebnis der Zählung uns nicht nur recht gegeben, sondern wie
die vorliegende Uebersicht zeigt, unsere Annahme noch weit über-
troffen. Die angeführten Zahlen zeigen von einem wahrhaft er-
schreckenden Umfang der Arbeitslosigkeit, von einer
Größe der Art, wie sie selbst die pessimistischsten Beurteiler der Lage nicht
vermutet haben werden. Ist schon die Ziffer der gänzlich Arbeitslosen eine
geradezu ungeheure, so veranschaulicht sie doch bei weitem nicht die
Art der Arbeitslosigkeit in ihrer ganzen fürchterlichen Größe. Das
Kostandbild wird noch vervollständigt durch die große Zahl derer,
die wegen mangelnder Arbeit kürzere Zeit arbeiten und
dementsprechend auch einen geringeren Verdienst haben. Diese Er-
werbsbeschränkten sind seither bei statistischen Aufnahmen sowohl,
als auch bei Schätzungen der Arbeitslosigkeit ganz unbeachtet
geblieben. Auch bezüglich der Kranken wird man annehmen können,
daß ein großer Teil von ihnen sich erst infolge von Arbeitslosigkeit
wegen eines bereits vorhandenen Leidens krank gemeldet hat, und
daß andre durch die Krankheit die selbstige Arbeitsstelle verloren
haben. Sehen wir aber von den Kranken ganz ab, so bleibt
eine Zahl von 128 590 Personen, die zwar arbeitsfähig sind, aber
infolge des Daniederliegens der Geschäfte größtenteils überhaupt
keine Arbeit haben, andererseits aber in der Arbeit und im Ver-
dienst gekürzt sind. Sei alledem bleibt noch die große Zahl
derjenigen durch die Statistik unberührt, die zwar Beschäf-
tigung haben, auch die volle Arbeitszeit in der Werkstatt zu
bringen müssen, und deshalb als Vollbeschäftigte gelten, obwohl sie
bei Accordarbeit nicht ausreichend beschäftigt werden, oder bei
Zeitlohn sich Abzüge gefallen lassen mußten. Unter Ver-
rückung dieser Umstände erscheint das Bild des Glanzes noch
düsterer, als es durch die vorstehenden Zahlen gezeichnet wird.

Werden diejenigen, welche sich bisher geflüchtet demühten,
den Kostand abzuleugnen, jetzt, wo für Berlin und die Vororte
das Glanz zahlenmäßig festgestellt ist, ihren Irrtum ein-
gestehen? Wird man innerhalb der Behörden nunmehr ein-

sehen, daß es eine unabwiesbare Pflicht der Allgemeinheit ist,
angeichts des nachgewiesenen, von den Arbeitern sicher nicht ver-
schuldeten Kostandes einzugreifen, um das Glanz soweit als möglich
zu mildern? Die Fürsorge in solchen Fällen — sagte Graf
Posadowsky im Reichstage — ist Sache der Einzelstaaten
und der Kommunen. — Von Reichs wegen ist demnach
keine Hilfe zu erwarten, und daß seitens eines Einzelstaates
etwas in dieser Hinsicht geschehen wäre, hat man auch noch nicht ge-
hört. Nicht besser ist es mit der Fürsorge seitens der Kommunen
bestellt. Wo man sich, gedrängt durch die Vertreter der Arbeiter,
zur Inangriffnahme von Arbeitern veranlaßt gesehen hat, hat
man es zögernd, widerstrebend und in unzureichender Weise.
Meistenteils aber geschah von jener Seite überhaupt nichts.

Wir geben uns auch nicht der Hoffnung hin, daß man in maß-
gebenden Kreisen das bisher Versäumte jetzt nachholen wird. Man
ist wohl bereit, den agrarischen Junkern auf Kosten der Allgemei-
heit, besonders der arbeitenden Bevölkerung, eine behagliche Existenz,
ein gewöhliches Leben zu garantieren, aber von sozialen
Pflichten gegen die Arbeiterklasse wollen, die in Staat und Gesell-
schaft Herrschenden nichts wissen. Die nachgewiesene Größe des
Kostandes der durch die kapitalistische Produktionsweise verschuldeten
Arbeitslosigkeit möge die herrschenden Klassen endlich auf-
rütteln. Nicht Almosen verlangen die nothleidenden Arbeiter,
sondern die Erfüllung einer sozialen Pflicht, und vor allen Dingen
volle Bewegungsfreiheit, ungehindertes Koalitionsrecht, dann werden
sich die Arbeiter einen großen Teil dessen selbst verschaffen können,
was ihnen die Machthaber von heute vorenthalten.

Zolltarif-Kommission.

Die Donnerstag-Sitzung war ausschließlich dem § 12 des
Zolltarif-Gesetzes gewidmet, ohne daß die Beratung zu Ende geführt
wurde. Es handelt sich um den Zeitpunkt des Inkrafttretens des
Zolltarif-Gesetzes.

Von den Reichstagsparteien, die insgesamt über 20 Stimmen
in der Kommission verfügen, liegt ein Antrag (Spahn) vor, der dem
Absatz 1 des § 12 folgende Fassung geben will:

„Dieses Gesetz tritt an einem durch kaiserliche Verordnung
mit Zustimmung des Bundesrats festzusetzenden Tage spätestens
am 1. Januar 1905 in Kraft.“

Nur der nationalliberale Abg. Dr. Deumer hat den Antrag
nicht mitunterzeichnet. Trotzdem trägt er 20 Unterschriften, weil ein
Konservativer, der nicht Mitglied der Kommission ist, der Abgeordnete
Cramer, seine Unterschrift widerrechtlich unter den Antrag
gesetzt hat.

In der Diskussion empfiehlt Dr. Deumer die Regierungsvor-
lage. Würde man einen Termin für das Inkrafttreten der Vor-
lage einsetzen, so würde der Abschluß der Handelsverträge erschwert
werden.

Herr v. Wangenheim (L) erklärt die Fassung der Regierungsvor-
lage für unannehmbar. Es sei ein nationales Unglück, wenn das Gesetz nicht so bald als möglich in Kraft trete. Ohne
einen bestimmten Termin werde das Inkrafttreten weit hinaus-
geschoben werden. Der Landwirtschaft werden Hoffnungen gemacht,
daß am 1. Januar 1904 der neue Tarif Geltung erhalten soll.

Staatssekretär Herr v. Rühlmann gibt die Erklärung ab, daß
sich sofort nach Erledigung der Beratung mit den betreffenden Regierungen
in Verhandlungen getreten werden solle.

Gothe (fr. Pa.): Eine Festsetzung des Zeitpunktes, wann
der Zolltarif in Kraft treten soll, sei zur Zeit unmöglich. Es wäre
ein nationales Unglück mit sehr bedenklichen politischen Folgen, die
jetzigen Verträge zu kündigen, ehe ein neuer Vertrag vereinbart sei.
Das wichtigste seien die Verhandlungen mit den übrigen Staaten.
Es sei recht unwahrscheinlich, daß dieser Reichstag den Zolltarif noch
verabschieden werde.

Ein Morsum von 946 Positionen bedürfe langer Beratung.
Außerdem seien es doch gerade die Vertreter der landwirtschaftlichen
Interessen gewesen, welche immer behauptet haben, daß die letzten
Handelsverträge nicht genügend durchgearbeitet seien.

Herold (L): Ein Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes
müsse angelegt werden. Es gehe nicht an, die Einführung eines so
wichtigen Gesetzes in das Erntefeld nur eines Faktors der Gesetz-
gebung zu stellen. Am besten würde es sein, als Zeitpunkt des
Inkrafttretens den 1. April 1904 anzusetzen, als spätestster Termin
müsse aber der 1. Januar 1905 gelten. Die von Herrn Gothe
noch in Aussicht gestellten Anträge auf weitgehende Enquelen hätten
verdrängende Nehmlichkeit mit Obstruktionsbestrebungen.

Staatssekretär Graf Posadowsky beklagt in einseitiger
Rede die Ansetzungen der Abg. v. Wangenheim und Herold auf
dasentschiedenste und verteidigt den § 12 der Vorlage. Die
Fremde des Entwurfs machten sich keine Vorstellung darüber, durch
wie viel Stromschnellen und Wellen das Schiff der Tarifvorlage und
Handelsverträge noch hindurch muß.

Singer (Soz.): Wenn die Regierung sich den Agrariern gegen-
über nicht so schwach gezeigt hätte, dann wäre die Macht der Agrarier
jetzt nicht so gewachsen, dann hätte die Regierung eine viel günstigere
Position. Hinter dem Schlagwort, das von Herold, Wangenheim
und Genossen ausgegeben werde: „Nicht Handelsverträge um jeden
Preis“, verberge sich der Gedanke „Handelsverträge um keinen
Preis“. Die Gefahr, die dem Zustandekommen des Tarifs von
den Agrariern drohe, ist befehligt. Die Gefahr liege in
der Vorlage selbst, deren Zustandekommen wir im Interesse des
Volkes zu verhindern suchen. Wenn wir auch gegen den Tarif sind,
so sind wir doch auch gegen die von 19 Mitgliedern beantragte Ab-
änderung, wonach der Tarif spätestens am 1. Januar 1905 in Kraft
treten soll. Wir können der Regierung für die Handelsvertrags-
Verhandlungen nicht die Hände binden. Durch Kündigung der

jetzigen Handelsverträge können technische Schwierigkeiten entstehen. Es besteht die Gefahr, daß wir in eine „glänzende Isolierung“ kommen, die einem „glänzenden Elend“ wie ein Ei dem andern gleicht. Vermutlich freilich ist der Antrag Spaun nur Skamondoumer, der bei der zweiten Lesung nicht mehr erörtern wird.

Graf Kanitz (L.): Das ganze Verhalten der Regierung zeige, daß sie die Landwirtschaft wieder zurücksetzen und nur die Interessen der exportierenden Großindustrie schützen wolle. Der Mangel unserer Handelspolitik bestehe darin, daß wir mit einer Reihe von Staaten Handelsverträge abgeschlossen haben, die Staaten aber, mit denen wir den größten Warenverkehr haben, Amerika, Frankreich und England bei uns zu den Vertragsstaaten importieren, ohne uns Vorteile zu gewähren. Die technischen Schwierigkeiten beim Uebergang zu neuen Handelsverträgen werden überschätzt. Einen Zollkrieg fürchte er nicht. Er glaube, daß der Reichstag in diesem Jahre mit dem Gesetz fertig werden könne und daß dann im nächsten Jahre die Handelsverträge mit den beteiligten Staaten abgeschlossen werden könnten.

Fischbeck (fr. Sp.): Angesichts des Zolltarifs geböre wirklich Mut zu der Behauptung des Grafen Kanitz, daß die Regierung kein Großvolk für die Landwirtschaft habe. Mit Ausnahme einiger Großindustrien werden die Industrie und vor allem die Industrie-Arbeiter aufs schwerste durch den Zolltarif geschädigt. Er freue sich, daß sich jetzt die Regierung zu der Ueberzeugung durchgerungen habe, daß die Mündigkeit der bestehenden Handelsverträge vor dem Abschluß neuer eine Ungeheuerlichkeit sei. Das Handelsvertragsystem sei für Deutschland eine Lebensfrage. Wegen die fortgesetzten Obstruktionsanträge der Mehrheit, und als solchen könne er auch den Antrag Spaun nur bezeichnen, müsse er Protest einlegen, ebenso dagegen, daß ein Nichtmitglied einer Kommission einen Kommissionsantrag unterschreibe. Das wird doch hoffentlich nicht Sitte werden.

v. Kardorff (Sp.) polemisiert gegen Fischbeck. Die Landwirtschaft wolle die Industrie nicht schädigen, sie wolle nur den Inlandsmarkt kaufkräftiger machen und dadurch den Nationalreichtum vermehren. In Schutzstaaten wie in Frankreich und Nordamerika ständen sich die Arbeiter besser als bei uns. Im Lande werde man es vielfach nicht billigen, daß seine Partei sich bereit gefunden habe, den 1. Januar 1905 als spätesten Termin einzusetzen. Wenn kein Termin festgesetzt werde, dann verliere der Tarif für seine Freunde an Interesse.

Dr. Baasche (natl.): Die Festsetzung des Termins habe den Zweck, die Handelsvertrags-Verhandlungen zu beschleunigen. Eine Gefahr liege dabei nicht vor, da die übrigen Staaten dasselbe Interesse am Abschluß von Verträgen haben.

Gothein (fr. Sp.) weist nach, daß Deutschland als der industriell am meisten entwickelte Staat ein stärkeres Interesse an Handelsverträgen habe als die Agrarstaaten, mit denen wir Verträge abschließen. Da die deutsche industrielle Ausfuhr etwa dreimal so hoch sei als die industrielle Einfuhr nach Deutschland, so gehe unser Interesse vielmehr auf die Aufrechterhaltung der Ausfuhr als auf die Abhaltung der Einfuhr.

Er glaube nicht, daß der Antrag Spaun in der zweiten Lesung aufrecht erhalten werde. Geschehe dies aber, so werde durch ihn die Vorlage angesichts der Stellungnahme der Regierung ernstlich gefährdet.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** wendet sich in längeren Ausführungen nochmals gegen den Antrag Spaun und weist darauf hin, daß die Annahme dieses Antrages sogar eine Verschleppung bedeuten könnte. Wenn die Staaten, mit denen wir Handelsverträge abschließen, wissen, daß sie bis zum 1. Januar 1905 Zeit haben, dann läßt sich gar nicht annehmen, daß vorher Verträge zu stande kommen. Damit aber wird ein früheres Inkrafttreten des Tarifs völlig ausgeschlossen. Die näheren Ausführungen des Ministers gelten als vertraulich.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr vertagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Februar.

Post-Stat.

Der Reichstag kam dem neuen Postminister, Herrn **Kraetke**, nicht unfreundlich entgegen. Noch weiß man nicht, wie sich unter ihm die Post entwickeln wird. Aber Herr **Kraetke** verfügt wenigstens über Umgangsformen und steht bereitwillig Rede und Antwort. Von Temperament ist bei diesem Beamtenminister natürlich keine Rede, und es steht nicht so aus, als wenn grundstürzende Neuerungen von ihm zu erwarten wären. Die entscheidende Frage seiner Amtszeit wird wohl sein, wie weit er dem Andrängen des Centrums und der Rechten Widerstand zu leisten vermag, die nicht übel Lust zeigen, die angebliebenen Liebesgaben wieder zu beseitigen, die die letzten Postformen dem Handel und Verkehr gebracht haben, und die sich mit Händen und Füßen gegen eine weitere Aufbesserung der Beamtengehälter wehren.

Herr **Kraetke** ging auf diese entscheidenden Fragen heute nicht ein, obwohl ihm die Rede Singers Anlaß dazu hätte bieten können. **Singer** hatte mit großer Energie und unter Hinweis auf den drohenden Zolltarif eine baldige Aufbesserung der Gehälter der Unterbeamten und Maßnahmen gegen ihr Wohnungselend verlangt. Herr **Kraetke** aber begnügte sich damit, nur auf die weiteren Beschwerdepunkte in der Rede unfres Genossen einzugehen. Da war es immerhin erfreulich, daß er die unsociale Verfügung der Ober-Postdirektion in Hannover mißbilligte, die alle Anträge auf Vermehrung der Beamten und Unterbeamten in der Zeit der Krisis ablehnen will, und daß er auch ausdrücklich den Beamten das Petitionsrecht zusprach. Der Leipziger Ober-Postdirektor, der eine unschuldige Petition der Beamten auf Verletzung der Stadt Leipzig in eine höhere Serviceklasse hintertrieb, wird also von seinem Chef nicht gedeckt werden. Auch das von der Ober-Postdirektion Köln eingeführte Ueberwachungssystem Kranker wurde von dem Staatssekretär nicht gutgeheißen, wenn er auch auf die wohlmeinenden Absichten dieser Verfügung entschuldigend hinwies. Dagegen nahm er das System der „gehobenen Stellen“, die nicht nach dem Alter und nach der Tüchtigkeit an Unterbeamte verliehen werden, in Schutz und verteidigte auch die Ueberwachung der privaten wirtschaftlichen Verhältnisse der Unterbeamten.

Von unfres Sprach im weiteren Verlauf der Sitzung noch Genosse **Albrecht**, der die Ueberleitung Halleischer Briefträger und Lokalbeschwerden aus Orien am Harz zur Sprache brachte.

Während die Redner der freisinnigen Volkspartei sich unfres Forderung auf bessere Stellung und größere Freiheit für die Unterbeamten anschlossen, erörterten die Redner der übrigen Parteien teils agrarische Wünsche, teils behandelten sie in großer Ausführlichkeit die angebliche Öffnung deutscher Briefe nach den afrikanischen Kolonien durch das schwarze

Rabinett, das die Engländer in Kapstadt etabliert haben. Herr **Kraetke** verwies darauf, daß der deutsche Botschafter in London bereits Beschwerde geführt hätte, und daß aus Vorsicht die deutschen Briefe nach diesen Kolonien in Afrika in besonderembeutel verpackt werden, der nicht geöffnet werde. Klage geführt wurde ferner über die schlechte Briefbestellung im Verkehr der Berliner Vororte unter einander und besonders zwischen Charlottenburg und Berlin. Herr **Kraetke** mußte die unglaubliche Thatsache zugeben, daß ein in Charlottenburg am Sonnabendabend nach Königsberg i. P. gerichteter Brief eher in die Hände des Adressanten gelangt, als ein zu gleicher Stunde nach Berlin gerichteter Brief. Sonnabend wird die Debatte fortgesetzt. Außerdem steht der Pensionsfonds und das Reichs-Militärgericht auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus gab am Donnerstag vor Eintritt in die Tagesordnung Staatssekretär **Frhr. v. Richtig** im Auftrage des Grafen **Wilmow** die Erklärung ab, daß die britische Regierung auf die Eingabe des deutschen Voerrenhilfsbundes geantwortet hat, sie könne die Entsendung einer Hilfs- und Sanitätsexpedition nach den Konzentrationslagern nicht gestatten, weil eine solche Erlaubnis sowohl Engländern wie Ausländern mehrfach bereits abgeschlagen worden sei. Auch finanzielle Hilfe für die Konzentrationslager könne sie nicht befristet, da dieselbe ohne Nutzen sein würde; dagegen würden Lebensmittel, Kleidung usw. annehmbar sein. Der Staatssekretär schloß mit der Versicherung, daß das Auswärtige Amt sich voll und ganz in den Dienst der Sache des Voerrenhilfsbundes stellen werde.

Eine Diskussion konnte sich geschäftsordnungsmäßig an diese Erklärung nicht anschließen.

Das Haus setzte hierauf die Beratung des Vergesetzes fort und bewies dabei von neuem, daß es für die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter nichts übrig hat. **Abg. Dr. Hirsch** (fr. Sp.) wies auf die Notwendigkeit einer Reform des Vergesetzes hin und forderte insbesondere die Einführung des allgemeinen, geheimen Wahlrechts für die Anknappschaffswahlen. Seinen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, in welchem die alten Bestimmungen des Vergesetzes über die Anknappschaffsvereine mit der Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung in Einklang gebracht werden, lehnte das Haus ab, nachdem Minister **Möller** erklärt hatte, die Regierung erkenne zwar die Notwendigkeit der Aenderung der Anknappschaffsbestimmungen an, aber da in der nächsten oder übernächsten Session des Reichstags die Novelle zum Krankenkassen-Gesetz kommen werde, so empfehle es sich, jetzt keine Aenderungen vorzunehmen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung machte **Abg. Dr. Hirsch** auf die Unfälle im Bergbau aufmerksam und fragte die Regierung, wie es mit der von Herrn **Dresfeld** versprochenen Hinzuziehung von Arbeitern in die Bergwerksinspektionen stehe. Minister **Möller** mußte zugeben, daß die Zahl der Unfälle bei uns zahlreicher sei, als in andern Ländern; das liege aber an der Beschaffenheit unserer Bergwerke und nicht an der Bergpolizei. Ueber die Aufnahme von Arbeitern in die Inspektion konnte er keine Erklärung abgeben; er setze seine ganze Hoffnung auf die Kommission, die nun schon seit Jahren über die Möglichkeit zur Verminderung der Unfälle brütet, ohne bisher zu einem Resultat gekommen zu sein.

Nach Erledigung eines Teils des Bau-Etats vertagte sich das Haus auf Freitag. Neben der Fortsetzung der Etatsberatung steht die erste Lesung der Vorlage betr. Bewilligung von Mitteln für den Bau von Wohnungen für Staatsarbeiter auf der Tagesordnung.

Das englisch-japanische Bündnis

hat begreiflicherweise in der Presse aller Länder eingehende Erörterung gefunden. Ueber die Stellungnahme der russischen Presse liegen noch keine Mitteilungen vor. Die Blätter der übrigen Staaten messen dem Vertrage eine außerordentliche Bedeutung bei. Sehr sympathisch äußert sich natürlich die amerikanische Presse. Sie erklärt, die „offene Thür“ in China habe von nun an zwei mächtige Wächter. Das Abkommen werde sich für jede Macht, die von guten Absichten befeelt sei, als sehr nützlich erweisen. Jede Nation dagegen, die sich dem Abkommen widersetze, werde dadurch eingestrichen, daß sie sich in China und Korea ausschließliche Vorrechte zum Nachteil der übrigen Welt sichern wolle. Der Vertrag stimme vollständig mit der amerikanischen Politik überein und trage Amerikas Interessen im fernem Osten vollständig Rechnung. Nach einer Washingtoner „Times“-Meldung begrüßt die amerikanische Regierung freudig das abgeschlossene Bündnis. Sie nehme eine neutrale Stellung ein, allein diese Neutralität sei eine wohlwollende, sympathische. — Auch diejenigen Staaten, die an dem imperialistischen Wettbewerbs in Ostasien infolge ihrer Schwäche keinen Anteil nehmen können, begrüßen sehr warm das Bündnis. So Oesterreich, dessen gesamte Presse den Vertrag für ein weltgeschichtliches Ereignis erklärt, das geeignet sei, das Gleichgewicht und den Frieden in Ostasien auf vorursächlich lange Zeit hinaus zu sichern; so auch Italien, dessen Regierungsblätter die Ansicht äußern, daß der Vertrag eine neue Ära eröffne.

Zurückhaltender urteilen begreiflicherweise die Blätter derjenigen Staaten, gegen die der Vertrag, wenn auch erst in zweiter Linie, seine Spitze richtet. Die französische Presse erklärt zwar auch, daß die Allianz vor allen Dingen gegen Rußland gerichtet sei, allein der „Globe“ bemerkt, daß Frankreich durch den Vertrag insofern in Mitleidenschaft gezogen werden könne, als die französischen Abmachungen mit Rußland derart unvorsichtig formuliert seien, daß Frankreich verpflichtet sei, Rußland die Solidarität in allen Teilen der Welt zu beweisen. Hauptsächlich aber werde das Bündnis den Forderungen der Russen in Ostasien etwas zähmen, so daß Frankreich die Gefahr erpasse, eines Tages die Kosten eines Krieges zu tragen, der um Interessen gekämpft werde, die Frankreich im Grunde gar nichts angingen. Andre Blätter geben zu, daß in Südchina direkte Reichungsfächen mit England vorhanden seien.

Die deutsche Presse ist weniger offenerzig; einzelne halbamtliche Blätter spielen sogar mit einseitiger Miene die Raivo. So sagt die „Köln. Zig.“:

Deutschland hat alle Ursache, mit dem Abschluß dieses Vertrages durchaus einverstanden zu sein, denn Deutschland kann nichts lieber sein, als daß in jenen Ländern der Kampf um die Besitznahme durch die europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten von Amerika möglichst lange hinausgeschoben wird, und daß so lange die Erhaltung des Friedens dort einigermassen gesichert ist, die Politik der offenen Thür sich auch auf deutschen Handel und deutsches Gewerbe erstreckt; Deutschland hat sich zu dieser Politik für das einzige Schutzgebiet, das es dort besitz, bekannt.

Im Grunde ihres Herzens läßt die „Köln. Zig.“ ganz unbedingt, daß der Schutz- und Schutzvertrag sich auch gegen Deutschland richtet, so daß ihre angebliche Bemerkung sehr zweifelhafter Natur sein dürfte. Außerdem kann das Blatt des gepanzerten Weltfahrertums sich selbst bei dieser Gelegenheit nicht die Hoffnung verhehlen, daß die Aufstellung des chinesischen Ruhens nur vorläufig verschoben werde, und daß das Protivorium der „offenen Thür“ nur so lange währe, bis jede der Mächte ihre Chinabeute in Sicherheit bringen kann, um dann die offene Thür kräftig zuzuschlagen. Daß Deutschland jetzt für Rußland die Thüre noch offen stehen läßt, ist um so belangloser für Deutschlands imperialistische Zukunftspläne, als es ja jetzt kein Mensch für der Mühe wert hält, sich dieses Eingangs zu bedienen.

Bemerkenswert ist noch, daß die „Berl. Neuzeit Nachr.“ es für nötig befinden, der widersinnigen Mutmaßung eines Sensationsblattes, Deutschland sei an den Vorverhandlungen des englisch-japanischen Abkommens beteiligt gewesen, ein energisches Dementi entgegenzusetzen. Das Blatt erklärt demgegenüber feierlich:

„Nach unsern, an maßgebenden Stellen eingezogenen Erkundigungen ist an diesen Angaben kein wahres Wort. Deutschland ist weder von England noch von Japan vor Abschluß des Vertrages von den Verhandlungen amtlich unterrichtet worden. Erst nach Unterzeichnung des Abkommens wurde dieses gleichzeitig von England und von Japan der deutschen Regierung mitgeteilt, wofür letztere den beiden anderen genannten Mächten gedankt hat. Hierauf beschränkt sich das Verhältnis zu dem Abkommen.“

Das Dementi war wirklich überflüssig; kein vernünftiger Mensch würde geglaubt haben, daß England und Japan bei dem weitpolitisch-wichtigen Abkommen eine Neigung zur Unterstüßung ihrer Politik der chinesischen Integrität hätte voraussetzen können.

Vielleicht begegnet man der Ansicht, daß der neue Zweibund als nächstes Ziel ins Auge gefaßt habe, Rußland wieder aus der Mandchurie zu vertreiben. Daß die beiden Staaten im Verein mit Nordamerika ihr Möglichstes thun werden, um Rußland in der Mandchurie Knäuel zwischen die Beine zu werfen, unterliegt keinem Zweifel. Ausgeschlossen wäre es ja auch nicht, daß die drei Mächte den offenen Abschluß des in der Schwebe befindlichen Mandchurie-Vertrages zu verhindern vermöchten. Aber daß sie den russischen Waren wirklich dazu vermögen könnten, seine Tugun völlig von dem amelierten Gebiet zurückzugeben, glauben wir ebenso wenig, wie wir an den äußersten Schritt der Vertragsmächte glauben, nötigenfalls militärisch gegen Rußland vorzugehen. Das wirkliche Ziel des Bundes dürfte vielmehr sein, Rußland und die andren Mächte an weiteren Annexionen zu hindern. Und dies löbliche Ziel erscheint uns für das erste auch durchaus erreichbar. Freilich dürfen wir uns deshalb noch lange nicht übertriebenen Friedensillusionen hingeben. Die Mächte werden vielmehr nur umso stärker rüsten, umso energischer Vorbereitungen für den entscheidenden Augenblick treffen. Der Militarismus und Marinismus wird durch diese neue Friedensliga nur ebensosehr einen Ansporn erhalten, wie bisher schon das Wettrüsten durch jeden neuen Zwei- und Dreibund.

Tokio, 12. Februar. In seiner heute im Parlamente abgegebenen Erklärung bezüglich des japanisch-englischen Abkommens betonte der Ministerpräsident, daß dasselbe in durchaus friedliebender Absicht abgeschlossen worden sei. Die Mitteilung fand großen Beifall.

Deutsches Reich.

Die Antwort der Schweiz auf den deutschen Zolltarif.

Bern, 13. Februar. Der Bundesrat unterbreitete der Bundes-Versammlung den Entwurf eines neuen Zolltarifs-Gesetzes, welches als Grundlage für die kommenden Handelsvertrags-Unterhandlungen dienen soll.

Der neue Zolltarif enthält 1113 Nummern gegenüber 476 Nummern des früheren Tarifs mit einer allgemeinen Erhöhung der Zollsätze. Es werden unter andern vorgesehen, und zwar für den Doppelcentner: Getreide 30 Cts., Wurstwaren 35 Fr., Zucker in Klasse und Syrup, roh 3 Fr., kristallisiert 7,50 Fr., in Hülsen und Platten 12 Fr., geschnitten, gepulvert 15 Fr., frisches Fleisch 12 Fr., frische Fische 2,50 Fr., Cigarren 150 Fr., Cigaretten 200 Fr., Bierhefe 3 Fr., Bier in Fässern 6 Fr., Naturwein in Fässern 15 Fr., in Flaschen 35 Fr., Kalbleder 40 Fr., rohe Baumwolle 30 Cts., rohe Wolle 30 Cts., Herrenkleider aus Baumwolle 150 Fr., aus Wolle 300 Fr., Damenkleider aus Baumwolle 200 Fr., aus Wolle 300 Fr., aus Seide 400 Fr., Kohlen, Coals und Brilleits 2 Cts., Metallurze frei Dampfessel 8 Fr., Lokomotiven 12 Fr. Nähmaschinen 20 Fr., Ackergeräte 8 Fr., landwirtschaftliche Maschinen 10 Fr., Dynamomaschinen 10 Fr., eiserne Konstruktionen 8 Fr., Zweiräder per Stück 25 Fr., Drei- und Mehr-Räder per Stück 35 Fr., Stand- und Wanduhren 70 Fr., Pianos 55 Fr., Saccharin 200 Fr., pharmaceutische Präparate 150 Fr., Petroleum 1,25 Fr., gewöhnliche Seife 5 Fr., Toiletteseife 75 Fr., Wäsche 25 Fr.

Die im Druck ausgezeichneten Positionen kommen besonders für Deutschland in Betracht.

Ferner ermächtigt der Gesetzesentwurf den Bundesrat zur Erhöhung der Zollsätze gegenüber den Staaten, welche die schweizerischen Erzeugnisse mit hohen Zöllen belegen oder sie ungünstiger als Waren anderer Herkunft behandeln.

Die Politik der Zolltarife.

Den Agrariern liegt gar nichts an Handelsverträgen, desto mehr an Handelskriegen. Sie wünschen lediglich einen Zolltarif, der ihnen die Sicherheit von Zollkriegen gewährt. Kommt es zu handelspolitischen Konflikten zwischen Deutschland und den andren Staaten, gibt es ein, zwei Jahre lang so einen frischen, fröhlichen Zollkrieg, dann beherzigen die Agrarier das Feld, sie können für ihre Produkte beliebig hohe Preise diktieren — alles andre ist gleichgültig.

Alle Anträge der Agrarier in der Zollkommission laufen darauf hinaus, Handelsverträge zu vereiteln, die Waffen für den heiß ersehnten Zollkrieg zu schärfen. So weit aber kann die Regierung unmöglich kommen, so gerät diese Regierung der Wille mehr und mehr in die erdrückende Mitte zwischen dem Seugnem des Proletariats und den Kämpfern für die Politik des Zollkriegs.

Die Frage, wann der neue Zolltarif Gesetz werden soll, wird zu einer Krastprobe zwischen den Agrariern und der Regierung. Die große Mehrheit der Kommission will, daß der Entwurf am 1. Januar 1903 spätestens in Kraft tritt — in diesem Sinne stellte sie in der Zollkommission ihre Anträge. Die Regierungsvorlage überläßt den Termin des Inkrafttretens einem Beschlusse des Bundesrats; d. h. die Regierung will erst dann den neuen Tarif anwenden, wenn die Handelsverträge zu stande gekommen sind. Die Agrarier wollen eine Kündigung der Verträge und unter allen Umständen von einem bestimmten Termin an den Zolltarif in Wirksamkeit setzen. Gegen diese agrarische Anforderung wehrte sich am Donnerstag in der Kommission Graf **Posadowsky** mit allem Nachdruck. Wieder einmal

ließ die Regierung erklären, bei Annahme des Antrags sei der ganze Entwurf aufs Äußerste gestrichelt. Auf der andern Seite erklärte wieder die Brodwucher-Mehrheit: Ohne die Preisbestimmung habe der Posttarif für sie das Interesse verloren.

Dass die Regierung auf das Verlangen der Mehrheit nicht eingehen kann, ist klar. Werden sich also die Agrarier unterwerfen und sich wieder mit dem „gemäßigten“ Postwucher begnügen müssen. Sollte aber die Mehrheit fest bleiben, so hat die Regierung nur noch die Wahl zwischen der Ablehnung oder Zurückziehung ihres Entwurfs und einer Politik des Stillstands, der Deutschland ruinieren muß.

Die Pensionierung des Generalleutnants v. Löffel wird von der Presse, die sich um alle die China-Affaire betreffenden Angelegenheiten heranzudrücken bemüht ist, ebenfalls totgeschwiegen. Nur die „Mittliche Volkszeitung“ schließt sich im wesentlichen unserer Auffassung an und meint, daß unsere Frage, ob vielleicht die auffallende Verabschiedung des bis vor kurzem scheinend in hoher Gunst stehenden Generalen mit dessen Zeugenaussage im Stuttgarter Hunneuprozess zusammenhänge, durchaus berechtigt sei. Das Blatt schreibt: „Diese Auffassung dürfte nicht ganz von der Hand zu weisen sein, wenn man sich erinnert, daß die Aussage des Generals über die „höheren Befehle“ erfolgte Beschlagnahme auch im Reichstag, in der Staatsdebatte, Erwähnung fand, und daß kurz nach dieser Erwähnung die Verabschiedung des Generals v. Löffel bekannt gegeben wurde. Bestände ein Zusammenhang zwischen diesen Vorgängen, so würde die Instrumenten-Affaire in einem neuen, aber um nichts vorteilhafteren Lichte erscheinen und noch dringender den Wunsch wecken, daß die Instrumenten niemals den Weg von der Pelinger Mauer durch das rote Meer zu uns gefunden haben möchten.“

Die Volksstimmung über den Brodwucher. Während die agrarische Presse immer noch behauptet, die letzten Nachwahlen beweisen nicht im mindesten, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes gegen den Brodwucher sei, gestehen jetzt die „deutschen sozialen Blätter“ des Herrn v. Liebermann ein, daß die Niederlage des Grafen Reventlow in Schaumburg-Lippe auf sein Eintreten für die agrarischen Forderungen zurückzuführen sei:

„Wir halten es nach den Erfahrungen aus dem Wahlkampf in Bückeburg für taktisch unrichtig, wenn die der Landwirtschaft freundlich gesonnenen Zeitungen fortgesetzt behaupten, das Brodwuchergesetz sei unwirksam und könne nur auf dumme Eindrücke machen.“ Die freihändlerischen „Lügen- und Rechenschaftsblätter“ haben — bei den kleinen Leuten, besonders bei den Frauen, nur zu williges Gehör und Glauben gefunden. Daran allein ist die Kandidatur Reventlow gescheitert.“

Das Volk weiß eben sehr gut, daß die „Lügen- und Rechenschaftsblätter“ der Wucherer die Wahrheit sind, während auf die unentzifferten „Wahrheiten“ der Lügen-Männer niemand hereinfällt! —

Ein ohrfreisender Sergeant. Wegen Mißhandlung Untergebener hatte sich vor dem Kriegsgericht der 32. Division in Dresden der Sergeant Hermann Mehnert von der 4. Batterie des 28. Feld-Artillerie-Regiments in Pirna zu verantworten. Der Angeklagte war beschuldigt, am 7. Januar d. J. die Rekruten Gärtner, Kühn, Brendler und Drausehoff vorsätzlich und wiederholt ins Gesicht geschlagen zu haben. Am nächsten Tage hat sich Gärtner, der sechs Ohrfeigen erhalten hatte, wegen eines Ohrenleidens krank gemeldet. Die ärztliche Untersuchung ergab einen Mittelohrentzündung und eine Trommelfellzerreißung. Gärtner mußte sich einer längeren Behandlung unterziehen und befindet sich noch im Lazarett, aus dem er erst in nächster Zeit entlassen werden dürfte. Der Angeklagte ist geständig, will sich aber zu den Handgreiflichkeiten nur dadurch habe hinreichend lassen, daß die Leute trotz der bevorstehenden Befähigung durch den Batteriechef ihre Sachen schlecht gepackt hätten. Das Gericht nahm nicht als erwiesen an, daß die Erkrankung des Gärtners auf die Mißhandlung durch den Unteroffizier zurückzuführen sei, hielt die vorliegenden Fälle für minder schwere und erkannte wegen Mißhandlung Untergebener in vier Fällen auf eine Strafe von — fünfzig Tagen gelinder Arrest.

Schwerliche Vorbereitungen zur Reichstags- und Landtagswahl im Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis. Das „Hamv. Fremdenbl.“ meldet:

Wiederum ist ein innerhalb der dänischen Partei eine Rolle spielender Mann, der Hofbesitzer Müller aus dem Dorfe Jägerup im Kreise Hadersleben, der bisher als preussischer Unterthan galt, von der Staatsregierung als dänischer Unterthan erklärt worden infolge des letzten bekannten Urteils des Ober-Verwaltungsgerichts. Ihm ist dementsprechend auch das Wahlrecht genommen.

Hettered zur Prinzenreise. Der Besuch des Prinzen Heinrich in Amerika scheint nicht ohne mancherlei Eitelkeits-Schwierigkeit verlaufen zu sollen. Noch lebt in den Pantheons ein Rest demokratischer Geistes. Daß sie der Besuch mit dem preussischen System des Verkehrs sperren bekommt, haben sie zwar gedulbig hingenommen, aber daß man fünf Dollarscheine aus ihren Opernloggen anquartieren wollte, um eine Fürstenloge für den hohen Besuch zu improvisieren, hat böses Blut erregt. Kamentlich einer der Logenpächter, Thomas Gitchel, weigerte sich ernstlich, seine Loge abzutreten. Den ihn bestimmenden Reportern gab er folgende Erklärung für seine Handlungsweise: „Ich bin so gut wie der Prinz und sehe nicht ein, warum ich ihm meine Loge abtreten soll? Begnügen können sie mit der Loge nicht, davor fürcht ich mich nicht. Die ganze Geschichte von einer Fürstenloge ist porzellanhaft. Sie ist gegen alle Prinzipien der Demokratie. Man könnte den Prinzen ja als Goliath eines der Allionäre in die Oper bringen. Auch der Präsident der Vereinigten Staaten erhält ja keine Hofloge. Ich würde für einen vernünftigen Zweck meine Loge gern hergeben. Aber für so ein Schwindelkönigtum... von den Deutschen würden wir am meisten wegen dieser Porzellanhaftigkeit ausgelacht werden.“

Zum Glück hat sich ein anderer Logenpächter willfähriger gezeigt, so daß auch diese Schwierigkeit überwunden wurde.

Die Nachricht von einem Duell in Ken-ilm zwischen einem preussischen Oberleutnant und einem böhmischen Lieutenant wird in der offiziellen „Verl. Korresp.“ als unwahr bezeichnet.

Ausland.

Weihauiwei im englischen Parlament.

London, 11. Februar. (Eig. Ber.)

Den Inhalt der im Ober- und Unterhause gestern stattgefundenen Debatte über Weihauiwei wird das Telegraphen-Bureau wahrscheinlich bereits bekannt gemacht haben, ebenso die Urteile der heutigen Zeitungen. Jedoch dürfte vielleicht eine Vertiefung nötig sein, besonders in Bezug auf die Bemerkungen des „Vorwärts“ über Weihauiwei. Beim Abschluß der Debatte im Oberhause bemerkte Graf Spencer: „Die Rede des Grafen v. Selborne (des ersten Lords der Admiralität) hat sicherlich gezeigt, daß sich ein Wechsel in der Regierungspolitik vollzogen hat. Ich halte es für notwendig, daß die Regierung die betreffenden Papiere und Berichte vorlegt.“

Graf v. Selborne: „Die gewünschten Papiere enthalten auch geheime Berichte, jedoch werde ich das Ansuchen des Grafen Spencer in Erwägung ziehen.“

Im Unterhause schloß die Debatte mit folgender Frage des liberalen Abgeordneten Dalziel: „Möchte uns der Kriegssekretär

sagen, ob ein Zeitpunkt für die Zurückziehung der Garnison aus Weihauiwei festgelegt worden und ob die Regierung entschlossen ist, diesen Ort als Handelshafen zu behalten?“

Diese Frage blieb unbeantwortet.

Gittern wir noch zwei Preßstimmen, eine aus der anti-imperialistischen „Daily News“, die andre aus dem „Jingo-Blatte“ „Globe“. Die „Daily News“ sagt: „Das berühmte Telegramm von 1898 lautete: „Rußland nahm Port Arthur. Wir müssen eine Kompensation haben. Rimm Weihauiwei.“ Um die Nation zu befriedigen, wurde Weihauiwei genommen. Da wir jetzt unsere Finanzen in andern Weltgegenden brauchen und da mehr als ein ernstes Grund vorhanden ist, den deutschen Kaiser freundlich zu stimmen, so wird Weihauiwei fallen gelassen.“ Der „Globe“ sagt: „Mit einem Gefühl tiefer Enttäuschung und Ueberraschung wird die Nation von den Erklärungen der Minister über Weihauiwei Kenntnis nehmen. Es ist wohl wahr, daß die Regierung jeden Gedanken an eine Abtretung des Hafens für grundlos erklärt. Aber das Dementi scheint... von etwas fragwürdigem Charakter zu sein.“

Die angeführten Stellen aus der parlamentarischen Debatte, sowie aus zwei parteipolitisch so verschiedenen Preßurteilen geben der Vermutung des „Vorwärts“ einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit.

Frankreich.

Die soziale Reform im Senat.

Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken ist von der Kammer nun zwar beschlossen, es fragt sich aber, ob der Senat ihr zustimmen wird. Jaurès erinnert in einem längeren Artikel in der „Revue Socialiste“ daran, daß der Senat sich stets den sozialen Reformbestrebungen entgegenstellt. Erst kürzlich hat dieses französische „Oberhaus“ den Gehaltentwurf, welcher die Aufhebung der privaten Stellenvermittlungsbüros vorsah und der von der Kammer angenommen war, zu Falle gebracht. In wiederholten Malen sind in den letzten Jahren Ministerien zu Falle gekommen, weil der Senat die von diesen vertretenen sozialen Gesetze verwarf. Vor sechs Jahren, so führt Jaurès an, habe das Ministerium Bourgeois weichen müssen und das Ministerium Méline sei geboren aus dem Siege des Senats über den Geist der Reform. Jaurès stellt die Frage, was nun wohl aus dem Aufschiebungstag der Vergleiche werden würde; um das Gesetz im Senat durchzuführen, müsse das Gesamtministerium dafür eintreten. Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau habe von der Tribüne der Kammer das Versprechen gegeben, den Forderungen der Vergleiche gerecht zu werden. Es sei nunmehr seine Pflicht, dem Gesetz im Senat zur Annahme zu verhelfen.

Belgien.

Die Verfolgung des Abgeordneten Smeets scheint zum Teil wenigstens seitens des Gerichts aufgehoben. Gegen Smeets schwebten nämlich zwei Anklagen; für die zweite trat die Verjährung mit dem 10. Februar ein. Dieser Termin ist verstrichen, ohne daß Smeets eine Vorladung erhalten hätte.

England.

Die Populartät Lord Roseberys ist in stetiger Zunahme begriffen. Je mehr Fehler die Regierung in ihrer äußeren Politik macht, desto höher steigt der Stern Roseberys. Die Populartät drückt sich aus in der großen Zahl von Einladungen, die er von den Handels- und Industriestädten erhält, um dort in Versammlungen zu sprechen. Am 14. und 15. Februar wird er in Liverpool als Redner auftreten.

Amerika.

Kapitulation eines venezolanischen Kanonenbootes. Nach einem Telegramm aus Willemstad ist dort die von Bord des „Libertador“ den 7. Februar datierte Meldung des Generals Matos eingetroffen, daß sich das venezolanische Kanonenboot „General Crespo“ auf der Höhe von Annaroba nach halbseitigem Gefecht dem „Libertador“ ergeben habe. Das Kanonenboot sei, nachdem alles darauf befindliche Kriegsmaterial vom „Libertador“ übernommen war, als wertlos den Wellen überlassen worden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 13. Februar 1902, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhaus eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

In den Ausschuss zur Vorbereitung des Antrags Rathen wegen unentgeltlicher Kur und Verpflegung infektioser Erkrankter in den städtischen Krankenhäusern sind auch die Stadtv. Dr. Freudenberg und Stadtdiagen gewählt worden.

Die Vorlagen betr. die Erweiterung der zur Verbreiterung der Alexanderstraße erforderlichen Flächen der Grundstücke 10/11, 12 und 12a sind vom Ausschusse zur Annahme empfohlen worden. Von der Durchführung der verlängerten Magazinstrasse westwärts bis zur Straße An der Stadtbahn bezw. zur Reutenriedstraße ist wegen der hohen Kosten und wegen der abnehmenden Haltung des Niveaus als Bestiger des allen Kasernengrundstücke Abstand genommen worden. Vom Niveaus sollen 344 Quadratmeter a 300 M. für die Verbreiterung erworben, die Erweiterung der von den andern Grundstücken benötigten 216 Quadratmeter im Wege der Enteignung betrieben werden.

Die Versammlung beschließt ohne Debatte nach den Ausschussvorschlagen.

Für die Radialsysteme IV und X soll nach Buch ein 1,2 Meter weites Kanalisations-Druckrohr für ca. 2978 000 Mark verlegt werden. Der Betrag ist bereits früher bewilligt.

Bei der Verbreiterung der Kofstraße sind die Grundstücke Kofstraße 9/10 und Mittergasse 3 städtischerseits erworben worden. Es soll jetzt das Gebäude Kofstraße 9/10 vollends abgebrochen werden, damit die Grundstücke 9/10 und 11 gemeinsam ausgebaut werden können, was eine bessere Bebauung ermöglicht. Die Versammlung stimmt zu.

Die Neuordnung der Gehälter der Schulinpektoren soll nach den Vorschlägen des Magistrats erfolgen.

Nach Debatte einer Anzahl von Rechnungen und Jahresabschlüssen auf Grund der vom Stadtv. Friederici mit größter Ausführlichkeit erstatteten Referate des Rechnungsausschusses wird zu der neuen Besoldungsordnung für die Gesangs- und Zeichenlehrer an den städtischen höheren Lehranstalten und zu der vorgeschlagenen Abänderung der Besoldungsordnung für die Oberlehrer, betr. die Pflichtstundenzahl, übergegangen.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte angenommen.

Ein besonderer Ausschuss für die Vermehrung der Restaurationsräume auf dem städtischen Vieh- und Schlachthofe hat über die Vergabung beraten. Der Ausschuss hat mit schwacher Mehrheit den Magistratsvorschlag, die Restauration an Herrn Lücke jun. für 57 000 M. zu verpachten, empfohlen. Höhere Gebote haben gemacht: Groß 85 000, Anders und Kolb je 88 000 M. Herr Lücke ist der Sohn des Herrn Gustav Lücke, Pächters des städtischen Central-Markthallen-Restaurationsbetriebes.

Stadtv. Pasquel (R. L.) beantragt, Herrn Lücke den Betrieb nicht zu übertragen, da sein Vater ihn nicht entbehren könne (Heiterkeit) und man doch nicht der Familie Lücke ein städtisches Monopol geben könne.

Stadtv. Pasquel (Soc.): Wir beantragen, dem Meistbietenden den Zuschlag zu erteilen, oder eine neue Ausschreibung zu veranlassen. Herr Lücke senior ist zwar nicht un-

bedingt auf die Unterstüßung seines Sohnes angewiesen, aber bei der Prolongierung seines Vertrages ist von seinen des Vaters ausdrücklich die Mittelvertrugung des Nachvertrages auf seinen Sohn erbeten worden. Erst als die Verpachtung des Viehhof-Restaurants ausgeschrieben war, ist Herr Lücke junior aus dem Nachvertrage ausgeschieden. Wir würden ihm auch den Zuschlag geben, wenn er der Höchstbietende wäre. Wir möchten nicht gern, daß Herr Lücke sen. bei seiner sehr vielseitigen Betätigung in wirtschaftlichen Unternehmungen irgendwelche Schäden litte. (Sehr gut!) Beweis ist die wirtschaftliche Vielseitigkeit eine löbliche Tugend, aber die städtischen Behörden haben keine Ursache, in einer Familie die wirtschaftlichen Tugenden zu entwickeln. Die Qualifikation der Höchstbietenden ist keineswegs ohne weiteres geringer anzunehmen als die des Herrn Lücke.

Stadtv. Ladewig (R. L.): Der Ausschuss hat sich seine Aufgabe doch zu leicht gemacht. Man konnte Herrn Lücke und die anderen konnte man nicht und streich sie deshalb aus der Liste. Ich bin nicht dafür, daß dem Höchstbietenden ohne weiteres der Zuschlag gegeben werden muß, aber es hätten ausreichende Erläuterungen eingebracht werden müssen über die Verhältnisse der Vieher. Sohn entbehren konnte. Geht das so weiter, so bekommt die Familie auch noch den Ratskeller. Die städtische Verwaltung sollte auch den Schein einer Begünstigung vermeiden. (Sehr richtig!) Die Sache muß in den Ausschuss zurückverwiesen werden.

Stadtv. Louis Sachs (R. L.): Diese Mitteilungen über das Verhältnis von Vater und Sohn sind grundfalsch. Herr Lücke wollte seinen Sohn zum Mitinhaber machen, damit dieser nicht bloß als Oberleser in dem Lokal herumläuft.

Stadtv. Hoffmann (Soc.): Es ist nicht ganz richtig, daß Herr Lücke von allen Seiten als ausgezeichneter Gastwirt anerkannt ist, es wurde das bloß im Ausschuss verifiziert; manche Freier in der Markthalle sind anderer Meinung. Gerade in den betheiligten Kreisen ist es Verwunderung erregt, daß man einem Pächter mit 5000 M. mehr einfach ausschlägt. So splendid sind Sie sonst nicht. Ob nicht hinter Herrn Lücke Brauereien stecken, können wir nicht wissen. Er ist ein sehr guter Kunde von Gabriel N. Jäger und von der Viehhofbrauerei Landré. Die Bürger fragen: Wie geht es zu, daß Mitglieder des Kuratoriums Aufsichtsräte bei einer dieser Brauereien oder detattiges sind? Der Viehhof ist doch auch nicht kleiner geworden, der Betrieb des Restaurants hat sich ungenenig ausgedehnt; die Hälfte der jährlichen Postsumme muß ja als Kautions hinterlegt werden. Wie Sie das Monopol für die Viehhof-Familie erweitern, geben Sie es lieber Lückinger, der nicht auch die Garantie! (Heiterkeit und Beifall.)

Stadtv. Heilmann (R. L.): Der Bürgerdeputierte Gabriel hat in der Deputation kein Wort zu der Sache gesagt. Der erwähnte Aufsichtsrat bin ich (H!) bei den Socialdemokraten und zwar seit dreißig Jahren. Ich habe erst vor ganz kurzem erfahren, daß der Lücke Vater von der Brauerei nimmt. Ob da ein paar Tannen in Betracht kommen oder nicht, scheint mir ziemlich gleichgültig.

Damit schließt die Diskussion. Persönlich erklärt Stadtv. Hoffmann, daß er die Sache mit dem Ausschuss nicht vorgebracht hätte, wenn Herr Heilmann im Ausschuss sich der Stimme enthalten und nicht mit seiner Stimme den Ausschuss gegeben hätte. (Gut! hört!) Der Antrag Pasquel wird abgelehnt, der Antrag Pasquel auf Zurückverweisung angenommen.

Der Stadtv. Cassel und die Alte Linde haben am 5. Februar beantragt:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, ob die im deutschen Reichstage in den Sitzungen vom 1. und 3. Februar d. J. gegen die städtischen Krankenhäuserverwaltung erhobenen Anschuldigungen auf tatsächlichen Grundlagen beruhen.

Stadtv. Cassel: Der Antrag bedarf wohl keiner Begründung. Herr Antid hat die Berliner Krankenhäuserverwaltung angegriffen, dabei aber viele Anstalten erwähnt, so die Charité, Bethanien usw., die mit der Berliner Stadtverwaltung gar nichts zu thun haben. Aber es bleibt noch sehr viel Unschuldigungsmaterial übrig. Die Angriffe gegen die Berliner Verwaltung sind ja in gewissen Kreisen sehr beliebt. Herr Antid hat es im Reichstage für geschmackvoll befunden, uns als freisinnige Vierparteilisten darzustellen; solche Angriffe bedeuten nichts. Angriffe auf den Wasserlopf Berlin finden aber auch bei den Gegnern der Socialdemokratie Anklang, so verlangte Herr Gröber sofort gründliche Prüfung der Antidischen Behauptungen, ohne die Antwort des anderen Teils abzuwarten. Wir haben keine Ursache, über unsere Verwaltung zu erzürnen. Wir haben noch keine Unschicklichkeit in Anspruch genommen; sind Fehler gemacht, so werden wir auch für Abstellung Sorge tragen.

Stadtv. Weigert: Die im Reichstage erhobenen Anschuldigungen sind weit übertrieben. Das Krankenhaus Moabit hält in dem heutigen Zustande noch immer den Vergleich mit großen städtischen und städtischen Krankenhäusern aus. Seit 15 Jahren sind wir mit der Erneuerung beschäftigt. Das vor 15 Jahren errichtete Leichenhaus soll jetzt wieder umgebaut werden. Ein Operationshaus ist gebaut, das schönste und modernste, das Berlin hat; ein Gebäude zur Unterbringung der Schwefelkamine ist errichtet; eine prächtige Koch- und Waschküche wird in wenigen Wochen im Betriebe sein. Es wird auch ein Wärter- und Padehaus gebaut; die Mittel sind bewilligt, aber wegen Ueberbürdung der Bauverwaltung noch nicht verbrocht. Auch die Baracken werden umgebaut werden nach modernen Prinzipien. Mit dem neuen Herrn aus der socialdemokratischen Partei, den wir jetzt in die Krankenhaus-Deputation bekommen und mit dem wir gern zusammen arbeiten werden, werden wir zusammen eine Juwelen-Ausnahme über das vornehmen, was von der Stadt geleistet worden ist, bevor der Herr da war, damit es nicht nachher heißt, es sei erst mit der socialdemokratischen Herrschaft eine Besserung eingetreten. Das Krankenhaus Moabit erfreut sich mit Recht eines vorzüglichen Rufes in der Provinz und ist in der Provinz, die Staatsregierung ist mit uns in Verbindung getreten, um dieses Krankenhaus auch für staatliche Unterzuchtswende neben der Universität zu eröffnen. Moabit basiert vorzugsweise auf Wärtern, aber seit langem besteht der Plan, auch die Schwefelkaminarbeit dort einzuführen und zu diesem Zwecke eine städtische Schwefelkaminarbeit zu begründen. Wir sind nicht Unschicklichkeit für die Wärter; wir wählen zwar zuverlässige Leute aus, aber im Ganzen ist das Personal ungenügend, man kann wohl sagen schlecht. Nicht weil wir es schlecht bezahlen, wir bezahlen nicht schlecht, sondern weil ihnen die Berufswahlbarkeit, der humane Sinn und der Takt fehlt, der dem weiblichen Geschlecht eigen ist, weil der Wärterberuf für den Mann nur ein Geschäft ist. (Widerspruch) Wärterkassen sind nicht gerade erforderlich, aber dennoch haben wir diese Aufgabe nicht von der Hand gewiesen; in Moabit und am Arden wurden solche Kassen eingerichtet, bestanden aber nur einige Tage, weil die Wärter nicht hinlänglich. Von 1898—1902 sind die Wärter in Moabit von 110 auf 156, die Löhne auf 41 700 auf 74 000 M. vermehrt. Die Verwaltung hat also alle Sorgsamkeit bewiesen; die Wärter bekommen keine Hungerlöhne, sie haben freie Station, Wohnung und Kleidung, den Leinwandmittel, in dem sie nun einmal aus hygienischen Gründen herumgeben müssen. Nach zehnjähriger Thätigkeit sind sie pensionsberechtigt. Der clou der Rede des Herrn Antid war der Wert der Stadt mit den Wärtern, ein Kontrast, in dem vierzehnjährige Kündigungen und die Unterordnung der Wärter unter die Vorgesetzten sowie die Unterwerfung unter die Gesinde-Ordnung sich befindet. Seit fast zwei Jahren ist der letztere Posten gestrichen und tritt nicht mehr auf. (Gut! hört!) Die Kündigungsfrist ist in neuester Zeit auf drei Tage herabgesetzt worden, aber auch von der Kündigungsfrist von 14 Tagen ist so gut wie kein Gebrauch gemacht worden. Herr Antid sprach von der fürstlichen Kojenentloftung der Kranken! Die Ernährung wird aufgeführt mit dem allerbesten Material, nicht in den ersten Hotels Berlins wird bessere Ware verwendet. (Gelächter und Aufse: Picoff!) Besonders die Fleischlieferung ist ersten Ranges, desgleichen die feinste Kaffeebohnen; Margarine kommt in die Krankenhäuser überhaupt nicht hinein. Wir kaufen nur anspruchsvolle Eier zu höchsten Marktpreisen. Nam aber für 1200 Per-

fonen immer in gleicher Güte mit Abwechslung gekocht werden? Nein! Man kann schon für hundert Menschen nicht individualisieren. Für Verfertigung werden 300 000 M. ausgegeben. An der Spitze unserer Krankenhäuser stehen die besten ärztlichen Kräfte, die wir haben ausfinden können. Herr Singer hat im Reichstag gemeint, ein Chefarzt auf 1000 bis 1200 Patienten sei unerhört. Das ist niemals im Krankenhaus dagewesen. Früher hatte ein Chefarzt höchstens 300—400 Kranke, und das war uns in der Deputation schon zu viel; jetzt kommen vielleicht 200 Personen auf einen Chefarzt. Die Assistenzärzte werden für je 50 Betten ernannt und haben neben sich noch Volontärärzte. Herr Singer will den dirigierenden Arzt in der Konsultativ-Praxis nehmen. Das wäre eine nicht unerhebliche Geldsache, aber darüber wäre hinwegzukommen. Von der großen Erfahrung unserer Mediziner wollen jedoch auch die profitieren, die nicht in den Krankenhäusern geben, und weshalb sollten wir etwas dagegen haben? Berlin giebt für sein Krankenhauswesen jährlich über 2 Millionen, für Tag und Kopf des Kranken 2,50 M. aus. Damit kann Berlin sich sehen lassen. In einer so großen Verwaltung können einzelne Mißstände vorkommen. Herr Antrich hat aber nicht berechtigte Kritik vorgebracht, sondern Verunglimpfung. Herr Antrich war zweimal in Moabit, er ist dort zweimal durch die Behandlung vom Tode errettet worden, er ist wieder zum kräftigen Manne gemacht worden, wie seine Reichstags-Redeleistungen beweisen. Bei seiner Entlassung hat er auf wiederholtes Befragen nur erklärt, daß einmal die Rostoffen hart und einmal die Prativurst nicht drängebraten gewesen sei (Weiterleit.) Herr Antrich wäre nicht wieder gekommen, wenn er die Zustände in Moabit so angesehen hätte, wie er sie im Reichstage geschildert hat. Er hat damit Furcht und Mißtrauen gegen die Verwaltung in die Bevölkerung getragen und direkte Verhetzung betrieben. Er hat der Stadt den schändlichsten Un dank bewiesen. (Andauernder, lebhafter Beifall und Handklatschen, Rufen bei den Soc.)

Stadt. Singer: Der tönende Chorus, der den Schluß der Rede des Herrn Stadtrat begleitet hat, ändert nichts an der Thatsache, daß Herr Weigert peinlich vermiiden hat, auch nur mit einem Wort auf die Thatsache einzugehen, welche Herr Antrich angeführt hat. Der Stadtrat ist über allgemeine Redewendungen nicht hinausgekommen. (Oh!) Natürlich wird der Magistrat die städtischen Einrichtungen verteidigen; aber es wäre der Stadt besser gedient gewesen, wenn er den Kollegen Antrich der Unwahrheit hätte zeihen können. Herr Weigert hat die Berliner Krankenhäuser glorifiziert, er teilt mit, daß Umänderungen und Erweiterungen geplant sind und damit ist eigentlich schon bewiesen, daß die Zustände nicht die besten sind, sondern von Grund aus umgeändert werden müssen. Herr Cassel hat mit Emphase festgestellt, daß die Angriffe auf die Charité, auf Verhänen die städtische Verwaltung nicht angehen. Das ist ganz falsch, denn mit allen diesen Krankenhäusern hat die Stadt Verträge und in alle legt sie Kranke hinein. In das Kinderhospital, welches einen städtischen Zuschuß erhält, sind 150 Kinder von der Stadt hingegeben worden. Herr Cassel hat sich auf die Revision durch den Geheimrat Kirchner bezogen, das war wohl etwas deplaciert, denn wir verlangen, daß den tatsächlichen Angaben nachgegangen wird und diese widerlegt werden. Wären die Bauten noch brauchbar, dann würden nicht diese flossalen Umbauten nötig sein. Was sollen wir mit der Entstehungsgeschichte des Hauses gegenüber den Thatsachen, welche vor zwei Jahren behauptet wurden? Mit seiner zweiten Rede am 3. Februar d. J. ist Herr Antrich erst gekommen, nachdem inzwischen die „Rational-Reg.“ erklärt hatte, ihm seien seine Ausführungen von vor zwei Jahren bereits als wahrheitswidrige Verleumdungen nachgewiesen worden. (Unruhe.) Der neue Socius in der Krankenhaus-Deputation übernimmt die Erbschaft cum beneficio inventarii, er kann für die Schulden der alten Verwaltung nicht in Anspruch genommen werden. (Weiterleit.) Herr Antrich soll durch seine Mitteilungen zur Verheerung der Berliner Arbeiterschaft beigetragen haben. (Sehr richtig!) Das ist doch ein starkes Stück. Herr Weigert leistet sich hier die Rolle eines Staatsanwalts. Herr Antrich hegt nicht gegen die Krankenhäuser-Verwaltung, er will nur die Wahrheit ans Licht ziehen; über solche Verdächtigungen ist er tumhoch erhaben. (Andauernder Lärm.) Die von mir angegebene Zahl der Kranken unter einem Chefarzt ist mir als irrig nachgewiesen worden, ich stehe mich darüber. (Ha!) Ich bleibe aber dabei, daß der Chefarzt wegen seiner konsultativen Praxis nicht die Zeit zur individuellen Behandlung der Kranken übrig behält. Wir sind nicht der Meinung, daß die städtischen Kranken als klinisches Material zu dienen haben (Große Unruhe), daß die leitenden Aerzte die dort erworbenen Erfahrungen dann zu Gunsten recht hoch zahlender Privatpatienten verwerten, denn darauf kommt es doch hinaus. Das Wärterpersonal ist schlecht auch nach des Herrn Stadtrats Urteil. Warum sind die Wärter nicht in die Wärterschule gegangen? Vielleicht nachdem sie einen fünfzehn- oder sechzehnständigen Dienst gethan haben? Soll der Wärter bei seinen Bezügen noch eine besondere Berufsbegeisterung haben? Geben Sie ihm vor allem bessere Bezahlung als die 90 M. bar! Die grobartigen Zahlen, die man hier aufmarschieren ließ, haben gar nichts auf sich. Für die Verpflegung des Kranken werden hauptsächlich pro Tag ganze 80 Pfennige gezahlt! Die Löhne sind um 80 Prozent gestiegen, wie kümmerlich müssen sie da vorher gewesen sein! Die Tendenz der Antrich'schen Rede war nicht auf die Verdächtigung Berlins gerichtet. Die Rede von vor 2 Jahren hat auch ihren Nutzen gehabt; in einer ganzen Reihe von Städten sind auf seine Anlagen Remedur-Maßregeln eingetreten. Sie haben ja auch nach dieser Rede den vierten Wärter für jede Parade eingeführt, Sie sagen es bloß nicht! (Weiterleit.) Das ist ja auch der Zweck dieser Ausführungen: Zugestanden wird von Ihnen nichts, aber gebessert wird hinterher! Unter dem Antrag Cassel steht auch der Kollege Louis Sachs, der Kurator des Moabit'schen Krankenhauses! Der muß sich also erst beim Magistrat erkundigen, ob an den Anstaltswirten etwas ist. (Stürmische Weiterleit.) Vor zwei Jahren hat Stadtrat Bail Herrn Antrich aufgefodert, seine Behauptungen in öffentlicher Versammlung ohne den Schuß der Immunität zu wiederholen; das ist geschehen, aber man hat nicht darauf reagiert. Herr Antrich hat die Namen von Wärtinnen mit 21 M. Gehalt, hat Namen von ungelernit eingefesteten Wärtinnen genannt. Eine Wanne ist da für 30 Personen, die in zwei Stunden am Freitag vor der Visite gebadet haben müssen, das hat Antrich behauptet. Antrich hat Namen von syphilitischen Wärtinnen und von geschlechtskranken und mit aufsteigenden Krankheiten befallenen Patientinnen angegeben, die bei der Bedienung der Kranken verwendet wurden. Dann hat Herr Antrich die Lohnliste der Wärter vorgelesen. (Stadt. Mommsen ruft: Langweilig! Die Unruhe hält an.) Zahlreiche Beamten, die mit der Wartung nichts zu thun haben, werden als Oberwärter geführt. Der clou der Rede, die Gesindeordnung, gereicht der Verwaltung nicht zum Ruhme, wenn sie auch diese Bedingung endlich vor 2 Jahren hat fallen lassen müssen. Der unbedingte Gehorsam des Wärters hat etwas Sklavenhafes. (Widerpruch.) Für die Erfüllung seiner Pflicht und Schuldigkeit noch besonderen Dank zu erwarten und nun Herrn Antrich den schändlichsten Undank zu zeihen, das zielt die Berliner Verwaltung nicht. Er wollte die gute Behandlung, die er erfahren, auch den andern Kranken zu teil werden lassen. (Klatschen und Rufen.)

Stadtrat Strahmann: Wir haben auf Grund der ersten Rede des Herrn Antrich Bericht von der Direktion des Krankenhauses erfordert, haben ihn erhalten und sprechen ihm volle Glaubwürdigkeit zu. Die daraufhin hier abgegebenen Erklärungen habe ich vollständig aufrecht. In Versammlungen mit Herrn Antrich ein Collegium zu halten, haben wir keine Ursache, das ist nicht das richtige Forum, hier haben wir Ihnen Rede zu stehen. Syphilitische Kranke dürfen seit 1895 nicht aufgenommen werden, frühe Fälle von Syphilis sind auch sicher niemals aufgenommen. Ein heute gesund aufgenommenen Wärter kann am nächsten freien Sonntag die schönste Concorde haben (Weiterleit.) Ein Mensch, dem der Eiter durch Kermel und Hosen läuft, den möchte ich sehen! Der Betreffende hatte eine minimale Eiterung am Oberschenkel, der Eiter konnte doch nicht zum Kermel herausfließen! (Weiterleit.) Der mit Lupus befallene

trug eine Maske, weil der Salbenverband nicht anders festgehalten werden konnte; niemand hat der Mann Ekel erregt. Ich habe gar nicht bestritten, daß ungeschulte Wärter da seien. Die mit Namen angeführten Wärter haben nicht 21, sondern mindestens 31, 34, 36 Part wu. in den nächsten Monaten erhalten! (Hört! hört!) Die angebliehen Oberwärter sind seit 9—25 Jahren dort beschäftigt; sie werden nicht entlassen, sondern ihrer Kraft entsprechend beschäftigt. Daraus kann und kein Vorwurf gemacht werden. Das Material an Kranken wird nicht nach reich und arm in der Behandlung geschieden, wir haben nur eine Normalkasse. (Hört, hört!) Auch Epidemien können wir getrost entgegengehen; 1893 war Hamburg sehr verheert und da bestand Moabit seine Probe sehr gut. Die Visite ist von Herrn Antrich auf eine halbe Minute geschätzt worden. Der diagnostische Scharfblick unserer Aerzte ist selbstverständlich auf die höchste entwickelt, aber die Chefärzte bringen dennoch den Vormittag mit den Visiten zu. Das Wärterpersonal können wir nicht weiter vermehren. Am Freitag alle 80 Wäder vorzunehmen, ist ein Unding und nie dagewesen. Das Unterrichtsministerium hat sich an uns gewandt wegen Mitbenutzung des Krankenhauses Moabit zu klinischen Unterrichtszwecken.

Oberbürgermeister Kirschner: Jetzt hat wohl jeder das Material zur Beurteilung. Herr Stadtrat Bail konnte nicht allein gegen Herrn Antrich klagen werden, der Magistrat aber nahm Abstand davon, weil Herr Antrich in einer Versammlung nur gesagt hat, er wiederhole alles, was er im Reichstags-Tag gesagt habe. Ob das eine genügende Unterlage für eine Verleumdungslage war, war zweifelhaft, außerdem stand ihm wohl der § 193, die Wahrnehmung berechtigter Interessen, zur Seite. Hat er die Wahrheit an den Tag ziehen wollen, so hat er die ungeeignetsten Mittel ergriffen, selbst die Unwahrheit nicht gescheut! Wenn man in solcher Weise unerhört übertriebt, aus der Mücke einen Elefanten macht, dann ist das nicht mehr sittlich, sondern das Gegenteil. (Lebhafter Beifall.) Und von Herrn Singer hätte ich doch bei seiner Kenntnis der Verwaltung erwartet, daß er im Reichstag Herrn Antrich entgegentrat, statt ihm noch mit unrichtigen Zahlen zu helfen. Damit hat er sich zum Teilnehmer gemacht für eine Art von Angriffen, die auf die Länge jedem Mann in der Verwaltung die Feindschaft an der Arbeit nehmen muß. Wenn diese Art der Kritik weiter geht, dann ruinieren Sie noch die ganze Selbstverwaltung! (Stürmischer Beifall der Mehrheit.)

Stadt. Mommsen (fr. Fr.): Reist sich auf die Seite der Magistratsvertreter und wist den Socialdemokraten vor, daß es ihnen nicht darauf ankomme, zur Ermittlung der Wahrheit beizutragen, sondern lediglich darauf, Schaum zu schlagen.

Das Wort erhält um 10 Uhr Stadt. Freudenberg (Soc.): Die meisten Mitglieder verlassen den Saal, nachdem sich stürmische Schläufe haben vernehmen lassen. Die Versammlung ist augenblicklich beschlußunfähig, doch geht der Vorsteher auf den bezüglichen Wunsch Singers nicht weiter ein. Der Stadtrat Dr. Freudenberg hebt hervor, daß der Stadtrat Weigert und Stadtrat Strahmann einen großen Teil der Antrich'schen Behauptungen haben zugehen müssen. Im Monat April 1899 sind tatsächlich Hilfskräfte mit 15 M. angestellt gewesen. (Der Vorsteher bemerkt sich vergeblich, Ruhe zu schaffen.) Selbst bei den höchstbezahlten Wärterkategorien kommt nicht 3,50 M. alles in allem pro Arbeitstag heraus. Die Ruhegehaltsregelung hat man herausgestrichen, aber der Tisch des Hauses reicht aus, um alle Wärter aufzunehmen, die des Ruhegehalts teilhaftig werden, und (Weiterleit.) die Verpflegung für 80 Pf. pro Tag wird von den Patienten für durchaus ungenügend erklärt. Es entfallen nicht 200, sondern 300 Kranke in Moabit und Friedrichshain auf jeden dirigierenden Arzt. (Rufe: Und der Oberarzt?) Der ist kein dirigierender Arzt, sondern ein gehobener Assistenzarzt ohne solche Funktion! (Rufe: Wortlautbetrel!) Unter Kollege Bernstein erinnert sich ganz genau, syphilitische Männer nach Moabit geschickt zu haben, die dort auch aufgenommen worden sind und einige an Gonorrhoe und andre mit Schmierlur behandelt worden sind. Die Epidemie von 1893 fiel in die Zeit, wo die Krankenhäuser Berlins am leersten zu sein pflegen. Daß eine halbe Minute zur Visite ausreicht, kann man wohl Laien aufreden; in einer halben Minute wird höchstens der Schäfer Ast in Raderbruch fertig. Der Oberbürgermeister hat uns heute genau so den Lokalpatriotismus abgesprochen, wie Widmar den Freisinnigen den Patriotismus; wir haben dafür nur dieselben Gefühle wie Sie. Nicht wir ruinieren die Selbstverwaltung, sondern die, die auf jeden Wind von oben zusammenklappen wie ein Taschenmesser! Es geht ein Schlußantrag ein. Stadt. Singer beantragt namentliche Abstimmung über denselben, was der Vorsteher für verspätet erklärt. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an welcher sich auch Stadtverordnete Stadthagen beteiligt, wird über den Schlußantrag die namentliche Abstimmung um 1/11 Uhr vorgenommen. Dabei ergibt sich gegen 11 Uhr die Beschlußunfähigkeit.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schraubendreher! Streik und Sperre bei der Firma Stelzner sind aufgehoben. Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Sämtliche Tischler der Firma Herms in Luckenwalde haben wegen eines 10prozentigen Lohnabzuges die Arbeit niedergelegt. Zugang von Tischlern nach Luckenwalde ist streng fernzuhalten. — Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Lokalverwaltung.

Zur Bewegung der vogtländischen Weber. Die Frauen und Mädchen der Webereifirma H. Greiner in Reichensbach haben gestieg! Einer Kommission von fünf Frauen gegenüber nahm der Arbeitgeber die Lohnreduktion zurück und bewilligte auf einige Artikel eine kleine Lohnaufbesserung. Außerdem versprach er, bei Annahme der Aufträge künftig den Lohn noch mehr zu erhöhen und auch den Lohn taxir im Arbeitsraum auszuhängen. Ein Ertrag den modernen Frauen und Mädchen für ihr einiges Zusammenhalten! Mögen sich die Männer ein Beispiel daran nehmen. — Auch in Mhlau scheint die Bewegung erstere Formen anzunehmen. Vereits am Montag wurde in den meisten Fabriken ein Tarif ausgehängt, der auf der Zusammenkunft des Fabrikantenvereins beschlossen worden ist. Auch die Fabrik Moritz Werke, die vorher einen günstigeren Tarif bekannt gegeben hatte, schloß sich diesem Verfahren an. Die Lohnkommission gab ihr Einverständnis hierzu nicht. — Der Streik bei der Firma Vogt u. Helbig ist beendet, nachdem einige Zugeständnisse gemacht worden sind.

Aus Greiz meldet „Wolffs Telegraphenbureau“, daß die vom Fabrikantenverein für Donnerstag angeordnete Sperre eingetreten ist. Dem Fabrikantenverein gehören 17 Webereien an, die insgesamt etwa 2500 Weber beschäftigen. Die Entlohnung der Arbeiter gegen die Fabrikanten ist eine ungeheure. Die Arbeiter der Firma Albert wurden sowohl von dem zwecks Beilegung des Streiks erschienenen Verhandlungsvorstand als auch Herrn Oberbürgermeister Thomass gebeten, von dem Streik Abstand zu nehmen. Beide stichen auf einen ungeakuten Widerspruch, der sich zum Teil daraus erklärt, daß in den vorausgegangenen Verhandlungen vor dem Gewerbegericht die Verschärfung an dem Verhalten der Arbeitgeber scheiterte, die bedingungslose Aufnahme der Arbeit verlangten. In den Streik traten bei Gebrüder Albert 251 Mann; nur wenig Arbeiter blieben stehen. Neben den wenigen Stehengebliebenen arbeiten an den Stühlen der Streikenden die Kontor- und sonstigen Angestellten der Firma; insgesamt sollen ca. 40 Personen an den Stühlen thätig sein.

Im Trebertrocknungs-Prozess zu Kassel ist gestern endlich die Beweisaufnahme zu Ende gekommen. Es wird über die Verhandlung am Donnerstag berichtet: Nachdem zu Beginn des heutigen Verhandlungstages der Rest des urkundlichen Materials erledigt war und sich die Sachverständigen wiederholt dazu geäußert haben, bemerkte der Vorsitzende, daß vorläufig noch nicht auf das Erscheinen Schmidts gerechnet werden könnte. Infolgedessen erklärten die Verteidiger und Angeklagten, daß sie ihrerseits auf die Vernehmung Schmidts verzichteten wollen. Der Gerichtshof erachtete darauf die Beweisaufnahme für geschlossen und es erhielt nunmehr der Vertreter der Anklagebehörde Staatsanwalt Mantell das Wort zur Antragstellung und Begründung der Anklage. — Staatsanwaltschaftsrat Mantell hält die Anklage wegen Verleumdung und Untreue in vollem Umfange aufrecht und läßt die Anklage wegen betrügerischer Einwirkung auf den Kurs der Aktien fallen. Er beantragt gegen Hermann Sumpf 2 Jahre Gefängnis und 6000 M. Geldbuße, gegen Schlegel und Otto je 1 1/2 Jahre und 5000 M. Geldbuße, gegen Arnold Sumpf 1 Jahr Gefängnis und 3000 M. Geldbuße, gegen Schulze-Dellwig 8 Monate Gefängnis und 3000 M. Geldbuße.

Nach einer kurzen Pause folgen die Plaidoyers der Verteidiger, Dr. Hornier für die Gebrüder Sumpf, Dr. Caspari für Schlegel, Dr. Cohn für Otto und Justizrat v. Gordon für Schulze-Dellwig. Dieselben suchen sämtlich den Nachweis zu führen, daß die Angeklagten bona fide gehandelt haben und beantragen deren Freisprechung, eventuell eine niedrige Geldstrafe bezw. Anrechnung der Untersuchungshaft auf eine Freiheitsstrafe. Gegen 8 Uhr abends wird die Verhandlung auf morgen mittag 1 Uhr vertagt.

Versammlungen.

Die Kleber (Tapezierer) der lokalen Richtung hielten am Dienstagabend im Lokale von Jannasch, Inselstraße 10, eine Versammlung ab. In derselben gelangten die gedruckten Tarife zur Ausgabe. Sodann gab Straßer bekannt, daß sich die Lohnkommission, entsprechend einem ihr erteilten Auftrag, an den Vorstand der Junung gewandt habe. In den hierauf eingegangenen Bescheid wird mitgeteilt, daß die Tapezierer-Junung am 13. d. Mts. zu dem eingereichten Tarif Stellung nehmen wird. Der Redner beleuchtet dann des weiteren in einem eingehenden Referat die Ursachen der diezeitigen Lohnbewegung, bei der es sich um nichts weiter handele, als die Ertragsminderungen des 1900er Streiks zur Geltung zu bringen. Was das Verhalten der im Verbandsorganisierten Kleber anbelangt, so wolle man selbstverständlich mit denselben gemeinsam handeln, aber unter keinen Umständen könne man damit einverstanden sein, daß die Leitung der Bewegung durch die Kleber-Fraktion des Verbandes geschehe; denn hinter dieser stände doch die Ortsverwaltung. Von seiten eines Redners wurde der Vorschlag gemacht, die Zeit bis zum Eingehen des Innungsbescheides zu benützen, um eine Einigung mit den Verbändlern zu erzielen. Dem wurde jedoch von zahlreichen Rednern widerprochen. Einmal habe man nicht mehr auf die Junung zu warten, sondern es sei gemäß den früheren Beschlüssen unumkehrbar positiv vorzugehen und aus demselben Grunde können nunmehr auch keine Verhandlungen mit dem Verbands eingeleitet werden, da das Vorgehen beschlossene Sache sei. Es könne sich nur darum handeln, daß im Falle gemeinsamen Vorgehens der Verband seine Mitglieder materiell unterstütze. Es gelang sodann eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in welcher sich die Anwesenden mit den bisherigen Maßnahmen der Lohnkommission einverstanden erklärten und die Nichtorganisierten zum Beitritt zur Organisation verpflichtet wurden. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, die vom Verband für den nächsten Abend einderufene Kleberversammlung zahlreich zu besuchen, um wenn möglich noch dort ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen, natürlich im Rahmen der Beschlüsse, wie sie von den Klebern lokaler Richtung festgelegt worden sind. Mit einem Hoch auf die Lohnbewegung der Kleber wurde die Versammlung geschlossen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Das englisch-japanische Bündnis und das Mandschuren-Abkommen.

Im Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär des Aeußeren Lord Cranborne auf eine Anfrage O'Reillys, ob der Vertrag auch auf die Mandschuren Anwendung finde und ob die deutsche Regierung der Ansicht sei, daß das englisch-deutsche Abkommen gleichfalls auf die Mandschuren Anwendung finde, die Mandschuren sei ebensowenig wie irgend eine andre Provinz Chinas von dem Geltungsbereich des neuen Abkommens ausgeschlossen. (Beifall.) Der Inhalt des englisch-japanischen Abkommens sei auch der deutschen Regierung mitgeteilt worden, und das englisch-deutsche Abkommen bleibe noch in Kraft. Dem Vortredner sei ohne Zweifel die Auslegung wohl bekannt, welche die deutsche Regierung bezüglich der Frage der Anwendbarkeit des englisch-deutschen Abkommens auf die Mandschuren kundgegeben habe.

Die amerikanische Presse über den mysteriösen Diplomaten-Skandal.

Der Artikel des „Deutschen Reichs-Anzeigers“ über die diplomatischen Verhandlungen vor Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges erregt in der amerikanischen Presse große Sensation, in dessen bezüglichen die Blätter mit dem Abdruck derselben, sowie der englischen Preßstimmen. Nur das „Journal“ erklärt, daß Deutschland Englands Doppelzüngigkeit klar darzulegen habe. Washingtoner Berichte sagen, man erwarte dort Aufklärung seitens Englands. Die „Sun“ veröffentlicht eine Washingtoner Privatdepesche, welche besagt, daß die Regierungskreise sehr erfreut seien, daß die Korrespondenz die Freundschaft Deutschlands in kritischer Zeit befestigte. Inzwischen ist man geneigt, Pauncesotes Vorgehen lediglich als Erfüllung der ihm als Doyen des diplomatischen Corps obliegenden Pflichten anzusehen, da Oestreich den betreffenden weiteren Interventionsvorschlag vorlegte.

Eigentümlicherweise schweigt sich unser offizielles Depeschensbureau über die englischen Kommentare zu der Erklärung des „Reichs-Anzeigers“ vollständig aus!

München, 13. Februar. (W. S.) Wie wir hören, ist bei dem Infanterie-Leibregiment eine Genußgare-Epidemie ausgebrochen und sollen zwei, nach einer andern Version sieben Mann der Epidemie zum Opfer gefallen sein. Die beiden Kompagnien, bei welchen die Epidemie auftrat, sollen nach dem Lager Lechfeld verlegt werden.

Wien, 13. Februar. (W. S. W.) Wie die Politische Korrespondenz meldet, wird im Laufe des März ein österreichisch-ungarisches Geschwader, bestehend aus den Schiffen „Monarch“, „Blen“ und „Budapest“ eine Kreuzfahrt im Mitteländischen Meere unternehmen und dabei mehrere Häfen, darunter Corfu, Tarent, Neapel, Szegin, Toulon, Barcelona, Algier und Alexandria anlaufen.

Russig, 13. Februar. (W. S.) Die Untersuchung über das Nordbayer Eisenbahnunglück hat ergeben, daß die Katastrophe durch Loderung der Schienen seitens verbrecherischer Hand herbeigeführt wurde.

Budapest, 13. Februar. (W. S.) Während in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses der Abgeordnete Kanjotik seine Interpellation wegen der Reisebegleitung des Erzherzogs Franz Ferdinand begründete, wurden von der Galerie Jung-Iskriffen in den Saal geworfen, in welchen die Handlungsgeliffen über die Verkürzung des Versammlungsrechts sich beschwerten.

Reichstag.

112. Sitzung vom Donnerstag, 13. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Hr. v. Thielmann. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts.

Dadurch soll die Kontrolle bis auf weiteres von der preussischen Oberrechnungskammer unter der Benennung „Rechnungshof des Deutschen Reichs“ geführt werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt die Worte „bis auf weiteres“ zu ersetzen durch „für das Rechnungsjahr 1901“. Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen, ebenso der so veränderte Entwurf.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen wird die zweite Beratung des Reichshaushalts-Stats beim Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung fortgesetzt. Die Beratung beginnt mit den fortwährenden Ausgaben, Titel Staatssekretär.

Abg. Singer (Soz.):

Als im Jahre 1890 die Aenderung des Postgesetzes vorgenommen wurde, hat der Reichstag eine Reihe von Resolutionen angenommen, die Erleichterungen im Postverkehr forderten. Einstimmig angenommen wurde so eine Resolution, daß die Tage für Drucksachen auch auf Geschäfts-papiere von Wohlthätigkeitsvereinen und ähnlichen Einrichtungen in Anwendung finden soll. Auf eine Anfrage von mir erklärte am 18. November 1899 der frühere Staatssekretär Herr v. Podbielski, daß auch Krankenkassen für diese als solche Geschäftspapiere angesehen werden würden. Mir liegt nun aber ein Schreiben der Ober-Postdirektion Breslau vom Mai 1900 vor, worin diese sich weigert, solche Krankenkassenblätter als Geschäftspapiere zu befördern. Weiter ist mir mitgeteilt, daß die Bänder einer großen Orts-Krankenkasse in Berlin bis zum März vorigen Jahres unanstandslos als Drucksache befördert worden. Als aber die Orts-Krankenkasse ihr Lokal verlegte, wurde von seiten des Postamts 48 die Annahme der Krankenkassenblätter als Druck-sache verweigert und einem Erlaß an die Ober-Postdirektion, die Art der bisherigen Beförderung weiter zu gestalten, wurde nicht entsprochen. Unter diesen beiden Schreiben liegt mir noch eine ganze Serie anderer Fälle vor, die beweisen, daß fast allgemein die Gepflogenheit besteht, diese Geschäftspapiere nicht als Druck-sache zu befördern. Nach der bestimmten Erklärung des damaligen Herrn Staatssekretärs macht es doch einen außerordentlich peinlichen Eindruck, wenn die Verwaltungen selbst die Worte ihres Chefs so wenig respektieren. Für große Krankenkassen bedeutet dieses Vorgehen der Post 1000 M. jährlich Mehrkosten. Gegenüber solchen sozialen Bestrebungen müßten die Postverwaltungen hier wirklich nicht nur auf ihre fiskalische Blumenschmückerei bedacht sein. Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, seinerseits das Wort seines Vorgängers einzulösen und eine dahingehende allgemeine Verfügung zu erlassen. Andererseits müßten wir auf eine Aenderung des Postgesetzes hinwirken. Die ausdrückliche Festlegung dieser Bestimmung wurde damals nur angenommen im Vertrauen auf jene Erklärung des Herrn v. Podbielski.

Ich habe noch eine andre Beschwerde vorzubringen. Die Ober-Postdirektion in Hannover hat am 6. November 1901 eine Verfügung erlassen, die besonders in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit recht wenig angebracht erscheint. Es wird da auf die schlechte Finanzlage hingewiesen und am Schluß heißt es: „Es wird von allen Anträgen abgesehen werden müssen, welche auf eine Vermehrung des Beamten- und Unterbeamtenstandes abzielen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier zeigt sich also die Postverwaltung geradezu bestrebt, die Arbeitslosigkeit noch zu vermehren. Wir sind hier seit Jahren bestrebt, die Arbeitszeit und Sonntagarbeit der Unter-beamten einzuschränken und mit diesem Bestreben steht doch eine solche Verfügung in Widerspruch. Sie kann doch nur dahin führen, daß das Personal auf das äußerste angestrengt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es macht fast den Eindruck, als ob auf dem Gebiete der Postverwaltung eine Art Anarchie herrscht, so nämlich, daß jede Oberpostdirektion macht, was sie will. Der Herr Staatssekretär sollte allgemein anordnen, daß ihm solche Erlasse der Oberpostdirektionen vorher zur Kenntnis mitgeteilt werden.

Weiter haben wir in früheren Jahren wiederholt über die Ueberwachung des Beamtenpersonals im Dienste und außerhalb des Dienstes Klage geführt und stets die Ansicht vertreten, daß die Postverwaltung, wenn ein Beamter seinen Dienst trenn und gewissenhaft erfüllt, ihn in seinen staatsbürgerlichen und sonstigen Rechten in keiner Weise beschränken darf. Mir liegt aber eine Verfügung der kaiserlichen Oberpostdirektion in Köln vor, die ein merkwürdiges Ueberwachungs-system kranker Beamten einführt. Danach wird den nachgeordneten Stellen aufgegeben, diejenigen Beamten und Unterbeamten, die auf Grund einer ärztlichen Anordnung vom Dienste frei bleiben müssen, zu fragen, ob sie nicht trotz dieser ärztlichen Anordnung sich zum Dienste melden wollen. (Hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine solche Verfügung ist nicht nur vom sanitären, sondern auch vom rein finanziellen Standpunkt aus zu verwerfen. Denn diese Beamten, die krank in den Dienst kommen, werden bald rückfällig und verursachen dann noch mehr Kosten als vorher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den letzten Jahren haben sich die Fälle von Unterschlagungen von Postunterbeamten vermehrt. Als Ursache wurden in der Regel gerüttelte Vermögensverhältnisse von den Gerichten angenommen. Die zerrütteten Vermögensverhältnisse kommen von der außerordentlich schlechten Bezahlung der Beamten her. Nun ist eine Verfügung an die Vorsteher der Postämter ergangen, welche besagt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Postunterbeamten genau zu prüfen sind. Es sollen von ihnen Berichte über ihre Schulden eingefordert werden und wer seine Schulden nicht wahrheitsgemäß angibt, wird mit Entlassung bedroht. Solche Verfügungen bedeuten nichts weiter, als ein unberechtigtes Spionagesystem. Ich meine, die Frage nach den Schulden wäre in den höheren Regionen ange-brachter als gerade bei den unteren Beamten. Wenn die Verwaltung auf legalem Wege von den Schulden eines Beamten erfährt, so kann ich es begreifen, daß ein Arrangement versucht wird, aber dieses hier bestellte Spionagesystem halte ich nicht für würdig einer großen Staatsverwaltung. Die Beamten haben das Recht, daß man sie in ihren Privatverhältnissen so lange in Ruhe läßt, bis sie nicht einen greifbaren Anlaß zum Einschreiten geben. Die Zufriedenheit wird durch solche Verfügungen nicht erhöht. Wenn sich die Beamten außer der schlechten Bezahlung noch solche unwürdige Behandlung gefallen lassen müssen, so betrachten sie den Dienst in der Postverwaltung nicht mehr als Ehre und Freude.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich gleich noch meine Bedenken gegen die Einrichtung der sogenannten gehobenen Stellen vorbringen. Die Zulagen für diese Stellen stehen jetzt im Ver-lieben des Postamtsvorstehers und nicht der Keilseite oder Qualifizierseite wie mit diesen Zulagen bedacht, nur dem Sireber-tum wird Vorzug geleistet. Das beweisen die Klagen, die uns aus zahllosen Orten in den verschiedensten Gegenden darüber zu gehen. Der Herr Staatssekretär würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er diese Zulagen nach der Anciennität und Loyalität ein-führte und sie aus dem Bereich der persönlichen Nachvollkommenheit der Amtsvorsteher jöge und einer höheren, mehr unparteiischen Stelle die Verfügung darüber überläßt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch eine Aufbesserung der Gehälter wird sich unabweisbar geltend machen, denn bei der bevorstehenden Verteuerung der Lebensmittel werden die Beamten mit den jetzigen Gehältern nicht

auskommen können. Wird, was ich nicht hoffen will, der neue Post-tarif Gesetz so werden von überall Eingaben auf Gehaltserhöhung kommen. Der Staatssekretär wird gut thun, uns recht bald eine Vorlage nach dieser Richtung zu machen. Auch unter den schlechten Wohnungsverhältnissen leiden die Postunterbeamten sehr. Eine uns zugegangene Aufstellung über das Budget eines Postunterbeamten in Charlottenburg zeigt, wie überaus kärglich diese Leute leben müssen. Für Wirtschaftsausgaben sind nur 64.80 M. eingelegt, für Miete nur 200 M., für Kleidung nur 120 M. usw. Eine Angelegenheit, die den Reichstag seit Jahren beschäftigt hat, ist nun durch die Entscheidung des Reichsgerichts erledigt worden, die Frage nämlich, welches Einkommen den Militärärzten zu zahlen ist. Die Jahrelang sind die Prozesse gegangen. Im vorigen Jahre hielten die Regierungsvertreter die Frage noch immer nicht für erledigt, weil ein sehr feiner Unterschied gemacht wurde, ob die Militär-ärzte, die in eine Stellung berufen werden, aber noch nicht endgültig angestellt sind, als Beamte zu gelten haben, die täglich beschäftigt werden oder definitiv angestellt sind. Das Reichsgericht hat nun zu Gunsten der auf Nachzahlung klagenden Beamten entschieden und der Herr Staatssekretär hat sich bei seinen Beamten zweifellos gut eingeführt, als die erste Amtshandlung. Die er traf, Zeitungsnachrichten zufolge die Anweisung war, jene Nach-zahlungen zu bewerkstelligen. Nun kommt mir zur Kenntnis, daß 131 Hamburger Postassistenten den Postdienst verlassen und auf Grund jenes Reichsgerichtsurteils ihr Geld auch erhalten haben. Kenn Assistenten aber, die sich bereit erklärt hatten, ihre Klagen zurückzuziehen, haben nichts bekommen. Von einer rechtlichen Verpflichtung der Postverwaltung ist diese neun nachzahlen, kann nicht die Rede sein, aber ich hoffe, nicht vergebens an den guten Willen des Herrn Staatssekretärs zu appellieren, wenn ich ihn bitte, doch auch jenen neun die Nachzahlung zu gewähren, wenn es richtig ist, daß sie nur aus Furcht vor den Kosten oder aus Grund einer Einwirkung ihre Klage zurückgezogen haben. Hier liegt zwar keine rechtliche, aber doch eine moralische Pflicht für die Verwaltung vor. Zum Schluß habe ich mich mit dem Petitionsrecht der Beamten zu befassen. Die eisenbahnrätische Eisenbahnverwaltung war in Streit mit dem Reichstag gekommen, daß sie ihren Beamten das Petitionsrecht dadurch erschweren, daß sie Abschriften von den Petitionsdritten ver-lom und gegen die Petenten dann auf dem Dienstwege vor-ging. Diese Abschrift ist von allen Seiten gemißbilligt worden, ja man ging so weit, der Reichs-Eisenbahnverwaltung seit-dem die Kenntnis der Unterschriften unter den Petitionen grund-sätzlich zu entziehen. Leider hat die Reichs-Eisenbahnverwaltung Schule gemacht. Ich nehme zur Eore des Herrn Staatssekretärs an, daß das vielleicht ohne sein Wissen geschehen ist, um so notwendiger ist es, die Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen. Auf Anregung der Leipziger Postassistenten haben sich eine Anzahl Beamte in Leipzig zusammen, um gelegentlich der Einbringung des Serwisrechts, mit dem sich der Reichstag noch zu beschäftigen haben wird, die Erhöhung der Serwis-Klasse für Leipzig zu beantragen.

Die Beamten haben, glaube ich, auch noch den Kollegen Hoffe erwidert, ihre Resolution hier im Plenum zu unterfertigen. Ein Exemplar dieser Petition liegt mir vor, daß ich dem Herrn Staats-sekretär gern zur Verfügung stellen will. Nicht ein Wort ist darin enthalten, das auf eine unbedingte Haltung deutet. Die Beamten fordern außerordentlich zahn unter Hinweis auf die un-günstigen Wohnungsverhältnisse Leipzig die Erhöhung dieser Serwis-Klasse. Der Herr Ober-Postdirektor Köhlig veranlaßt, als er erfährt, daß der Postdirektor nicht gestatten wollte, daß im Amtsräum Unterschriften gesammelt wurden, die Herren vom Petitionsausschuß bei ihm zu erscheinen und erklärte ihnen: „Ich wünsche nicht, daß diese Petition abgefaßt wird. Ich werde schon selbst meinen Einfluß zu Gunsten der Beamten anbieten. Diese Petition bedeutet einen Mangel an Vertrauen zu mir.“ In einer Versammlung der Petenten wurde dem indirekten Befehl des Ober-Postdirektors nachgegeben. Aus Furcht vor Mah-regelungen unterließ die Absendung der Petition. Das Verhalten des Herrn Köhlig ist doch das härteste, was man sich vorstellen kann. Es bedeutet die Unterdrückung des Petitionsrechtes der Beamten, die Aufhebung eines der Staatsbürger, und die Beamten sind Staatsbürger, garantierten Rechtes. Die Vorgesetzten sollten sich das Vertrauen ihrer Beamten anders verdienen, als dadurch, daß sie sie etwas zu thun verhindern, was ihnen durchaus zusteht. Auch die Stellung des Reichstags wird durch dieses Vorgehen beeinträchtigt. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung, wie die Beamten es sind, verhindert wird, sein Petitionsrecht geltend zu machen, dann wird auch der Reichstag verhindert, von den Wünschen und Absichten weiterer Interessentenkreise zu er-fahren, und eine sachgemäße Entscheidung wird ihm unmöglich gemacht. Was würden denn die Herren Agitatoren sagen, wenn dem Hund der Landwirte verweigert werden sollte, an den Reichstag zu gehen. Im preussischen Abgeordnetenhaus ist die Regierung den Landräten gegenüber, die Kanalgegner waren, konstitutionell, ja aberkonstitutionell verfahren, und die unbedingten Beamten sind befördert. (Weiterleit.) Dieses Verhalten steht vortheilhaft ab von dem hier beliebten.

Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär nach Feststellung des Falles eine Verfügung erlassen wird, die Herrn Köhlig auf das ungeschickliche seines Tuns aufmerksam macht und daß er Anlaß nehmen wird, eine allgemeine Anweisung an die Postdirektoren zu erlassen, daß sie Postbeamte, die Staatsbeamte sind, nicht in ihrem Petitionsrecht zu verhindern haben. Wenn der Herr Staatssekretär zum Schutze seiner Beamten in dieser Weise eintritt, dann handelt er viel richtiger, als wenn er die Uebergriffe der vorgehenden Beamten ruhig duldet. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Krawitz:

Der Reichs-Postverwaltung ist von diesem Vorgehen der Direktion in Leipzig nichts bekannt, ihr liegt nicht daran, das Petitions-recht der Beamten zu beschränken. Es ist ein Irrtum, daß an die Militärärzten nicht gezahlt worden ist, die nicht geklagt haben, wir haben an sämtliche Berechtigten gezahlt. — Was die Geschäfts-papiere anlangt, so liegt ein Mißverständnis des Herrn Vorredners vor. Die Folge des Herrn v. Podbielski bezog sich nur darauf, daß Krankenkassen-Blätter als Geschäftspapiere zugelassen werden sollten. Davon, daß Geschäfts-papiere den Druck-sachen gleichgestellt werden sollen, war nicht die Rede. Die Geschäfts-papiere unterliegen dem Minimalporto für Waren-proben und ich kann nicht in Aussicht stellen, daß durch eine Aenderung eintritt. Der Tag in der vorgelesenen Verfügung aus Hannover, daß von allen Anträgen auf Einstellung neuer Beamten abgesehen werden solle, wird von mir nicht gebilligt. Der be-ziehende Ober-Postdirektor hat sich jedenfalls nur schlecht ausgedrückt. Auch die Verfügung in Köln muß ich als wenig geeignet bezeichnen. Es entspringt aber jeden-falls einer ganz wohlmeinenden Absicht und der Erfahrung, daß tatsächlich krank Beamte manchmal länger dem Dienste fern bleiben, als notwendig wäre. — Den Erlaß, der die Amtsvorsteher anweist, sich um die wirtschaftlichen Ver-hältnisse der Beamten zu kümmern, muß ich dagegen völlig billigen. Gerade der Umstand, daß Beamte, die in Schulden geraten, sich nicht decourieren, führt nach untrer Erfahrung nur dazu, daß sie immer mehr in Schulden verfallen. Die Amts-vorsteher müssen doch auch in der Lage sein, zu beurteilen, wer eine Unterstützung aus dem Unterstützungsfonds nötig hat. Die Klagen einzelner Beamten, daß andre im Advancement zu unrecht vor ihnen bevorzugt seien, werden nie aufhören, so lange es besser und schlechter stufierte Stellen gibt. Ein Examen würde da auch nichts nützen, denn für die höheren Stellen kommt es nicht

so sehr auf das Wissen, als viel mehr die Entscheidungsfähigkeit und die Umsicht des Betroffenen an.

Präsident Graf Ballestrem: Es ist folgende Resolution des Abg. Gröber (L.) u. Gen. eingegangen: Der Reichskanzler möge dem Reichstage das Uebereinkommen zwischen der Reichs-Post-verwaltung und der königl. württembergischen Postverwaltung, betr. die Einführung gemeinsamer Postwertzeichen, vorlegen, um dem Reichstage die Prüfung zu ermöglichen, ob dieses Uebereinkommen eine Abänderung der Bestimmungen der Reichsverfassung enthält. Ferner möge der Reichskanzler mitteilen, welche Wirkung dieses Uebereinkommen auf den Betrag der zur Reichskasse stehenden Einnahmen aus Postgebühren hat.

Abg. Gröber (L.) (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, diese Resolution der Budgetkommission zur Vorberatung zu überweisen. Es entspricht dies einem Wunsche der Kommission. Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. Werner (Antif.) wendet sich gegen die weitere Einstellung von Damen in den Postdienst. Dringend notwendig ist eine Vermehrung der Postassistenten-Stellen und eine bessere Beförderung dieser Beamten. Vor allem muß auch der Wohnungsgeld-Zuschuß den veränderten Verhältnissen entsprechend erhöht werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Es war ja voranzusehen, daß auf die Sturm- und Drang-periode des früheren Jahresoffiziers v. Podbielski zunächst eine Zeit der Ruhe und Sammlung folgen werde. Heute in der Budget-kommission aber schien es, als ob auf den neuen Herrn Staats-sekretär in der Weise eingewirkt werde, daß man ihm sagte: „Nachwärts, rückwärts, Don Rodrigo“. Die Bauern haben nämlich in der Kommission ihre Meinung dahin geltend gemacht, daß es den Postassistenten heute schon ganz gut gehe. Natürlich haben die Bauern nicht selbst dort gesprochen, sondern durch den Mund des Abg. Prinz Arenberg. (Lach des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, es ist sonst nicht üblich, aus den Kommissionsverhandlungen Sachen anzuführen unter Namensnennung des betreffenden Kommissionsmitgliedes. (Sehr richtig! im Centre.) Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß dadurch der vertrauliche Charakter der Kommissions-Verhandlungen sehr leiden würde. (Sehr richtig! rechts), dessen Erhaltung sehr wünschenswert ist. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fortfahrend): Diese Gepflogenheit wird doch insofern unterbrochen, als schon seit langen Jahren bereits, bevor ich einer Kommission angehörte, über die Kommissions-Verhandlungen öffentlich mit Namensnennung berichtet wird... (Lach des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Was die Presse thut, kann ich nicht verhindern, aber ich bin dazu da, um die guten Traditionen des Hauses aufrecht zu erhalten. (Bravo! rechts.) So lange ich an dieser Stelle stehe, werde ich das immer thun den Herren Abgeordneten gegenüber. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Ich werde mich selbstverständlich fügen, bedauere aber, daß nicht eine entsprechende Bestimmung in der Geschäftsordnung des Hauses enthalten ist.

Jedenfalls möchte ich den Staatssekretär darauf aufmerksam machen, daß doch eine Menge von Wünschen vorliegen, die Reformen auf dem Gebiete des Personals und des Verkehrs verlangen. Die Verbindung der einzelnen Berliner Vororte unter einander ist noch immer recht mangelhaft. Der Staatssekretär meinte, im all-gemeinen müsse dieser Verkehr über Berlin geleitet werden, eine direkte Verbindung der Vororte untereinander sei mir in einzelnen Fällen rathsam. Ich bin anderer Meinung; ich möchte auch darauf hinweisen, daß das Versprechen, das mir der frühere Staatssekretär v. Podbielski im Reichstage gegeben hat, es solle für eine direkte schnelle Verbindung zwischen meinem Wohnort Groß-Lichterfelde und Charlottenburg, dem damaligen Wohnort meines Freundes Richter, gesorgt werden, immer noch nicht eingelöst worden ist. Inzwischen ist ja mein Freund Richter von Charlottenburg weggezogen. (Weiterleit.)

Abg. Dr. Haffe (natl.):

Zunächst die Bemerkung, daß meine Freunde die Bemühungen des Präsidenten unterstützen werden, wonach über die Kommissions-verhandlungen nicht unter Namensnennung der einzelnen Redner im Plenum gesprochen werden soll, obgleich darüber in untrer Geschäfts-ordnung nichts enthalten ist. — Zum Postetat selbst möchte ich ersuchen, den ersten Vorschlag, der sich oft ungeschicklich lange ausdehnt, wesentlich zu beschleunigen. Das könnte dadurch geschehen, daß von seiten der Reichs-Postverwaltung den unter-gordneten Behörden die Genehmigung erteilt würde, da, wo sich das Bedürfnis herausstellt, die Druck-sachen von der ersten Bestellung auszuschließen. Im Interesse der Sonntag-sruhe der Postbeamten sollten ferner die Druck-sachen von den Sonntag-Postbestellungen völlig ausgeschlossen werden. In dem vom Abgeordneten Singer angeführten Fall kann ich den Standpunkt des Ober-Postdirektors nicht beipflichten und hoffe, daß auch der Staatssekretär dessen Anschanung mißbilligt und das Petitionsrecht der Beamten anerkennt.

Weiter muß ich Klage erheben über die Beförderungart von Postsendungen nach und über Südafrika. Es ist ja schon bedauerlich, daß Briefe, die nach Kapstadt oder Orten des Kriegsschauplatzes be-stimmt sind, von dem englischen Censur in Kapstadt eröffnet werden und dann unter andrem Beschluß weiterbefördert werden. Aber hiergegen können sich unsere Klagen nicht richten. Nun hat aber die englische Postverwaltung in Kapstadt sich herab-gekommen, auch solche Briefe zu kontrollieren und sogar zu öffnen, die nur transito nach Kapstadt gegangen sind und teils von Deutschland nach Deutsch-Südwestafrika, teils von Deutsch-Südwestafrika nach Deutschland oder andern Gebieten Europas bestimmt waren. Worauf gründen die eng-lischen Behörden ein solches Censurrecht? Die Belege für meine Behauptung habe ich in Händen. Ich hatte angenommen, daß die deutsche Regierung bei der eng-lischen gegen diese unzulässige Einmischung in den Durchgangs-verkehr protestiert habe. Im englischen Unterhaus hat aber der Unterstaatssekretär des Reiches behauptet, daß die deutsche Regierung sich hierüber noch nicht beschwert habe. Ferner sind Sendungen aus Holland, die über Hamburg nach Südafrika bestimmt waren, nicht an ihre Empfänger gelangt. Es wird von guter Seite behauptet, daß diese Briefe überhaupt nicht befördert worden seien. Die englische Spionage soll hier ihre Hand im Spiel haben, um den Verkehr zwischen den Boeren in Europa und in Südafrika zu kontrollieren.

Staatssekretär des Reichspostamts Krawitz:

Im Jahre 1900 wurde bekannt, daß Briefe aus Deutschland nach der Delagoa-Bai und nach Durban geöffnet worden seien. Damals nahm unser Vorkämpfer Veranlassung, die englische Regierung zu einer Untersuchung hierüber aufzufordern. Es wurde erwidert, daß diese Öffnungen seitens der Regierung nicht angeordnet seien. Später stellte die englische Regierung mit, man habe die Absicht, der Beförderung der Briefe so wenig Hindernisse in den Weg zu legen, wie es in ihrem im Kriegszustande befindlichen Lande möglich ist. Die Öffnung sei auf die militärische Censur zurückzuführen, der Fall werde be-donert.

Zu neuerer Zeit ist der Reichs-Postverwaltung mitgeteilt, daß wiederum Öffnungen stattgefunden hätten von Briefen, die von Berlin nach Deutsch-Südwestafrika gerichtet seien. Man nahm daraus den Anlaß, wiederum eine Beschwerde an die englische Regierung zu richten. Die deutsche Reichs-Postverwaltung

hat aber auch schon im vorigen Jahre direkt zu befördernde verschlossene Bentele zwischen Deutschland und unseren Kolonien eingeführt, und diese sind, so viel uns bekannt ist, von der englischen Verwaltung auch nicht geöffnet worden. Es ist weiter bereits offiziell erklärt, daß die Zeitungsnachrichten über ein sogenanntes „Schwarzes Kabinett“ in Hamburg natürlich ein Phantom sind.

Was die Entloftung der ersten Bestellungen betrifft, so dürfen in den großen Städten, wo das Bedürfnis vorliegt, schon heute Druckmaschinen mit Ausnahme von Zeitungen und Börsenberichten von der ersten Bestellung ausgenommen werden. — Mit Bezug auf die Sonntag-Bestellungen möchte ich betonen, daß den Inhabern von letzter boxes Gelegenheit gegeben ist, alle Briefe, die im Laufe des Sonntagvormittags eingegangen sind, mittags in Empfang zu nehmen.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.): Mir sind Fälle bekannt geworden, daß Briefe aus deutschen Kolonien mit deutscher Marke nach neutralen Ländern, z. B. nach Holland, von englischen Behörden geöffnet und mit der Aufschrift versehen sind: Geöffnet auf Grund des Kriegsvorwurfs. — Danach scheint das englische Kriegsvorurteil nur einen Paragraphen zu haben: Gewalt geht vor Recht. Ich erwarte, daß der Herr Staatssekretär energischen Protest einlegt gegen solche Verletzung deutscher Rechte. — Auch meine Freunde wünschen den vertraulichen Charakter der Kommissions-Verhandlungen zu erhalten, wir würden es auch begrüßen, wenn diese Gepflogenheit des Hauses auch in die **Zeitungs-Bericht-Erstattung** ausgedehnt würde. Man fängt ja heute auch in den Kommissionen schon an, mehr zum Fenster hinaus zu reden. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. **Albrecht** (Soz.):

In der Behandlung der Geschäftsrapporte liegt keine einheitliche Behandlung seitens der einzelnen Postämter vor. Die Anwaltschafts-Beamten in Berlin helfen sich daher jetzt so, daß sie die Bücher auf den Postämtern ausgeben, die sie als Drucksachen behandeln. — Ich habe Klage zu führen wegen Ueberlastung von Briefträgern im Postamt II in Halle. Dort müssen am Sonntagmorgen drei Briefträger für denjenigen ihrer Kollegen die Arbeit mit übernehmen, der gerade dienstfrei ist. Die Folge ist, daß erstens die Beamten zwei Stunden länger arbeiten müssen, und zweitens häufig Irrtümer in der Bestellung vorkommen. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, hier Remedur zu schaffen. Ferner möchte ich den Herrn Staatssekretär darauf aufmerksam machen, daß die Stadt **Harzgerode** durch die Neueinteilung der Postbezirke erheblich gegen den früheren Zustand benachteiligt ist. Die Stadt hatte mit einer Reihe kleinerer Orte früher direkte Verbindung. Durch die Neueinteilung werden die kleinen Geschäftsleute dort, die auf den Nachverkehr angewiesen sind, sehr geschädigt. Dadurch, daß der jetzige Postort Gerode von den kleinen Orten viel weiter entfernt ist als Harzgerode, erhalten ferner diese Orte ihre Postdienste heute viel später als früher. Schließlich bedarf die Stadt Harzgerode dringend eines Postamts II. Klasse. Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär auch diese Beschwerden prüfen wird.

Abg. **Eichhoff** (fr. Sp.):

Ich halte es nicht für glücklich, daß die Ober-Postdirektionssekretäre in Zukunft „Hilfsreferenten“ heißen sollen. Man sollte doch dem Wunsch der höheren Postbeamten nachkommen und die Titel „Postreferendar“ und „Postassessor“ einführen. In Bayern existieren diese Titel bereits. Das höhere Verwaltungsgesamten der Postsekretäre kann sich dem Referendarengesamten sehr wohl an die Seite stellen. Ganz unglücklich sind die Sekretäre dran, die das Verwaltungsgesamten nicht bestanden haben; sie geraten für ihre ganze weitere Karriere in eine sehr peinliche Quittstellung zwischen höheren und niederen Postdienst. Bei einer Verwaltungsreform sollte man diesen Beamten doch eine bessere Stellung anweisen als den ewigen Schalterdienst, den sie häufig nur mit Erbitterung erfüllen. Was die Assistenten anlangt, so begrüße ich die endlich erfolgte Abänderung der Dienstaltersstufen mit Freuden. Von welchem Termin an sollen die Assistenten zu den Stellen der Sekretäre zugelassen werden? Meine Freunde haben eine Resolution eingebracht, die eine Weitereinstellung von 1000 Assistenten in den Etat verlangt; ich gehe heute darauf nicht weiter ein. Ich komme zu den Unterbeamten. Abg. **Singer** hatte durchaus recht mit seiner Forderung, daß die Zulage bei den sog. „gehobenen Stellen“ in das Dienstaltersstufen-System einbezogen werden müsse. Nach der jetzigen Praxis wird neben das Zuberbrot die Weisheit gelegt. Der Wohnungsgeld-Zuschuß der Unterbeamten steht namentlich im Rheinland in gar keinem Verhältnis zu den hohen Wohnungsmieten. Auch nach der bevorstehenden neuen Servistassen-Regelung sollen ja leider die Wohnungsgeld-Zuschüsse nicht erhöht werden.

Noch eine Bemerkung allgemeiner Natur. Der vorige Staatssekretär des Reichs-Postamts trat an sein Postamt mit frischer Vorurteilslosigkeit heran; er hat manchen alten Post abgeschritten. Jetzt haben wir wieder einen bewährten Fachmann an der Spitze der Reichs-Postverwaltung, und ich kann nur wünschen, daß er mit gleicher Vorurteilslosigkeit an seine Aufgaben herantrete wie sein Vorgänger. Die Postinspektoren sind gegenwärtig überlastet; viele der ihnen jetzt zugewiesenen Aufgaben könnten sehr wohl von den Postdirektoren erledigt werden. Man darf von dem jetzigen Staatssekretär, der schon so lange im hohen Reichspostdienst thätig ist, erwarten, daß er die noch bestehenden Mängel abstellt. (Bravo! links.)

Abg. **Gamp** (Rp.): Das platte Land wird noch vielfach vernachlässigt im Gegenlag besonders zu Berlin. Während die großen Städte durch Ausdehnung des Vorortverkehrs immer mehr begünstigt werden, wird das Land durch Errichtung immer neuer Postbezirke mit höheren Porto-Ausgaben belastet. Das billigere Ortslagenporto darf auf dem Lande nicht noch mehr beschränkt werden; mit der Errichtung jeder Postfilialstelle in einem Gasthaus usw. wird ein neuer Bezirk gebildet, der aus dem Ortstaxenverkehr der benachbarten Dörfer anscheidet. Dem Lande müßte wenigstens ein einigermaßen entsprechendes Äquivalent gegeben werden für die großen Vorteile des Vorortverkehrs in Berlin. Der Forderung erhöhter Wohnungsgeld-Zuschüsse schließen wir uns namentlich auch für gewisse Orte des platten Landes an.

Abg. **Dassbach** (C.): Der Wohnungsgeld-Zuschuß ist namentlich in den großen Städten, speziell Berlin, für die unteren Beamten ganz ungenügend. In Berlin sind die Preise für kleine Wohnungen ganz unerträglich hoch geworden.

Abg. **Dr. Crüger** (fr. Sp.): Die Aeußerungen des Abg. Dr. Arendt waren sehr charakteristisch, sowie auf der linken Seite das Wort „Posttarif“ fällt, glaubt ein Herr von der Rechten uns eine große Vorlesung über die Not der Landwirtschaft halten zu müssen. (Sehr gut! links.) Seit wann darf man stolz darauf sein, wenn man in seinem Gewerbe nicht vorwärts kommt?

Wir wollen mit der Aufbesserung der Postbeamtengehälter nicht warten, bis die Finanzlage eine bessere wird. Was notwendig ist zur notdürftigsten Lebenshaltung, muß beschafft werden können. (Sehr richtig! links.) Eine weitere Erhöhung der Lebensmittelpreise würde die Parteien noch weit empfindlicher machen. — Weiter habe ich Beschwerden vorzubringen über die unglücklichen Verhältnisse in der Briefbeförderung zwischen Charlottenburg und Berlin. Ein Brief, der abends in Charlottenburg nach Rönigsberg i. Pr. aufgegeben wird, gelangt dort früher an den Empfänger als ein Brief, der zur gleichen Zeit abends von Charlottenburg nach Berlin aufgegeben wird. — Redner wünscht des weiteren, daß das Militär-Dienstjahr auf die Verdolungsdienstjahre angerechnet wird und führt Klage darüber, daß die Postassistenten bei der Zulassung zum Referend-Dienst als Stiefkinder behandelt werden.

Abg. **v. Trensefeld** (Hosp. d. Kons.) wünscht Aufbesserung der Wohnungsverhältnisse der Postbeamten auf dem Lande.

Staatssekretär **Kraetke** sagt Abstellung der auf diesem Gebiete etwa vorhandenen Mängel zu. Charlottenburg hat eine Anzahl Postverbindungen nach Berlin. Ein abends 11 Uhr in Charlottenburg aufgegebenen Brief kommt noch am nächsten Morgen sogar in Lichterfeld an.

Abg. **Wiesl** (fr. Sp.) bringt postalische Mängel in Rathenow und Saarbrücken zur Sprache. Um das Gedränge in vielen Postanstalten zu verhindern, wäre es sehr angebracht, ähnlich wie bei der Eisenbahn es so einzurichten, daß zu den Schaltern stets nur eine einzelne Person herantau.

Staatssekretär **Kraetke**: Dem Herrn Abg. Albrecht erwidere ich, daß es bei den Millionen von Drucksachen sehr wohl vorkommen kann, daß auf einzelnen Postämtern auch Anwaltschaftsbücher, die als Drucksache frankiert waren, nicht beanstandet werden. Diese Tatsache beweist nichts dagegen, daß dies im allgemeinen nicht geschehen darf.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung. Außerdem: Etat des Allgemeinen Pensionsfonds und Etat des Reichs-Militärgerichts.)

Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Postetat.

Die Budgetkommission des Reichstags beschloß sich am Donnerstag mit dem Postetat. Zunächst wurden auf Anregung des Abg. **Eichhoff** (fr. Sp.) Berliner Postassessoren besprochen, so die langsame Abfertigung des Publikums im Thorhäuschen am Potsdamer Platz.

Staatssekretär **Kraetke** verspricht, daß in dem Thorhäuschen vis-a-vis eine zweite Abfertigung eingerichtet werden soll.

Abg. **Wachem** (C.) fragt, wie sich die einzelnen Zweige der Post- und Telegraphenverwaltung verhalten.

Staatssekretär **Kraetke** erwidert, daß sich eine strenge Scheidung nicht überall durchführen lassen. Die Telegraphie schließe mit einer Unterbilanz von 15 Millionen Mark; die Telephonie bilanciere gerade; die Post allein gäbe Ueberschuß.

Abg. **Müller-Sagan** (fr. Sp.) bemängelt die Langsamkeit der Briefbeförderung zwischen den Berliner Vororten und die Ueberlastung der Briefträger besonders an Sonntagen.

Staatssekretär **Kraetke** erkennt das Vorhandensein dieser Mängel an und sagt Abhilfe zu.

Abg. **Dr. Dasse** (natl.) wünscht größeres Entgegenkommen in Bezug auf die Beförderung von Drucksachen. — Staatssekretär **Kraetke** erklärt, in dieser Hinsicht sei schon das Beste geschehen; es werde sogar zu erwägen sein, ob nicht die Drucksachen von der Beförderung mit gewissen Schnellzügen wegen Ueberlastung der Postwagen mit Briefsachen auszuschließen seien.

Abg. **Müller-Sagan** (fr. Sp.) befragt, ob die Reichspost in diesem Jahre nur einen Mehrerlös von 20 Millionen Mark erbringe. Es müsse mit Vereinfachungen und Tarifverbilligungen, sowie mit Besoldungsveränderungen für Beamten äußerst vorsichtig vorgegangen und im Gegenteil an eine Revision der Gehälter unter Erhöhung der Tarifsätze gedacht werden, um die Ueberschüsse der Reichspost an die Industrie zu beseitigen, namentlich in betreff der alzu billigen Beförderung von Drucksachen.

Abg. **Dassbach** (C.) wünscht eine Detaillierung der Einnahmentitel für Post und Telegraphenangelegenheiten. — Abg. **Prinz Ardenberg** (C.) weist darauf hin, daß die Postbeamten und Unterbeamten es nach Meinung der Landleute schon sehr gut hätten; sie hätten festes Gehalt und bräuchten nicht unter der Last der Zeiten zu leiden. Sie wollten immer neue Zulagen. Das müsse ein Ende haben. Redner spricht sich für eine Gehalts-Erhöhung aus; die Grenze der Porto-Ermäßigung sei bereits überschritten. — Abg. **Dr. Müller-Sagan** (fr. Sp.): Die Postverwaltung sei eine Verkehrs- und keine fiskalische Verwaltung. Sie habe in erster Reihe Kultur- und keine Finanzaufgaben zu erfüllen. Die gewerbliche Bevölkerung bringe die Mehrerträge im Postverkehr auf, aus denen die Mehr-Ausgaben des Postverkehrs auf dem platten Lande gedeckt würden. Besoldungsveränderungen für die Beamten seien unabwiesbar.

Staatssekretär **Kraetke** wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Müller-Sagan.

Abg. **Gröber** (C.) befragt den Staatssekretär wegen des letzten Jahresabschlusses. — Staatssekretär **Kraetke** erwidert, für 1901 seien die Rechnungen noch nicht abgeschlossen; er schätze aber das Defizit für 1901 auf 15 Millionen, und zwar 5 Millionen weniger an Einnahmen und 10 Millionen mehr an Ausgaben. — Abg. **Gröber** (C.) fragt an, ob der Postvertrag zwischen der Reichspost und **Württemberg** dem Reichstags zur Genehmigung vorgelegt werden solle. — Staatssekretär **Kraetke** beruft sich auf Artikel 48 der Verfassung, auf Grund dessen bisher die Verträge mit dem Auslande selbständig abgeschlossen worden seien. Der Reichskanzler erachte die Vorlegung des Vertrages nicht für geboten. Nach weiterer Debatte gibt sich Abg. Gröber (C.) damit zufrieden, daß die Frage in einer Resolution formuliert und diese an die Kommission zurückerwiesen wird. So wird beschlossen.

Die Beratung des Postetats wird am Freitag fortgesetzt; außerdem steht der Invalidenfonds auf der Tagesordnung.

Die Branntweinsteuer-Kommission

des Reichstags behandelte am Mittwochabend zunächst einen Antrag des Abg. **Speck** (C.), der die Regierung ersucht, der Kommission noch folgendes Material zugänglich zu machen: I. eine Uebersicht des durchschnittlichen Steuerertrages der Maischraum-Steuer für die Jahre 1895-1901 und zwar in vier Kategorien geteilt nach der Größe der Brennereien, die dieser Steuer unterliegen und berechnet pro Hektoliter reinen Alkohol und im Gesamtbetrage für jede dieser vier Kategorien; II. eine Uebersicht der in jedem dieser Jahre erfolgten Erhöhung an Maischraumsteuer; und III. eine Uebersicht des der Reichssteuer verbleibenden Reinertrages an Maischraumsteuer im ganzen und pro Hektoliter Reinalkohol berechnet. Ein Antrag des Abg. **Kugler** (fr. Sp.) forderte außerdem eine Uebersicht, wie viele Brennereien vom § 42 des Branntweinsteuergesetzes Gebrauch gemacht und an Stelle der Material- und Maischraumsteuer die dort festgesetzten Zuschläge zur Verbrauchsabgabe bezahlt haben.

Die Regierungvertreter sagten die in diesen Anträgen gewünschten Informationen für bald zu.

Sodann wurde die Generaldebatte wieder aufgenommen. Geheimrat **Geiger** erklärt für Bayern, allem Anschein nach habe die Regierungsvorlage mit ihrem Denaturierungszwange keine Aussicht auf Annahme. Der Antrag **Semler** habe manches für sich, aber er treffe die Reichs-Brenner auch in Süddeutschland zu schwer. Der Antrag **Ardenberg** bilde eine geeignete Grundlage für eine jahrelang brauchbare Regelung der Brennsteuer. Die Aufhebung der Maischraumsteuer sei nicht angängig, weil sie zu tief in das Brennereigewerbe eingreife und eine gewaltige Umwälzung bedeute.

Ober-Postdirektor **Kunze** erklärt für Mecklenburg sich ebenfalls gegen die Aufhebung der „voriglich bewährten“ Maischbottichsteuer, obwohl er die großen Vorteile einer Befreiung des Gewerbes von dieser engen Fessel nicht verleihe. Er empfiehlt dringend eine Resolution gegen die Maischraum-Steuer, da diese ihre Rolle ausgepielt habe, unter gleichzeitiger Herbeiführung einer erneuten Staffelung.

Abg. **Gamp** (Rp.) steht in dem Antrage **Semler** ein verfehlertes, in der Regierungsvorlage ein offenes Kontingentierungssystem.

Abg. **Dr. Pacht** (fr. Sp.) giebt seiner Freude Ausdruck, daß die Linke seit 1887 sich zur Branntweinsteuer-Befreiung negativ verhalten habe; denn es sei Mißerfolg auf Mißerfolg zu verzeichnen gewesen. Die Linke dürfe sich rühmen, an diesen Schiffbrüchen unschuldig zu sein. Die andern Parteien aber seien trotz der bisherigen schließlichen Erfahrungen bereit, auf solchen Bahnen weiter zu steuern, um nur einen Resthafen zu erreichen. Zu einem neuen System der Branntweinsteuer zu schreiten, sei jetzt noch Zeit genug, da vor Ostern doch an keine Erhebung irgend eines Gesetzes zu denken sei.

Unterstaatssekretär **v. Fischer** erklärt es für ganz unmöglich, in absehbarer Zeit eine gründliche Umarbeitung der Branntweinsteuer-

Befreiung vorzunehmen, da das Schatzamt den Posttarif und, wie er hoffe, auch neue Handelsverträge zu bearbeiten habe.

Abg. **Dietrich** (L.): Jeder, der so radikale Entwürfe stelle, wie Abg. Müller-Sagan mit seinem Vorschlage, die Maischraumsteuer aufzuheben, erwecke den Verdacht, daß er überhaupt nichts zu Stande bringen wolle.

Abg. **Müller-Sagan** (C.) erwidert, schließlich werde der ganze Ertrag der Maischraumsteuer von der Denaturierungsprämie verschlungen werden. Die ganze Befreiung solle ja doch nur dazu dienen, die Spirituspreise in die Höhe zu treiben. Zu wessen Gunsten aber, das sei die Frage. Kein Gesetz könne es allen recht machen. Seine Freunde, die Bayern, sträubten sich gegen jede Verteuerung des Branntweins, weil sie doch keine Brenner seien.

Geheimrat **Koruber** betont, daß alle drei Anträge produktionsanreizend wirken; deshalb müsse jedes Gesetz auf Grund dieser Anträge nur auf kurze Zeit festgelegt und nur mäßig vergünstigend gestaltet werden. Goldene Verge dürfe sich niemand von dem Antrag **Ardenberg** verschrecken; er sei nur ein zeitweiser Notbehelf.

Abg. **Holz** (Rp.): Der Antrag **Semler** scheine allseitig abgethan zu sein. (Zustimmung.) Es komme alles darauf an, für den Branntwein Abzug zu schaffen.

Abg. **Holz** (natl.) erklärt, daß auch ihm der Antrag **Semler** in der Produktionsbeschränkung viel zu weit gehe und deshalb für ihn unannehmbar sei.

Abg. **Semler** (natl.) hält die Meinung des Abg. Holz, daß bald alle Kriegsschiffe mit Spiritus geheizt werden können, für ein Phantom. Abg. **Dr. Müller-Sagan** (fr. Sp.) weist darauf hin, daß jeder Vertreter der Branntweinparteien volle Berechtigungen für seine Betriebsart wolle. Das sei die Quintessenz aller Vorschläge. Redner erklärt sich für Aufhebung der Maischraumsteuer, Einführung einer Fabrikat- anstatt der Materialsteuer, Fortfall aller Liebesgaben. Daß die den Agrariern „gräßliche Flotte“ mit Spiritus geheizt werden solle, sei zwar für sie vielleicht ein verächtlicher, aber noch kein realisierbarer Gedanke.

Abg. **Luke** (Wund der Landw.) meint, den Löwenanteil des Gewinnes aus dem Spiritus hätten die Zwischenhändler, die jährlich etwa 400 Millionen daran verdienen.

Die Abgg. **Speck** und **Dietrich** (L.) bezeichnen als Ziele der Befreiung: keine Einschränkung der Produktion, sondern Steigerung des Absatzes. Abg. **Dietrich** meint weiter, die Herstellung von Spiritus aus Torf müsse durch die Befreiung ausgeschlossen werden.

Abg. **Wurm** (Soz.): Wenn der Schnapsbrenner auch den Branntwein sehr verteuere, so bleibe doch den Wirten infolge der hohen Preise sehr wenig. Die Spiritusnot sei nur eine Folge der Kartoffelnot und diese sei dadurch hervorgerufen, daß die Ernte durch Unbau minderwertiger, aber sehr ertragreicher Kartoffeln übermäßig gesteigert wurde. Seit zehn Jahren sei der Ertrag pro Hektar um mehr als 70 Proz. gestiegen; der Verbrauch der Kartoffeln für die Brennerei von 7/8 auf 9/8 herabgegangen. Das ganze Gesetz spize sich zu auf den Vorteil der ostelbischen Kartoffelbrennerei. (Abg. Holz: Das wollen wir ja!) Notwendig sei eine ganzliche Umwälzung des Spiritus-gesetzes. Zum mindesten müsse das zu beschließende Gesetz eine kurze Geltungsdauer bekommen.

Die Abgg. **Müller-Sagan** (C.) und **Dr. Müller-Sagan** (fr. Sp.) weisen dem Abg. Luke gegenüber noch nach, wie sehr die kleinen Bayern durch Verteuerung des Branntweins belastet werden, während Abg. **Gamp** (Rp.) den Bayern empfiehlt, Spiritus von der Centralz zu beziehen.

Dann schließt die Generaldiskussion. Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird beschlossen, die nächste Sitzung am Donnerstagabend abzuhalten.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer Sitzung vom Donnerstagmittag die Wahl des Abg. **Gothin** (Breiswald-Grünnen) für pflanzlich zu erklären. — Zu der vom Plenum an die Kommission zurückgewiesenen Wahl des Abg. **Steg** (All. Bezirk Marienwerder) sind inzwischen neue amtserichtliche Erhebungen eingegangen, auf Grund deren die Kommission neue Zeugenebenehmen beschloß.

Kämmerliche Schiedsgerichte. Die zur Vorbereitung des Antrags **Wassermann** auf Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte eingesetzte Reichstagskommission beschloß, den von der Regierung über dieselbe Materie in Aussicht gestellten Entwurf erst abzuwarten. Die nächste Sitzung der Kommission dürfe erst nach Ostern stattfinden.

Aus Industrie und Handel.

Eine Stütze der Syndikate. Die preussische Regierung, die ihre Abneigung gegen die Arbeiterorganisationen nicht stark genug zum Ausdruck bringen, die durch das Rundschreiben des Ministers v. Schönstedt Anweisungen an die Staatsanwaltschaft ergeben läßt, wie die Agitation für die Gewerkschaftsorganisationen durch den Erpressungsparagraphen bestraft werden kann, giebt sich auf der andern Seite als ein eifriger Förderer der Syndikate und Unternehmerorganisationen. Wie berichtet wird, soll der preussische Eisenbahnminister die Schienenaufträge nur an das Schienenkartell vergeben. Vor kurzem ist nun die Firma **Thyssen u. Co.** aus dem Kartell ausgetreten, weil das Kartell der Firma die geforderte höhere Beteiligung abgelehnt hatte. Triumphiertend verländen darauf die Interessenten des Kartells, daß der Austritt der Firma aus dem Bestand des Verbandes keinen Einfluß hat. Der Schienenverband ist das einzige Kartell, mit dem der Minister paktiert. Die Kündigung **Thyssens** wird, wie man annimmt, den beachtlichsten Zweck nicht erreichen, jedenfalls möchte **Thyssen** sich die Beschäftigung für seine Schienenwerke außerhalb des preussischen Staatsbahns-Bereiches suchen, da, wie gesagt, die Lieferung des Bedarfs der Staatsbahn dem Schienenverbande verbleibt.

Wie verhält sich diese Stellung der Regierung mit der empfohlenen Verfolgung der Arbeiterorganisationen. Ist hier wieder der Grundtag maßgebend gewesen, wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe? Hier werden indirekt durch Ausschalten der freien Konkurrenz die Machtmittel des Kartells gestärkt, den Zwangsmitteln gegen die aufstrebenden Werke eine Schwärze gegeben, wie es ohne die Parteinahme des Eisenbahnministeriums niemals möglich wäre. Der Zweck des Kartells ist die Preisraufführung ihrer Fabrikate, mithin eine Bewegung, die finanziell zum Schaden der Eisenbahnverwaltung ausschlagen muß. Eine Regierung, die einseitig ihre Kräfte an das Kartell vergebte, macht sich der Parteinahme für eine bestimmte Unternehmerrasse schuldig, eine Stellung, die vom Standpunkt der allgemeinen Interessen die entschiedenste Mißbilligung erfahren muß. Umfomehr, weil dieselbe Regierung für die wirtschaftlich schwächer gestellte Klasse der Arbeiter die Anwendung auch des geringsten Zwanges, für den mit vieler Mühe erst ein juristischer Nachweis erfinden werden muß, strafrechtlich verfolgt wissen will. Will man die Gewerkschaften unter Ausnahmegefehle stellen, dann thue man es offen und rückhaltlos!

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat verzeichnet für den Monat Januar gegenüber der Gesamtbeteiligung eine Minderförderung von 19,99 Proz. bei einer vorgesehenen Einschränkung der Förderung von 20 Proz. Eine gleich große Minderförderung ist seit Bestehen des Kohlenyndikats auch noch nicht annähernd zu verzeichnen gewesen.

Konturle in Sachsen. 1420 Zahlungseinstellungs-Verfahren wurden im Jahre 1901 im Königreiche Sachsen eröffnet, das sind 221 mehr als im Vorjahre. Wie gewaltig diese Zahl im letzten Jahre emporgeschwollen ist, zeigt folgende Zusammenstellung: Es wurden in Sachsen eröffnet 1896: 805 Verfahren, 1897: 937, 1898: 1060, 1899: 1105, 1900: 1199, 1901: 1420.

In der humanitären Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Nähe der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule, hält am Sonntag, vom. 10^{te} Uhr, Herr Dr. Rudolf Benzig den vierten Vortrag des Colins: Bilder aus der Religionsgeschichte. 4 Tiervereiner, Damen und Herren haben freien Zutritt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 14. Februar.

Oberhaus. Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. König Richard der Dritte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geflohen.
Schiller. Familie Fourchambault. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Cyrono von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Maria von Schottland. (1. Teil: Darnley). Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessling. Das Bild. Anfang 7 1/2 Uhr.
Heldens. Verliebt Vorher: Furcht vor der Schwiegermutter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wochen. Manfred. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Delleo. Vitencrend. Bunte's Brecht. Anfang 8 Uhr.
G. v. Wolzogens. Bunte's Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Lebende Peder. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.
Central. Letzte Qual mit ihrer Gesellschaft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Die Fiedermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weis. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Fiedermaus. Anf. 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Cr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cepheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Gesspiel des Central-Theaters. Das süße Mädel. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Sahus. Theater. Lustige Brüder. (Ueberbrett). Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel. Anf. 8 Uhr.
Passage. Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Am Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).

Freitagabend 8 Uhr:
Familie Fourchambault.
Schauspiel in 5 Akten von G. Augier, aus dem Französischen übersezt von R. Könenfeld.

Sonnabendabend 8 Uhr:
Familie Fourchambault.

Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Lysanders Mädchen.
Hierauf: Die Komödie der Irrungen.

Sonntagabend 8 Uhr:
Die Braut von Messina.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochen. 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.



Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera

Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Der König der Kraftturner (der stärkste Mann der Welt), der Berliner
Alex Meyer
hebt 300 Pfund - Scheibenstange!!
Neu! Tiroler Sänger- u. Schuppiattler-Gesellschaft aus Innsbruck.

Passage-Theater.
Anfang 5 Uhr. Anf. des Abendprogramms 8 Uhr.
Ganz Berlin spricht von der lebensfähigen Lola Gray
in dem erschütternden Mimosendrama:
Der Bajazzo und sein Kind.
Der wunderbare Imitator von Otero und Fougère
Lanzetta.
Damenluftkampf.
5 Sisters Wanton.
16 ersteklassige Nummern.

Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Freitag, den 14. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr:
Vorstellung vor Serenissimus
Neues Programm.

E. von Wolzogens
Buntes Theater (Ueberbrett)
Königsplatz 68.
Freitag, 14. Februar, ab. 8 Uhr:
u. a. „Zufall“, Dialog von Ludw. Falda. „Napoleon“, Historienodrama von Hanns v. Gumpenberg.
Lina Abarbanell. Sonntag, 16. Februar, nachm. 3 Uhr, Vorstellung zu ca. halben Preisen.

Casino-Theater.
Votringstr. 37.
Gesspiel Wilhelm Richter in der Gefangenschaft „Lustige Brüder“. Dazu „Ghrioso“ und das fensat neue Programm.
Anfang Wochen. 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr, Sonntag nachm. 4 Uhr, bei 11. Preisen: Auf vielfachen Wunsch zum 7. Mal: Mutterliegen.

Cirkus A. Schumann.
Heute Freitag, den 14. Februar, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Große außerordentl. Vorstellung. Kolojaler Erfolg der neuen Februar-Spezialitäten.

L'écuyère lumineuse?
Zum Schluss: In Feuer und Flamme.
Mons. Edouard Soemann mit seinem vollständig neuen Sports-Mit. Direktor Alb. Schumanns anerkannt unerreicht bestehendes Originalprogramm.
Zum Schluss zum 16. Male:
Mephisto
ca. 500 Mitwirkende. 2 Musikcorps.
Sonntag: 2 gr. Gala-Vorst. In beiden Vorstellungen Mephisto und die neuen Februar-Spezialitäten. Nachm. ein Kind frei.
Avis! Donnerstag, 20. Februar, abends präc. 8 Uhr: Große Gala-Sports-Vorstellung zum Besten der kranken Kinder. Sperrpreis 10. — Vorgesitz 15 Mk., Sperrpreis 4-6. Reihe 15 Mk., Sperrpreis 1 bis 3. Reihe 3.- Mk., Tribüne 10 Mk., Balkon 2.- Mk., 1. Platz 1.50 Mk., 2. Platz 1.- Mk., Gallerie 50 Pf.

Central-Theater.
Heute Freitag, 14. Februar 7 1/2 Uhr, vorletztes Gastspiel
Yvette Guilbert
mit ihrer Gesellschaft.
Morgen Sonnabend, letztes Gastspiel Yvette Guilbert.

Thalia-Theater.
Tredenerstr. 72/73.
Mit vollständig neuer Ausstattung:
Seine Kleine.
Große Ausstattungsposte mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Paula Dörfler u. G. Guido Thielscher, Helmerding, Paul Müller, Gerda Walde, Josef, Bannovius, Kuner, Schay.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag nachm. 4 Uhr, Kleine Preise: Der Hüttendörfler.

Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
Emil Sondermann u. G. Ferd. Wörms. Rigi Bircher. Rosa Morton.
Hierauf: Cr. Lebensbild in 1 Akt.
Adele Hartwig u. Leopold Thurner u. G. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinot. Musik von Jean Gilbert.
Wina Wicetti u. G. G. G. G.
Morgen: Das Jungfernstift. Sonntag nachm. 4 Uhr: Dornröschen.

Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Barlesko Ausstattungsposte mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Weihnachtstisch.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Nur noch bis Sonnabend:
Gastspiel des Central-Theater-Ensembles
Das süße Mädel.
Ferner: Arvida Svensson.
The Leamy-Truppe.
Beginn der Spezialitäten 7 1/2 Uhr.
Beginn der Operette 8 Uhr.
Vorankündigung: Sonntag, 16. Februar: Neu einstudiert, mit neuer Ausstattung:
Don Juan in der Hölle
und die phänomenalen Spezialitäten.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, Ecke Universitätsstr. Madonnenschein. Lebende Lieder. Anf. 8 Uhr. Parkett 3 M.

Palast-Theater
(früher Fern-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Wollner u. Fröbel.
Zum 1. Male in Berlin
Les Helssard. Kunst-Hochlehrer auf der 30 Fuß hohen **Luft-Schwebebahn.**
Einzig existierende Nummer.
Um 9 Uhr! Großer Erfolg
Direktor Wilhelm Kröbel in der Aufführungs-Operette
Die süßen Mädel.
Dazu das große glänzende **Februar-Programm.**
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Bilet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Bajazzo
und seine Familie.
Schauspiel in 5 Akten v. G. Wittmann.
Sonnabend:
Keine Vorstellung.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Eine Theaterprobe.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Entree wie gewöhnlich, Tanz frei.

Charivari-Theater.
Alte Jakobstr. 37.
Neues glänzendes Februar-Programm.
Popl Weiss Mizel Braun
Lotte Sebus Albert Kühne
Max Reichard u. a.
1/4 Uhr Nachm.-Vorstellung zu halben Preisen.
1/2 Uhr Beginn der Abend-Vorstellung.

Cirkus Busch
Freitag, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung. Klondike. Orig.-Fantasie des Cirkus Busch und neue prächtige Spezialitäten.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsalokal Berlins
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „Urbock“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Bräuerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Indische Menagerie
im Exerzierhaus
(am Brenzlauser Thor)
Votringstr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Treffer mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schlangen, sowie **Löwen-Ringkampf** und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.
Entree: I. Platz 1 Mk., II. Pl. 60 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Frooso.

Apollo-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 49.
Jeden Sonntag und Montag
Große Theater-Vorstellung.
Großer Saal und Garten zu Vereinskassabilligkeiten zu vergeben.
Ph. Thomas.
Galerie 20 Pf. berühmter Frauen
in unangefassten Hesten.
Selt 1 bis 3 durch jede Buchhandlung zu beziehen, sowie direkt von Goldsteins Verlag, Nowawas d. Potsdam. 12136

En gros En detail
Nochtakaf 35002*
Berlin NO.
Max Otto, Neue Königstr. 6.

Berlins grösste Fischhandlung
empfehlen von täglich frischem Fange, und täglich frischer Zufuhr in Kühlwaggons frische, geräucherter und marinierte

Seefische
zu bekannt billigen Preisen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Sampffischerei Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
II. Filiale: Lüneburgerstr., Ecke Paulstr.
III. Prinzenstrasse No. 30.
IV. Madaistr. 22, I. Schles. Bahnh.

Diese Woche:
Schellfische in allen Größen 25-40 Pf. pro Pfd.
Cablian auch ohne Kopf und 30-40 Pf. „ „
Seelachs 30 Pf. und im Anschnitt 40 Pf. „ „
Bratfunder, Notzungen, Schollen, Seehecht, Kauerhahn, Austerfisch, Goldbars, Heilbutt, Tarbutt, Steinbutt, Seezungen u. gleichfalls billig.
Lebende Hummer 2,70-2,80 Mk. pro Pfd.
Johs. Skoreczyk, Generalvertreter für Berlin.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig nur 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Pfefferextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße, Greif-Apothek, Barnuhstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 5132L*

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur einklassige. Direktion:
Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. H. Hütt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen — Eigene Werkstätten — empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, Thor. 13390L*

Herren-Kragen,
rein feinen, garantiert 4 fach, sämtliche neue Facons in allen Weiten so lange der Stoff 15 Pf., Sonntags reich. Geschlossene Kragen
per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.
Manschetten, prima, garantiert 4 fach, 1/2 Dutzend 2,25 Mark, Oberhemden, Servietten, Krawatten in größter Auswahl. Trikotasen, Strümpfe. Detailverkauf zu Engrospreisen. 32405L*
Ernst Marcuse, Mühlstr. 23.

Ital. Legehühner!
1901 Würzburg, gel. kräft. Tiere, fleiß. Leger, garant. leb. gel. Küst., je 1 Stamm = 19 bereits leg. Hühner u. 1 Hahn 20 Mk. oder 12 u. 1 Hahn 21 Mk. frei Nachnahme. 75 frische, diese Trinker 4,50 Mk. frei 10 Pfd. Goll. frische naturreine Milchbutter 7 Mk. frei. Fern. Renmann, Ronaherstraße 59 via Breslau. 4796

Charlottenburg.
H. Schmerberg 31408*
Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen. Optische Artikel. Oberländer werden schmerzlos gekostet.

Ball- und Cottillon-Artikel.
Sämtlicher Bekleidungsbedarf für Vereine, Masken, Dekorations-, Scherz-, Zauber-, Cottillon-Artikel in großer Auswahl. Billige Preise.
Paul Schmittke, Berlin, Friedrichstr. 235.
Tel. VIa Nr. 11 573. (33472)*

Elektr. Hoch- und Untergrundbahn Berlin
Siemens & Halske A.-G., Betriebsverwaltung
Berlin SW., Schönebergerstr. 13, I.

A. Fahrplan.

I. Stralauer Thor—Potsdamer Platz.
Die Züge verkehren in Abständen von je 10 Minuten.

	von Stralauer Thor	von Potsd. Platz
Erster Zug	5:26	5:47
Letzter Zug	11:26	11:47

II. Außerdem verkehren Zwischenzüge vom Stralauer Thor nach dem Halleschen Thor von morgens 10²¹ bis nachmittags 7⁴¹, so daß für diese Zeit auf letztgenannter Strecke ein fünf-Minuten-Verkehr besteht.
Nach Bedarf werden Sonderzüge eingelegt.

B. Fahrpreise.

	III. Kl.	II. Kl.
Zwischen Stralauer Thor und Prinzenstraße	10 Pf.	15 Pf.
„ Hallesches Thor und Hallesches Thor	10 „	15 „
„ Kottbuser Thor und Mökern-Brücke	10 „	15 „
„ Prinzenstraße und Potsdamer Platz	10 „	15 „
„ Stralauer Thor und Potsdamer Platz	15 „	25 „

Central-Verband d. Maurer Deutschlands

Nachruf! Am 8. d. Mts. starb unser treues Mitglied...

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus...

Branche Korbmacher.

Samstag, 16. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Th. Handke...

Verammlung

Tages-Ordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Brauchenversammlung

Sonabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Bürsten- und Pinselmacher

Töpferträger Berlins u. Umgegend.

Montag, den 17. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Bauer...

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Organisationsfrage und Aufnahme neuer Mitglieder.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Auf dem Bau des Unternehmers Rürnberg, Altdorf, Buldstraße, an der Kaiser Friedrichstraße...

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 16. Februar er., mittags 12 Uhr:

Gr. öffentl. Volksversammlung

in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 103/104.

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen August Bebel über: „Volksheer oder Reihendes Heer?“

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr:

Generalversammlung

in Kellers Festsälen, Koppenstraße Nr. 29. Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht...

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Sonntag, den 16. Februar, abends 7 Uhr, in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstrasse No. 75:

Vortrag des Schriftstellers Georg Bernhard

über: Bürgerliche Wissenschaft und Arbeiterbildung. Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr:

Große Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend in Cohns Festsälen, Beuthstraße 20, I.

Tages-Ordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Bericht über die Verhandlungen der Schlichtungskommission...

Steinarbeiter!

Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 1 Uhr: Öffentliche Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c. Tages-Ordnung: 1. Vierteljahres-Abrechnung...

Militäreffekten-Sattler!

Sonabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20 (große Halle):

Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Neuwahl zur Brandenburger Agitations-Kommission. 2. Centralisierung der Berliner Filialen.

III. Wahlkreis.

Sonntag, den 16. Februar, abends 6 Uhr:

Berammlung mit Frauen

im Apollo-Saal, Sebastiansstraße 30. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen F. Phillips über: Heinrich Heine.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Sprechstunde: Amt VII, 353.

Freie Vereinigung der Bleiglasler und Glasmaler etc.

Sonabend, den 15. Februar, im „Brandenburger Haus“, Mohrenstraße Nr. 47: Großes Sommer-Fest.

Fachverein der Bretterträger und Brettschneider

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Abtigsstadt-Casino, Holzmarktstraße 72: Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung der Revisionskommission. 2. Neuwahl derselben...

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechtsitz. Gebisse.

Nicht Rheumatismus, Gallenstein, Leber-, Magen-, Nierenleiden, Hautunreinigkeiten, Fettleibigkeit, Zuckerkrankh., Blutandrang. Gegen alle diese Krankheiten...

Herren-Vortrag Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: Der überdeutsche Nord in der Orientfrage...

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik. GutsMuths, Berlin, Unter den Eichen 46.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Restoration, fester Tisch, sofort für 3400 Mark zu verkaufen. Schornberg, Charlottenburg, Seelenbühnenstraße 1, vom 1. 4145*

Einfassungs-Anzüge, fertig oder nach Maß von 12 bis 20 Mark. Unter 50 garantirt. Abraham, Admiralsstraße 38. 10162*

Nähmaschinen, preiswerte Bergschweizer, ohne Anzahlung, 100, 150, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000.

Widifikation! Wer sich über diese rechtliche Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Widifikation des Weltbundes gegen Widifikation, welche unentgeltlich versendet werden vom Zentralverein Berlin, Königgrätzerstraße 108.

2 Beringzimmer, Realdahn empfiehlt Finger, Schützenstraße 18. 75 Pfennige! Einwandgeleide, Interieur, alle billigen Schmuckgegenstände, Bilderrahmen, Kunstgegenstände, Porzellan, Glas, etc.

Blätterinnen auf Oberboden im Hause verlangen Kleinfächer u. Grobentisch, Waldstraße 13. 137/14

Partei-Nachrichten.

Der nächste internationale sozialistische Kongress wird im August 1903 in Amsterdam stattfinden. Das internationale Bureau fordert die Parteien und wirtschaftlichen Verbände aller Länder auf, auf ihren nächsten Kongressen und Parteitagen zu dem internationalen Arbeiterkongress Stellung zu nehmen und event. Entwürfe zur Tagesordnung rechtzeitig zu stellen. Alle Zuschriften sind zu adressieren an Victor Seroy, Maison du Peuple, Rue Joseph Stevens, Brüssel.

Ueber Alois Kiefer, von dessen plötzlichem Tode wir bereits Mitteilung gemacht haben, lesen wir in der „Münchener Post“ einige ausführlichere Angaben aus seinem Leben, die wir unsern Lesern noch mitteilen wollen.

Kiefer wurde im Jahre 1836 in Mindelheim geboren. Er kam als junger Schriftfeger nach München, absolvierte hier seine Militärdienstzeit, ging als Sergeant ab und schloß sich der ins Leben tretenden modernen Arbeiterbewegung an. Auch bei der Gründung der sozialdemokratischen Partei in München war Kiefer dabei und viele Jahre hindurch stand er mit einem kleinen Häuflein opfer- und kampfbereiter Männer an der Spitze der Bewegung. Gewisse Zeit vor Erlaß des Sozialistengesetzes hat er mit dem Genossen Ernst zusammen eine politische Organisation geschaffen, die in 24 Zellen eingeteilt, sich über die ganze Stadt erstreckte. Am der drohenden Auflösung durch die Polizei zuvorzukommen, löste sich jene Organisation nach kurzer Dauer jedoch wieder auf.

Im November 1875 übernahm Kiefer die Redaktion des ersten sozialdemokratischen Organs in München: „Der Zeitgeist“, und schon im Sommer des nächsten Jahres wurde er wegen Verleumdung des Polizeikommissars Gehret (Meinert-Nischel) zu 8 Monaten 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Wegen „Fluchtverdacht“, weil ihm noch ein anderer Prozeß bevorstand, wurde er am 24. Juli 1876 verhaftet. Im November kehrte Kiefer aus dem Gefängnis zurück und nahm als verantwortlicher Redakteur des „Zeitgeist“ erneut den Kampf auf gegen Reaktion, Ausbeutung und Polizeivillkür. Doch auch die spätere Zeit dem Kämpfer so manche Wunde zügend, ist Kiefer schrieb aus mehrere Broschüren, darunter die bekannte, vielgelesene Schrift: 200 000 Bagabunden. Im Jahre 1878 war Kiefer im Wahlkreis München II als Reichstagskandidat aufgestellt. Später war er lange Jahre als Schriftfeger bei der Firma Schuh u. Co. und dann in der Druckerei des „Münchener Fremdenblattes“ beschäftigt.

Seit 1890 war Kiefer in der Ernstigen Offizin und zuletzt als Korrektor in der Offizin der „Münchener Post“ thätig. Bei Gen. Ernst zeichnete Kiefer auch den „Süddeutschen Postillon“ und hatte sich in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur mehrfach vor Gericht zu verantworten. In einem Prozeß vor dem Münchener Schwurgericht wurde Kiefer freigesprochen, in einem andern, der in Chemnitz spielte, jedoch zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, die der Betragen im Gefängnis in Stadelheim verbracht hat.

Ganz bedeutende Verdienste hat sich Kiefer um die deutsche Buchdrucker-Bewegung erworben.

Politikliches, Gerichtliches u. s. w.

— Drei Charlottenburger Parteigenossen sollten durch Verbreitung des Märkischen Volkskalenders in Leipzig die Polizeiverordnung von 1898 über die Sonntagsheiligung übertreten haben und wurden deshalb in Polizeistrafen von je 5 M. genommen. Sie beantragten gerichtliche Entscheidung, über die das Schöffengericht Wittenwalde zu verhandeln hatte. Selbst der Amtsanwalt beantragte die Freisprechung und das Gericht erkannte demgemäß.

— Wegen Verleumdung durch die Presse wurde der Genosse Köllmar in Zimmern, Vorsitzender der dortigen lokalen Preßkommission für die „Erfurter Tribüne“ zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Die Zimmerner Genossen hatten für ihren Ort eine besondere Agitationsausgabe der „Tribüne“ veranstaltet und durch einen darin enthaltenen Artikel sollen Lehrer in Zimmern beleidigt worden sein. In dem Artikel war die Thatsache behandelt worden, daß die Lehrer dort den Schülern Schulbedarfartikel verlaufen und daraus die Frage gestülpt, ob die Lehrer davon Vorteile hätten. In dieser Frage wurde die Verleumdung gefunden, da in der That die Lehrer keine Vorteile von dem Handel hatten. Festgestellt wurde aber, daß der Einlauf der Schulbedarfartikel durch die Lehrer zu Großpreisen erfolgt, während die Kinder die Kleinverkaufspreise zahlen müssen; der Ueberdruck kommt in eine sogenannte Klassenkasse, aus der dann die Lehrer Rente, Reise, Schwämme u. s. für Schulzwecke kaufen, da die Gemeinde diese Artikel nicht liefert. Die als beleidigend angesehene Frage war nur an die falsche Adresse gerichtet; unbegründet war sie nicht. Köllmar wurde als Thäter bestraft.

— In zwei Wochen Gefängnis wurde der Genosse Ernst vom Panier in Elberfeld verurteilt, weil er in einer Versammlung einen Polizisten beleidigt haben soll.

Sociales.

Gegen die Vertrauensärzte.

Die vielfach erhobenen Klagen über die schablonenmäßige Behandlung der Unfallverletzten durch die Vertrauensärzte, die durch den Prozeß Sprengel gegen Blasius das Interesse der großen Öffentlichkeit wachgerufen haben, scheinen das Reichs-Versicherungsamt zum Einschreiten veranlaßt zu haben. Der Präsident erließ ein Rundschreiben an die Vorstände der Landes-Versicherungsämter und der Berufsgenossenschaften, worin sie darauf hingewiesen werden, daß es ihre Aufgabe ist, selbständig den Grad der Erwerbsunfähigkeit festzustellen und sich nicht schablonenmäßig auf die Angaben der ärztlichen Sachverständigen, soll heißen der Vertrauensärzte, zu verlassen.

Wiel helfen wird das allerdings nicht, weil ja die niederen Rentenfeststellungen nicht eine Folge des Instituts der Vertrauensärzte sind, sondern umgekehrt dieses Institut ein Produkt der Berufsgenossenschaften ist, die sich den Vertrauensarzt nur als Mittel zum Zweck, als gefügiges Werkzeug erst geschaffen haben. Die Wurzel des Übels liegt in der Organisation der Unfallversicherung überhaupt, in dem Vorhandensein der Berufsgenossenschaften, in der Thatsache, daß sie Richter in eigener Sache sein dürfen, ein Zustand, der in jedem andern Rechtsverhältnisse jedermann als unannehmlich erscheinen würde, der aber gar nicht auffällt, wo es sich bloß um die Interessen und Rechte armer verunglückter Arbeiter handelt.

Die Kinderausbeutung auf dem Lande.

In Anknüpfung an die Rede des Genossen Peus im Reichstage über die Ausbeutung der Kinder bei der landwirtschaftlichen Arbeit veröffentlicht ein Geistlicher, der 32 Jahre Orts-Schulinspektor auf dem Lande war, seine Erfahrungen über den Gegenstand. Er schreibt: „Der Schulbetrieb in den Landtschulen wird durch die Ueberbürdung der sogenannten „Dienstkinder“ vielfach in der empfindlichsten Weise gehemmt und gestört.“

Diese Kinder befinden sich zumeist im Alter von 11 bis 13 Jahren; sie werden zum Hüten des Viehs und zu den verschiedenartigen Arbeiten im Hause, Hofe und Felde verwendet, daneben müssen sie noch auf den Bauerhöfen die Aechte und Mägde bedienen. Sie sind gewöhnlich Kinder der Händler, der Dominiatsknechte und der Fabrikarbeiter aus den naheliegenden Industrie-dörfern. . . .

Im Sommer werden diese Kinder früh um 4 1/2 Uhr aus dem Bett gejagt; ohne Frühstück erhalten zu haben, bringen sie eine Koppel Müddel auf die Weide und müssen die Tiere am Stride bis etwa 6 1/2 Uhr auf der Weide umherführen. Dann eilen sie nach Hause, frühstücken in Hast und nun geht es im Laufftritt nach der Schule, wobei viele Kinder bis 3/4 Meile Weg zurück-

legen müssen. Ich revidierte einmal drei Tage nach einander im Sommer meine Schulen und konstatierte, daß zehn Knaben immer wieder einschließen. Der Geist war willig, aber das Fleisch war schwach. Die Lehrer waren auf dem Plage und unterrichteten freich und lebendig, die Anwesenheit des Orts-Schulinspektors trägt auch sonst dazu bei, daß die Kinder aufmerksam sind, aber die Uebermüdung dieser abgebehten Kinder war so groß, daß sie nicht wach erhalten werden konnten.

Ich schickte der Regierung sogleich einen ausführlichen Bericht über diesen Vorfalle ein; im Jahresberichte wies ich unter Anwendung von roter Tinte noch einmal darauf hin; ich bat die Regierung, darauf hinzuwirken, daß das Viehhüten durch Schulkinder vor der Schulzeit verboten werden solle. Ein Bescheid hierauf ist mir niemals zugekommen; die Initiativberichte der unteren Behörden scheinen bisweilen merkwilich zu sein. . . .

Weiter ist auch zu erwähnen, daß diese Dienstkinder sittlich gefährdet sind. Bei dem Zusammensein mit den Aechten und Mägden hören und sehen sie viel Unzuchtiges. Eine Konfirmandin mußte aus ihrem Dienst von den Eltern wegenommen werden, weil in dem Schlafstall, welches das Mädchen mit den Mägden teilte, allnächtlich Aechte mit den Mägden verkehrten. Als es sich darum handelte, über die Unterbringung von Fürsorglingen zu beraten, habe ich mich gerade um solcher Erscheinungen willen ganz entschieden gegen die Unterbringung weiblicher Fürsorglinge auf den Bauerhöfen ausgesprochen.“

In diese Darstellung knüpft der Geistliche, der übrigens sonst auch von der Not der Landwirtschaft redet und darum gewiß nicht zu den Unstärksten geredet werden wird, die Forderung, daß Bestimmungen gegen die Ausbeutung der Kinder in der Landwirtschaft erlassen werden sollen.

Die Junterregierung wird sich hüten. Auf solche Beschwerden giebt sie keinen Bescheid. Sie will davon überhaupt nichts hören. Deshalb hat man ja auch die Junter mit der Enquete über die Kinderarbeit versehen. Ja, wenn die Junter schreien, daß sie von Kindern ausgebeutet werden — da hätte die Regierung seine Ohren.

Das Zollwucher-Gezetz

und seine Bedeutung für die städtischen Arbeiter. — Arbeiterfürsorge und Mißstände in städtischen Betrieben.

Zu einer bedeutenden Demonstration gestaltete sich die Versammlung der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten, die am Mittwoch im Gewerkschaftsaufe tagte. Es war wohl die größte Versammlung, welche bisher von diesen Arbeitern abgehalten, in der sie gegen den Lebensmittelpreiserhöhung protestierten, als auch unzweideutig ihr Mißfallen über die von den städtischen Behörden beliebte „Arbeiterfürsorge“ zum Ausdruck brachten. Der große Saal und Galerien waren, trotzdem die Tische entfernt wurden, bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter den Versammelten befanden sich auch viele Frauen. Von den Stadtverordneten waren anscheinend nur die sozialdemokratische Fraktion vertreten. Der Magistrat, der ebenfalls eingeladen war, hat in einem Schreiben mitgeteilt, daß er bereits am 5. März v. J. in einer Eingabe an das Staatsministerium gegen die Erhöhung der Zölle auf die notwendigen Lebensmittel vorstellig geworden und folgedessen davon Abstand nimmt, sich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Das Referat über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Das Zollwucher-Gezetz“ hatte Reichstags-Abgeordneter H. Mollenhuth übernommen. Die Ausführungen des Referenten, der den geplanten Anstieg auf die Zölse der Bevölkerung sehr treffend kennzeichnete und die Arbeiterschaft zur Abwehr gegen das habfüchtige Junkertum aufforderte, wurde von den Versammelten mit stürmischen Beifall aufgenommen. Ohne Diskussion wurde einstimmig eine Resolution beschloffen, in der energischer Protest dagegen erhoben wird, daß die deutsche Reichsregierung, dem habfüchtigen Beginnen einer kleinen Anzahl Interessenten Rechnung tragend, durch die enorme Zollerhöhung des Getreides und anderer Lebensmittel und Bedarfsartikel die an und für sich schon schlechte Lebenslage der verkümmerten Bevölkerung noch elender gestalten will. Die Versammelten erwarten von den Parteien des deutschen Reichstags, daß sie, den Willen von Millionen deutscher Staatsbürger respektierend, gegen jedwede Erhöhung des Zolles und für die Abschließung den Interessen des Volkes dienender Handelsverträge ihre Stimme erheben. In Halle der Annahme des Wuchergesetzes müßten die Versammelten auf eine Erhöhung ihrer Lohnentschädigung dringen und erwarten von den städtischen Behörden, daß dieselben in Betracht der jetzt schon bedeutend gestiegenen Lebensmittel und Bedarfsartikel dieser dann die Zustimmung nicht versagen werden.

Ueber die Arbeiterfürsorge und Mißstände in den städtischen Betrieben referierte der Verbandssekretär H. Schubert. Nach den Ausführungen des Redners, der mehrere Einzelfälle schilderte, sind in den verschiedenen Betrieben, insbesondere aber in den Gasanstalten, in der Desinfektionsanstalt und in den Kranenhäusern schwere Mißstände vorhanden, unter denen die Arbeiter zu leiden haben. Einige Betriebsleiter scheinen dem dadurch abhelfen zu wollen, daß sie einfach die mit den Verhältnissen unzufriedenen Arbeiter entlassen. So ist ein Arbeiter, wie vom Betriebsleiter selbst zugegeben wurde, lediglich deshalb entlassen worden, weil er sich an seine Organisation gewandt und sich über die ihm zu teil gewordene Behandlung beklagt hatte. In längeren Ausführungen, die mehrmals durch lebhafteste Zustimmungskundgebungen unterbrochen wurden, wendete sich der Referent gegen die bekannte, im „Vorwärts“ veröffentlichte Verfügung des Magistrats vom 25. Oktober, welche die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter einheitlich regeln soll. Von dieser Verfügung hatten die direkt Beteiligten, also die Arbeiter, vor deren Veröffentlichung in der Presse gar keine Kenntnis, da ihnen vom dem Betriebsleiter hierüber gar nichts mitgeteilt wurde. Mit diesen geringfügigen Zugeständnissen, die diese Verfügung enthält, die noch dazu von den Betriebsleitern ganz verschiedenartig und zumeist zu Ungunsten der Arbeiter interpretiert wird, können sich die Arbeiter durchaus nicht einverstanden erklären. Durch diese Verfügung ist der Willkür Thor und Thor geöffnet und die Arbeiter sind völlig abhängig von der Gunst oder jenes Vorgesetzten. Der Redner, der sich sodann im wesentlichen im Sinne der nachstehenden Resolution ausspricht, verweist auf andre Kommunen, wo für die Arbeiter weit bessere Verhältnisse herrschen, und wünscht, daß endlich auch der hiesige Magistrat die so berechtigten Forderungen der städtischen Arbeiter und Unterangestellten berücksichtige. — An der Diskussion beteiligte sich u. a. auch der Reichstags-Abgeordnete Fr. Zubeil, der mitteilte, daß die sozialdemokratische Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung bereits beantragt habe, die von den Arbeitern mit Recht kritisierte Verfügung des Magistrats außer Kraft zu setzen, und der darauf hinwies, daß schon bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches von der sozialdemokratischen Partei Bedenken gegen die Fassung des § 616 erhoben und verlangt wurde, daß die bestr. Bestimmungen zwingendes Recht werden. Von den bürgerlichen Parteien sei damals bestritten worden, daß der Staat, die Kommunen und Großbetriebe diese Bestimmungen einfach aufheben würden. Wie recht die Sozialdemokratie hatte, das hat nun auch der freisinnig sein wollende Berliner Magistrat bewiesen. Allerdings hat die bürgerliche Presse die Magistratsverfügung vielfach energisch kritisiert, trotzdem ist es noch recht fraglich, ob die liberalen Vertreter danach handeln und sich der Forderung der Sozialdemokraten anschließen werden. Fast scheint es so, als ob der Magistrat nur den Privatunternehmern, die bis jetzt noch nach dem § 616 gehandelt haben, mit schlechtem Beispiel vorangehen und sie zum Erlaß ähnlicher Bestimmungen veranlassen wollte. Am 22. November v. J. hat bereits die Deputation gegen diese Verfügung Stellung genommen. Da war es aber noch nicht bekannt, daß dieselbe eine generelle war

und der Part-Deputation war mitgeteilt worden, daß es sich bei dieser Verfügung nur um die sogenannten Gelegenheitsarbeiter handelte; trotzdem hat sie sich ebenfalls dagegen ausgesprochen. Die Verfügung vom 25. Oktober lautet übrigens nicht so, wie die jegige revidierte, denn nach ihr konnte schon am ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit eine Vorkürzung vorgenommen werden. Der Redner kritisierte das Vorgehen des Magistrats gegenüber den Arbeitern, er verwies auf die Forderungen, die von der Sozialdemokratie gestellt werden und forderte zum festen Zusammenschluß auf, um durch eine kraftvolle Organisation die städtischen Behörden zur Anerkennung der Arbeiterforderungen zu zwingen. Durch stürmischen, langanhaltenden Beifall bezeugte die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Redner. Folgende Resolution, die auch den städtischen Behörden übermittelt werden soll, gelangte einstimmig zur Annahme:

Die heute im Gewerkschaftsaufe versammelten Arbeiter aller städtischen Betriebe bedauern das lebhafteste die fortgesetzte Verigerung des Magistrats, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter anlässlich der bestehenden Feuerungsverhältnisse in sozialpolitischer Hinsicht andauernd zu gestalten.

Sie erblicken in der Gewährung einer nur vierwöchentlichen Lohnentschädigung bei Krankheiten — die trotz magistratlicher Verfügung nicht einmal in allen Betrieben gewährt wird — und in der Fortzahlung des Lohnes, nach Abzug aller Kompetenzen, bei bis vierzehntägigen Landwebrückungen Zugeständnisse, die auch nicht im entferntesten ausreichen, Rot und Elend bei den davon Betroffenen abzuwehren.

Auch die Ausschaltung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bei einer Kommune von der Größe Berlins, die vordbildlich allen andern Gemeindeverbänden erscheint, bedeutet eine wesentliche Härte und ist nicht geeignet, die Achtung vor Reichsgesetzen und sonstigen Bekanntmachungen zu stärken.

Weiter ist der von den Leitern der städtischen Betriebe beliebte Weg der definitiven Entlassung aus den städtischen Diensten bei der Einberufung zu Reservistenübungen aus moralischen Gründen strikte zu verwerfen.

Indem die heute Versammelten von dem gesunden Sinn der städtischen Kollegien eine Besserung dieser unhaltbaren Zustände baldigst erhoffen, wünschen dieselben des ferneren die jährliche Bekanntgabe aller die Arbeiter angehenden Verfügungen, wie dies in größeren Betrieben üblich ist, und die Einberufung von Genarrstellungen aller Arbeiterauschüsse, um die bestehenden Mängel und Mißstände einer eingehenden Besprechung zu unterziehen und Vorschläge zur Abhilfe festzusetzen.

Die Anwesenden sind der Ueberzeugung, daß die Erfüllung dieser Forderungen dazu angethan ist, die Existenzbedingungen der städtischen Arbeiter zu heben und den Gedanken der Schaffung von kommunalen Arbeiteranstalten näher zu bringen.

Und dieser sozialpolitischen Pflicht kann sich die Stadt Berlin nicht entziehen!

Mit einem kräftigen Hoch auf die Organisation der städtischen Arbeiter und die allgemeine moderne Arbeiterbewegung erfolgte der Schluß der insipidanten Versammlung.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen im bayerischen Staatsdienste.

Um bei der bayerischen Post die geeignete Stellung einer Telephonistin zu erlangen, muß ein weibliches Wesen lebzig sein, vollkommen gesund sein, „ungetriebten Leumund“ haben, einer achtbaren Familie angehören oder an eine solche Anknüpfung haben, gute Schulbildung besitzen und ein französisches oder englisches Diktat ohne grobe Fehler niederschreiben und übersetzen können.

Hat sich ein junges Mädchen, das diese Bedingungen erfüllen zu können glaubt, um eine solche Stellung zu bewerben, so kommt sie nach Jahren an die Reihe, ihre Fortprüfung abzulegen und einen Probe-dienst in der Dauer von 8 Wochen abzulegen, wobei sie einen Tagelohn von 2 M. erhält. Dann kann sie vorläufig wieder gehen, bis sie einmal zum Aufstiegsdienst für 2 M. pro Tag gebraucht wird und wird dann später einmal ein Platz dauernd frei, dann kann sie, nach Beibringung eines neuen Leumundzeugnisses, als ständige Telephonistin angestellt werden für 220 Mark pro Tag, wenn sie — nicht unterdessen 25 Jahre alt geworden ist. Dann hört's auf; mit 25 Jahren wirft der Staat die weibliche Arbeitskraft ins alte Eisen, sie wird von der Liste der Bewerberinnen gestrichen. Gestrichen werden auch diejenigen, die nach Ablegung der Prüfung und des Probendienstes nicht je d e r z e i t einer Einberufung zum Aufstiegsdienste Folge leisten.

Das bedeutet also jahrelange Vereitlichung ohne jeden Erwerb und nach Abolvierung dieser einträglichen Vereitlichung Streichung von der Liste der Bewerberinnen wegen — Vereitlichung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse wird Montag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Kaminhallen, Ronnandantenstr. 20, die Gewerbe-Inspektions-Assistentin Fr. Reichert einen Vortrag halten. Das Thema lautet: „Die Beschäftigung der Frauen in Fabriken nach den Erhebungen der Gewerbe-Inspektionen im Jahre 1899.“ Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Frauen-Stimmrecht.

Die von den bürgerlichen Frauen veranstaltete Versammlung, die sich am Mittwochabend in Coburg festhielt mit diesem Thema beschäftigte, war von etwa 1000 Personen besucht. Sie nahm folgende Resolution an, die dem Reichstage übergeben werden soll: „Die am 12. Februar in Berlin, Reuthstr. 19/20, tagende Versammlung von Männern und Frauen erklärt, daß die Ausübung des Stimmrechts durch die Frauen vom ethischen und wirtschaftlichen, vom politischen und sozialen Standpunkt aus eine unbedingte Notwendigkeit ist. Sie rechnen zuverlässlich darauf, daß bei den nächsten Reichstagswahlen dieser Punkt von allen Parteien in ihr Programm aufgenommen und diese Forderung energisch vertreten wird.“

Berliner Partei-Angelegenheiten.

In Charlottenburg findet heute eine Erziehung zur Stadtverordneten-Versammlung im 4. Bezirk statt, weil der dort von uns gewählte Genosse nicht als Hausbesitzer erachtet wurde. Es ist uns aber gelungen, unter den 1944 Hausbesitzern, die Charlottenburg zählt, und die in der überwiegenden Mehrzahl die volkseindlichsten hausagrariischen Interessen verfolgen, einen Arbeiter zu finden, der sich solidarisch mit seinen Arbeitskollegen fühlt und über dem gewonnenen Besitz das Gefühl der Zugehörigkeit zu den Arbeitern nicht verloren hat. Daher muß heute jeder Arbeiter im 4. Bezirk seine Stimme für den Genossen

Hausbesitzer Maurer Miskler

abgeben. Wir dürfen und nicht darauf verlassen, daß der Sieg unser ist; die Gegner bieten alle Mittel auf, um einen derartigen durchzubringen. Eine Stärkung der reaktionären Mehrheit im Stadtparlament muß um jeden Preis verhindert werden. Deshalb muß jeder Arbeiter an dem Posten sein; er muß selbst seine Stimme abgeben, und auch seine Arbeitskollegen veranlassen, sich nicht auf die andren zu verlassen, sondern sich zu dem kleinen Thut der Stimmabgabe anzukraften. Genosse Miskler muß mit überwältigender Majorität gewählt werden.

Wahllokale sind für Abstimmungsbezirk A: Gambriusbrauerei, Wallstr. 94; Abstimmungsbezirk B: Logenrestaurant, Kaiser Friedrichstr. 87.

Stetig. Sonntag findet eine Flugblatt-Verbreitung statt. Die Parteigenossen werden dringend auf-

gefordert, sich recht zahlreich morgens 8 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden: Edelstraße, Wornstr. 14a; Wof, Schildhornstraße 78; Lewandowski, Duppelstr. 7; Cramer, Marktstr. 1; Krüger, Dörfstr. 1.

Schöneberg. Heute Freitagabend findet im Obfischen Lokal, Weiningerstraße 8, eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit der Aufstellung eines Kandidaten im 4. Bezirk beschäftigen wird.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß am Sonntag früh eine Flugblattverbreitung für diesen Bezirk stattfindet. Eine zahlreiche Beteiligung ist erforderlich. Treffpunkt bei Döppe, Meiseburgerstraße 7.

lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Eine so langdauernde und bewegte Sitzung, wie gestern, hat es in der Stadtverordneten-Versammlung seit vielen Jahren nicht gegeben. Ein anregendes, aber verhältnismäßig noch harmloses Vorgespiel von den lärmenden Auftritten, die der letzte Teil der Sitzung brachte, bildete die Debatte über die Verpachtung des Viehhof-Restaurants. Das Drum und Dran dieser Angelegenheit wirkte den Eindruck erwecken, als solle hier ein bischen Protektionswirtschaft getrieben werden. Unse Genossen Pfannkuch und Hoffmann beleuchteten nach Gebühr das eigenartige Verfahren, das der Magistrat beziehungsweise der Stadtverordneten-Ausschuß bei der Vergebung des Restaurants einschlagen wollen. Aufsehen erregten besonders die Ausführungen Hoffmanns — auch auf der Tribüne. Sie erhielten einen besonderen Reiz dadurch, daß der Angegriffene, der Stadtk. Heilmann, sich hinterher noch selber meldete und sich zu verteidigen suchte.

Es folgte dann die Ehrenrettung der städtischen Krankenhäuser, die von Herrn Cassel und seinen Freunden aus der „Alten Linken“ inkompetent worden war. Den Anlaß zu diesem Beginnen hatten die Ausführungen gegeben, die unser Genosse Antick neuerdings im Reichstag über das städtische Krankenhauswesen Berlins gemacht hatte. Herr Cassel beklagte sich bitter darüber, daß die bösen Socialdemokraten so gar nicht mit der Berliner Kommunalverwaltung zufrieden sind und daraus selbst im Reichstag kein Geheimnis machen wollen. Im Namen des Magistrats suchte Herr Stadtk. Weigert den Nachweis zu führen, daß Anticks Mitteilungen über das Moabit Krankenhaus teils falsch, teils übertrieben seien. Das Rathaus, mit dem er am Schluß seiner Rede unserem Genossen Antick Unanbarkeit vorwarf, rief die Mehrheit der Versammlung zu säkularer Weisheit hin. Singer gab eine tüchtige Portion Wasser in den Wein der freisinnigen Begeisterung, indem er darauf hinwies, daß Herr Weigert trotz seiner großen Worte inhaltlich nicht mit einer einzigen Silbe widerlegt hatte, was von Antick gegen die Moabit Krankenhaus vorgebracht worden war. Auf die von Singer an dieser Stelle wiederholten Behauptungen antwortete Stadtk. Strahmann und zu seiner Unterstützung Oberbürgermeister Kirchner. Den Scheinergolg, den Herr Kirchner mit seinen Angriffen gegen Singer bei der freisinnigen Mehrheit der Versammlung erzielte, sollte eine inhaltlose Salwadere des Herrn Kommissar befehlen, und dann wollte man frohlockend Schluß machen. Als unser Genosse Freundenberg sich zur Widerlegung der Strahmannschen Ausführungen erhob, wurde versucht, ihn niederszuschmeißen, aber er wußte sich Gehör zu erzwingen. Für einen von freisinniger Seite eingebrachten Schlusssatz sprach Singer, unter lärmendem Widerstand der Freisinnigen, die namentliche Abstimmung durch, die die Beschlußfähigkeit der Versammlung ergab und kurz vor 11 Uhr der erregten Sitzung ein Ende machte.

Die Pflege des Humors bester Qualität, nämlich des unfreiwilligen, läßt sich die „Staatsbürger-Zeitung“ auch zur jetzigen Festsitzungszeit noch kräftigen anlegen sein. Sie liefert damit den Beweis, daß es ihr auch nach der großen Retirade ihres verehrten Chefredacteurs Wöckler um die Erhaltung des reinen Deutschthums, wie sie es versteht, zu thun ist. Mit besonderer Herzgenossenschaft tritt dieser unfreiwillige Humor in der Art des Kampfes gegen die Socialdemokratie zu Tage, der von ihr nach wie vor nach Wöcklerschem Rezept geführt wird. Vor einigen Tagen wartete das Antisemitentblatt mit der Entdeckung auf, daß der von unserm Parteigenossen Heimann bewirkte Vou der Stadtverordneten-Häuser in der Prinzenallee auf eine ganz besonders abgefeimte Art des Grundstücksjuchers hinausläufe. Heute aber bringt das Blatt einen Leitartikel, worin die Socialdemokratie mit Recht für die Hebel der Zeit, als da sind Unglaube, Vorgehrlichkeit, Schweinepest, Gelbdebete, Mottenfraß usw. verantwortlich gemacht wird und worin weiter beteuert wird, daß eine Besserung der Verhältnisse erst eintrete, wenn die „köstliche Plume christlicher, deutscher Ideale“ gebrochen sei, d. h. die „Staatsbürger-Zeitung“ ihren heute sehr schwachen Abonnentenstand verzehnfacht habe.

Der Leitartikel, dem wir unsern vollen Beifall zollen, gipfelt aber in dem Wörtchen von uns citierten Verbot:

„Die Grundbedingungen des Wohles der menschlichen Gesellschaft und des Staates bleiben immer die Gewissenhaftigkeit und das Pflichtgefühl der Staatsbürger.“

Die Gewissenhaftigkeit und das Pflichtgefühl der Staatsbürgerzeitungsmänner natürlich eingeschlossen. Auch diesen antisemitischen Axioma stimmen wir bei und bezeichnen es als eine Schande, daß Dank den Intrigen der Socialdemokratie so viele Leute eine so schöne und einwandfreie Lugendlehre ganz außer Acht lassen. Und dabei schiltet uns das eigene Gewissen ordentlich — und zwingt uns zu dem Bekenntnis, daß der weitreichende Einfluß des in der Socialdemokratie verkörperten bösen Princips derart abgefeimt um sich greift, daß er die eigenen Vertreter dieser Partei die Grundbedingungen der menschlichen Gesellschaft erfüllen läßt, aber auf intrigantester Weise die Wege, deren Aufdeckung sich verlohnte, gerade die Gegner des Umsturzes zur Todsünde gegen die antisemitische Lugendlehre verleiht. Wie wäre es anders erklärlich, daß selbst ein Chefredacteur der „Staatsbürger-Zeitung“ Gewissenhaftigkeit und Pflichtgefühl gegen den Staat schände mißachten und durch eine Flucht, die das Gegenteil von deutschem Seldennut bedeutet, sich der ihm von deutschen Richtern auditierten Gefängnisstrafe entziehen könnte?

Wir erwarten von dem nächsten Leitartikel der „Staatsbürger-Zeitung“, daß er Licht bringe und mit der Fackel der Wahrheit hineinleuchte in diese von ihr in unbegreiflicher Langmut bisher noch mit keinem Sterbenswort erwähnten Schleichwege socialdemokratischer Skadalen!

Der erste Etat für das städtische Kaiser und Kaiserin Friedrich-Rindertrauenhaus schließt in Ausgabe mit 270 000 M. ab. Der Zuschuß beträgt bei einer Einnahme von rund 30 000 M. etwas über 240 000 M. Für 1901 wurde ein täglicher Durchschnitts-Krankenbestand von 185 angenommen. Nur in den Monaten Mai und Juni ist dieser überschritten worden, in den übrigen war er geringer. Für 1902 ist ein Durchschnitt von 190 Kranken angenommen und eine Vergrößerung der Anstalt in Aussicht genommen. Von Gönnern sind 13 Freibetten gestiftet worden. Das Kapital dafür in Höhe von rund 95 000 M. ist in Staatspapieren angelegt.

Eine Stiftung für uneheliche Kinder. Der 1887 zu Wiesbaden verstorbene Rentier Ernst Friedrich Oppermann, Berlin, hat die Stadtgemeinde Berlin zur Erbin seines Nachlasses eingesetzt, mit der Bestimmung, daß die Stadt eine „Oppermann Stiftung“ zur Beschaffung, Erziehung, Ausbildung und Unterstützung außer-ehelicher in Berlin geborener Kinder ins Leben rufe. Die Wirksamkeit soll erst beginnen, wenn das Vermögen auf zwei Millionen Mark angewachsen ist, und sämtliche vom Testator angelegte lebenslänglichen Renten erloschen sind. Zur Stiftung gehören die Grundstücke Königsgrünerstr. 111 und Unter den Linden 90. Das Kapitalvermögen beläuft sich auf rund 200 000 M. und steigt jährlich um rund 40 000 M. Es können also noch 25 Jahre vergehen, bis diese fast einzig dastehende Stiftung ihren Zweck erfüllen kann.

Betriebsöffnung der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn. Die Betriebsverwaltung der Hochbahn teilt uns mit: Die Eröffnung des Betriebes auf der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn findet am 18. d. Mts. statt. Es wird vorläufig nur die Strecke vom Potsdamer Platz bis zum Stralauer Thor und zurück befahren. Diezüge verkehren fahrplannäßig in Zwischenräumen von 10 Minuten. Von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends werden zwischen dem Stralauer Thor und dem Goltischen Thor besondere Züge eingelegt, so daß dann während dieser Stunden auf der letztgenannten Strecke ein fünfminutenverkehr nach Maßgabe des im Informativteil abgedruckten Fahrplans stattfindet. Da anzunehmen ist, daß die fahrplannmäßigen Fahrten in den ersten Tagen seitens der Bevölkerung mehr zum Zweck der Beschäftigung als zu dem der Beförderung werden unternommen werden und ein zu starker Andrang eintreten könnte, so wird, um diesen zu vermindern, während der ersten zwei Tage (erforderlichenfalls auch länger) für jede einzelne Fahrt in der II. Wagenklasse 10 Pf. und in der III. Wagenklasse 30 Pf. Fahrgehd erhoben werden. Das Erträgnis dieser Beförderungsfahrten wird der zu bildenden Unterstufungskasse der Bediensteten der Hoch- und Untergrundbahn zugetrieben werden. — Für die weitere Zukunft treten die im Informativteil abgedruckten Fahrpreise in Kraft.

Börsen-Disciplin. Anträge auf Ausschluß von den Börsen-Versammlungen sind nach dem Jahresbericht der Kassen der Kaufmannschaft im Jahre 1901 nicht weniger als 58 zur Verhandlung gelangt; 41 davon betrafen die Zahlungsunfähigkeit der betreffenden Börsenbesucher, 11 Verleitung von Beamten oder Besuchern der Börse, zwei Störung der Ordnung oder des Geschäftsverkehrs (durch Lärm, Verletzung des Anstandes, Zuwiderhandlung gegen Anordnungen des Vorstandes etc.) und zwei die Verbreitung falscher Gerüchte etc. In 38 Fällen sind die Anträge zurückgenommen, in fünf Fällen abgewiesen und in neun Fällen an das Ehrengericht abgegeben worden. Geldstrafen wurden nicht verhängt, dagegen kam es in acht Fällen tatsächlich zur Ausweisung, die aber meist nur 3 bis 4 Tage ausreicht erhalten zu werden brauchte. In einer der beiden Verleumdungs-Sachen entschied der Vorstand zu Gunsten der Verurteilten, in der andern hat das Ober-Verwaltungsgericht dahin entschieden, daß die Klage des Verurteilten abzuweisen sei, weil der Beschluß der Kassen der Kaufmannschaft endgültig ist.

30 000 Mark hatte gestern eine Rentiere aus Stralitz, die den Straßenbahnwagen Löhnpfad-Charlottenburger Straßenbahnhof bewohnt hatte, im Straßenbahnwagen verloren. Tab. Gold, das aus Westpapieren bestand, fand der Schaffner des Wagens und übergab das wertvolle Objekt dem Fundbüro der Gesellschaft, wo es auch bald darauf von der Eigentümerin reklamiert wurde. Der eheliche Finder erhielt, wie berichtet wird, eine Belohnung von 300 Mark.

Im Schornstein geblüht wurde gestern nachmittag der 25 Jahre alte Schornsteinfeger Karl Schäkel aus der Fremmenstraße. Im Dienst des Schornsteinfegermeisters R. aus der Krausstr. 13 hatte er in der zweiten Handwerkschule, Andrastr. 1/2 zu thun. Das Haus wird mit Coaks geheizt, und in dem im Kellergechoß befindlichen Aestraum stehen vier Kessel, von denen zwei angeheizt und auf halb gefüllt waren. Um 1/2 Uhr bestieg Schäkel vom Aestraum aus einen Schornstein, während der Meister unten zurückblieb. Nach 15 Minuten hätte er zurückkehren müssen, war aber um 2 Uhr noch nicht wieder zum Vorschein gekommen. Der Meister wurde ängstlich, stieg dem Gefesse in dem Schornstein nach und fand ihn in der Höhe von zwei Metern über den Aestraum als Leiche auf. Mit der rechten Hand hielt Schäkel sich noch an einem Stein fest. Der Meister brachte ihn aus dem verraucherten Schacht hinaus und ließ sofort zwei Kerze zu Hilfe rufen. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben aber ohne Erfolg. Die Leiche wurde auf Verlangen der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Bis zur genauen Aufklärung des Sachverhaltes wird angenommen, daß Schäkel infolge Einatmens von Rauch an Vergiftung gestorben ist. Der Gefesse war verheiratet und Vater eines Kindes.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Drochke und einem Straßenbahnwagen in der Leipzigerstraße kam ein zur Zeit hier weilender Stadtrat aus Ebing zu Laoden. Vor dem Hause Leipzigerstraße 5 wurde die Drochke gegen einen dort haltenden Straßenbahnwagen geschleudert und umgeschlagen, wobei der Fußpaß, der 72 Jahre alte Stadtrat Georg Zimmermann aus Ebing, auf den Domn geschleudert und an der rechten Hand so schwer verletzt wurde, daß seine Lieberführung in ein Krankenhaus angeordnet wurde. Der Ausfischer blieb unverletzt.

Die 9. städtische Fortbildungsschule für Jungen und Mädchen, Friedrichstr. 58, veranstaltet zur Feier ihres 25jährigen Bestehens am Freitag, 14. Februar, abends 8 Uhr, in Kellers Festsaal, Kopenh. 29, einen Festabend, an dem der Vorsitzende des Kuratoriums, Stadtk. Dr. Rauscherberg und der Dirigent der Anstalt Herr Vogel, Ansprachen halten werden. Allen Fremden und insbesondere den ehemaligen Schülern, seien Einladungen, soweit der Platz reicht, an der Abendkasse und vorher bei dem Schuldirektor, Friedrichstr. 58, zur Verfügung.

Feuerbericht. Mittwochabend kurz nach 7 Uhr wurde die Wehr der Vollhabenstr. 95 gerufen, wo in einer Küche Wälsche und Lumpen Feuer gefangen hatten. Gardinen und Kleiderstücke gingen kurz vorher in der Sorauerstr. 19 in Flammen auf, während in der Schützenstr. 19 ein Brand befestigt werden mußte, der den Fußboden und die Passenlage ergriffen hatte. In der Steglitzerstr. 24 waren Holstermöbel in Brand geraten, der indes in kurzer Zeit abgeblüht werden konnte. Nachmittags hatte in der Liegnitzerstr. 12 Spiritus in einem Keller Feuer gefangen, doch gelang es auch hier, die Flammen bald zu ersticken. Kleinere Wohnungsbrände beschäftigten die Wehr in der Blumenstraße 40 und Vorigingstraße 43. Invalidenstraße 145 mußte ein Kellerbrand abgelöscht werden, der in der Hauptstraße Papier, Stroh und Lumpen einschloß. Mittwochabend 6 Uhr wurde die Wehr nach der Memelerstraße 7 gerufen, weil dort ein Stubenbrand ausgebrochen war. Als die Thür der Familie Wöhr im dritten Stock geöffnet wurde, bot sich ein schauerlicher Anblick. Die 7jährige Erna Wöhr lag auf dem Fußboden vollständig verbrannt. Der Körper war schon angekohlt. Allem Anschein nach hat das Kind in Abwesenheit seiner Eltern mit Streichhölzern gespielt, wobei die Kleider in Brand gerieten. Die Feuerwehre konnte nach Benachrichtigung der Polizei wieder abrücken, da der Fußboden nur etwas angekohlt war. Donnerstag früh 5 1/2 Uhr mußte in der Kronenstr. 89 ein Kellerbrand abgelöscht werden, der hauptsächlich Obst und Fleischwaren beschädigte. Außerdem hatte die Wehr noch drei Alarmierungen zu verzeichnen, um Herde aus Gruben herauszuholen, und zwar von Invalidenstr. 50, Vohenstr. 87 und Waldemarstr. 14.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hatte am Mittwoch wieder eine überaus reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Dem Antrage des Ausschusses entsprechend genehmigte sie die Vorlage betr. Stadterweiterung des Stadtteils jenseits der Spree zu einem Kostenanschlag auf 10 1/2 Millionen Mark. Ohne Debatte gelangte die Vorlage betr. Herstellung von Urnenbädern in einigen Gemeindefschulen zur Annahme. Dagegen rief die Vorlage betr. Erhebung von Bei-

trägen für Straßenbauliche Veranstaltungen eine lebhafteste Erörterung hervor. Nach der Vorlage sollen behufs Bedienung von höchstens fünf Sechstel der Kosten für die durch das öffentliche Interesse erforderliche Herstellung von Verbreiterungen ganzer Straßen oder einzelner Straßenteile, sowie von freien Plätzen, ferner von Brücken, Straßenüberführungen und Unterführungen (nebst den erforderlichen Rampen und Zugangswegen), durch welche neue Verkehrswege geschaffen werden, diejenigen Grundeigentümer, denen aus solchen Veranstaltungen besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen, Kostenbeiträge nach Maßgabe dieser Vorteile leisten. Das Verfahren soll sich im allgemeinen nach § 9, Abs. 3 ff. des Kommunalabgaben-Gesetzes bestimmen. Die Bestimmungen sollen auf alle diejenigen Veranstaltungen Anwendung finden, welche am 1. Januar 1902 noch in der Ausführung begriffen sind oder nach diesem Zeitpunkt begonnen werden.

Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen, dem auch Stadtk. Dr. Vorhard angehört. — Das neue Ortsstatut für das Gewerbegericht genehmigte die Versammlung mit einigen Abänderungsanträgen der Socialdemokraten. Diese Anträge bezogen sich auf die Vermehrung der Zahl der Richter von 24 auf 36, auf die Einführung zweijähriger statt dreijähriger Wahlperioden und auf die Bestimmung, daß als Unternehmer auch solche Handindustrielle angesehen werden, die nur einen Arbeiter beschäftigen. In der Debatte priesen die Stadtk. Wala und v. Lütz die Vorzüge des Proportional-Wahlsystems, von dem die Vorlage übrigens Abstand nimmt. Genosse Waale, der die socialdemokratischen Anträge begründete, machte darauf aufmerksam, daß es außer dem Proportional-Wahlsystem auch andre Wohlgelege gebe, unter denen die Minoritäten nicht nur zur Geltung kommen, sondern die Versammlung thätigsten vollkommen beherrschen. Dieser Hinweis auf die Erbärmlichkeit des Dreiklassen-Wahlsystems, das in Charlottenburg die gesamte Verwaltung einer kleinen Clique ausgeliefert hat, wurde von der Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen; von den Majoritätsparteien erfolgte keine Antwort.

Nach Erledigung einiger weiterer Vorlagen, darunter die Verlängerung des Elektrizitätswerkes brachte Bürgermeister Matting den Etat ein. Redner schilderte eingehend die Finanzlage Charlottenburgs und schloß mit der Erklärung, daß man seinen Grund habe, pessimistisch in die Zukunft zu schauen. Die Stadtverordneten Ströbler, Wala und Markus riefen zur Sparsamkeit in den Ausgaben. Unser Fraktionsredner Gen. Hirsch schloß sich der Mahnung warm an wirtschaften an, bemerkte aber, daß bei den Ausgaben für kommunal-socialpolitische Zwecke nicht nur keine Abstriche gemacht, sondern daß die hierfür ausgelegten Summen noch erhöht werden müßten. Im einzelnen forderte Redner, daß den städtischen Arbeitern ein Rechtsanspruch auf Ruhe- und Hinterbliebenenverlozung gewährt werden müßte. Unter Hinweis auf die Erläuterungen zum Armenetat forderte er energische Maßnahmen zur Bänderung der Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Des weitern verlangte er die Ausgestaltung der Volksschule, die heute nur eine Armenanstalt sei, zu einer Volksschule im vollen Sinne des Wortes, die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts und die Gewährung unentgeltlicher Lehrmittel für Volksschüler.

In den Etats-Ausschuß wurden u. a. die Genossen Waale und Hirsch gewählt.

Die socialdemokratische Interpellation über die Arbeitslosigkeit kommt am nächsten Mittwoch zur Besprechung.

Brennlicher Kampf für Ordnung, Religion und Sitte. Aus Lichtenberg schreibt man uns: Der Kampf gegen das Vordringen der Socialdemokratie im Kreise Niederbarnim beginnt, wie angedroht worden. Die Mittel aber sind die alten, verbrauchten. Dem Besitzer des der Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden Lokals „Schwarzer Adler“ ist die Mißbräuchlichkeit entzogen worden, auch wurde über das Lokal der Militärbehörden verhängt. Versammlungen verfallen mit Eintritt der Holzzeitung der Auflösung, und was dergleichen Schädigungen des Wirtes mehr sind. „Die Sammlung aller nationalen Elemente wird eifrig betrieben, und schon regt sich der nationale Geist der Niederbarnimer.“ So verkündet der Landtags-Abgeordnete Dr. Irmer als dritter im Bunde mit dem Kreisblatt und dem Landrat, und nun wehe auch Socialdemokraten in Niederbarnim. Die guten Leute scheinen wirklich noch nicht zu wissen, daß die berühmten Polizeimittel nur zur Stärkung unsrer Partei beitragen.

Aus Nizdorf. Die Wahl der Richter zum Gewerbegericht findet am Freitag, den 28. Februar, für die Arbeiter und am Sonntag, den 2. März, für die Arbeitnehmer statt. Es sind zu wählen im 1. Bezirk (Wohlfahrt Vereinshaus am Nizdorplatz) 2 Arbeitnehmer und 2 Arbeitgeber, im 2. Bezirk (Wohlfahrt: Schulhaus Erdstraße) 1 Arbeitnehmer und 3 Arbeitgeber, im 3. Bezirk (Wohlfahrt: Schulhaus Nizdorplatz) 3 Arbeitnehmer und 2 Arbeitgeber, im 4. Bezirk (Wohlfahrt: Schulhaus Nizdorplatz) 3 Arbeitnehmer und 3 Arbeitgeber. Die Wahl findet von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr statt.

Der verhaftete frühere Bankier Edward Mertens in Potsdam versucht jetzt im Untersuchungsgefängnis den „wilden Mann“ zu spielen. Mertens weigert sich, von seinem Beisteller in seiner Zelle aufzustehen und thut dies nur in den seltensten Fällen. Infolge seiner Manipulationen ist er ärztlich beobachtet worden, doch besteht kein Zweifel, daß er jetzt ebenso Simulant ist wie früher, wo er bei andern gegen ihn schwebenden Strafprozessen ähnliche Szenen im Gefängnis aufgeführt hat. Der Termin zur Verhandlung gegen Mertens ist deshalb bereits vor dem Schwurgericht für Dienstag, den 25. Februar angelegt. Ein Berliner Rechtsanwalt wird die Verteidigung des Angeklagten übernehmen. Bei einer in der Mertenschen Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde ein ganzer Saal mit Briefschaften und Coupons etc. beschlagnahmt.

Einen Sprung aus dem Fenster des ersten Stockwerks that ein bei einem Bädermeister in Wilmsdorf angestelltes Dienstmädchen. Man schaffte das Mädchen, das sich ein Bein brach, schlüssigst in das Fr. Wästelbeier Kreis-Armenhaus. Es handelt sich um die 21 Jahre alte Hedwig A., die bei dem Bädermeister G. in der Fahlgauerstraße bedienstet war. G. und dessen Frau hatten das Mädchen schon zur Rede gestellt, weil es einige Male von Ausgängen zu spät zurückgekehrt war. Dabei ließ sich Frau G. hinreißen, dem Mädchen eine kräftige Ohrfeige zu verabfolgen. Nun suchte das Mädchen, die Tochter eines Gottknechters bei Stendal, um jeden Preis fortzukommen. Sie schaffte heimlich ihren Korb voller aus der Wohnung und wollte sich unbemerkt entfernen. Der Sohn des Hauses aber verschloß die Thüre, und so unternahm das geängstigte Mädchen den Sprung durch das Fenster.

Vermishtes.

Die Pest. Aus Petersburg wird berichtet: Da seit dem 22. Januar in Batum kein pestverdächtige Krankheitsfall mehr vorgekommen ist, wurde die gesundheitspolizeiliche Untersuchung der aus Batum in die Häfen des Schwarzen Meeres einlaufenden Fahrzeuge sowie der mit der Bahn aus Batum abreisenden Personen eingestellt, dagegen wird die gesundheitspolizeiliche Besichtigung der aus Batum abgehenden Schiffe noch beibehalten.

Wetter-Prognose für Freitag, den 14. Februar 1902. Bleich und heiter, Nacht ziemlich strenger, am Tage gelinder Frost bei frischen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

B. 36. 1. Gewiß: Sie müßten aber die Thatsachen kennen. 2. Rein A. Das hängt von dem Inhalt des zu erlassenden Urteils ab. — **B. 74.** Ein Anruf auf Unschuldigung steht Ihnen nicht zu. Sie müssen dem Urteil entsprechend zahlen. — **B. 80.** Das Mitglied, dessen Anteil 30 M. beträgt, hat mit diesem Anteil und überließ nochmals in Höhe von 30 M. — **B. 95.** Wenden Sie sich schriftlich an den Magistrat, Wasserbauverwaltung. — **Schöneberg.** Am 1. April cr. — **M. 9. Ja.**